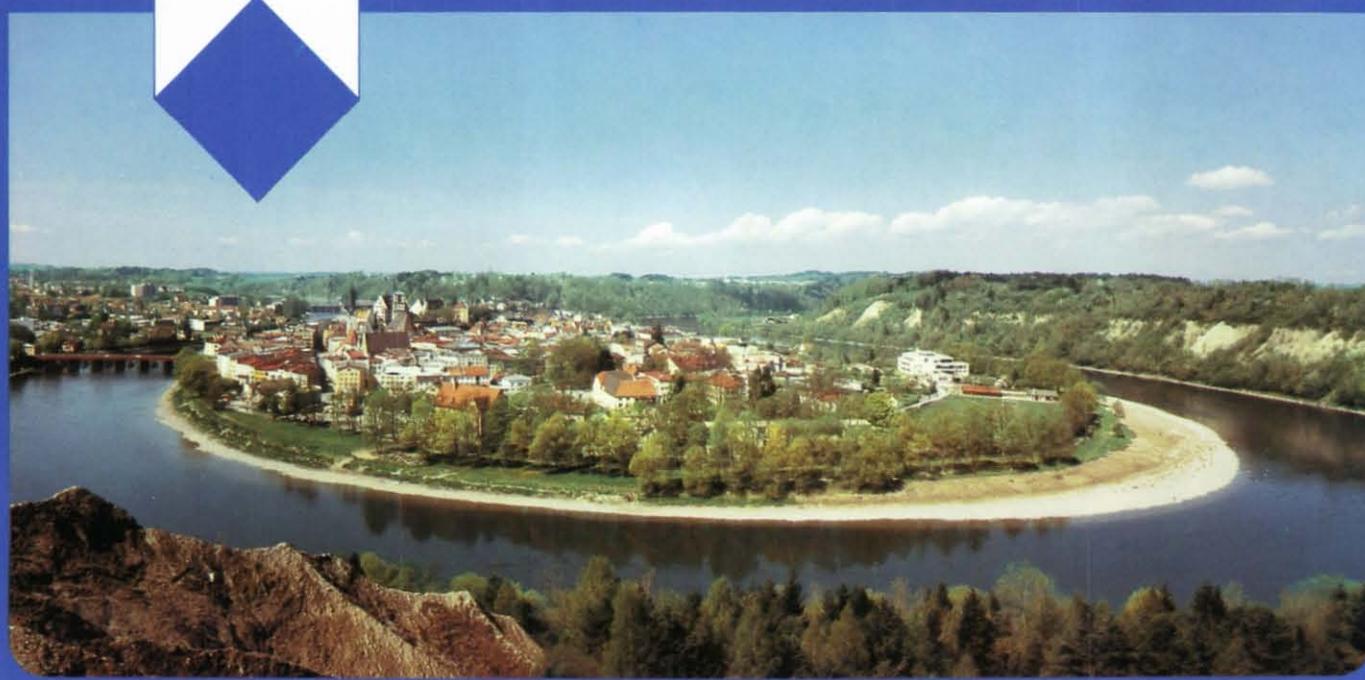


zivilschutz magazin



Mehr als 10000 Menschen wurden obdachlos

Heute: Der Brand von Bukarest am 5. April 1847

Am Ostersonntag zwischen 12 und 1 Uhr mittags kam in Bukarest eine Feuersbrunst zum Ausbruch, die bis zum Abend schon mehr als zehntausend Menschen obdachlos gemacht hatte.

Nach altherkömmlicher Sitte wird am ersten Osterfeiertag von den vornehmen Leuten mit Flinten und Pistolen geschossen. Als nun ein junger Bojar im Haus der Frau von Druganeaska in der Französischen Gasse zum Fenster hinausschoß, entzündeten sich die Fenstervorhänge, die nicht gelöscht werden konnten, da ein sehr heftiger Sturm wehte. Das Feuer breitete sich blitzschnell nach der linken Seite der Französischen Gasse aus, nahm dann die Deutsche Gasse links und rechts mit allen ihren Häusern und Magazinen hinweg und spaltete sich dann von hieraus in zwei Richtungen: nach der Leipziger Gasse, wo sie die rechte Seite bis auf wenige Häuser verzehrte. Hierbei hätte das Feuer auch die „Österreichische Agentur“ erreichen müssen, wenn nicht der Fürst Bibescos eine Mannschaft auf diesen Punkt geworfen hätte. Der Brand breitete sich nach der alten Schloßgasse aus, wo sämtliche Häuser linker Hand bis zur Leipziger Gasse vernichtet wurden, ebenso am Frucht- und Gemüsemarkt. Nachdem auch das Franziskaner Kloster ein Raub der Flammen geworden war, teilte sich das Feuer wieder und wendete sich rechts gegen das Kloster St. Georg, das mit allen Magazinen und Gewölben abbrannte, wobei sogar der besonders fest gebaute, massive und gewölbte Bazar Hanu Kiritza und einige weitere Geschäfte vernichtet wurden, in denen speziell die Spezereihändler ihre Niederlassungen hatten. Um Mitternacht ließ glücklicherweise der Sturm nach und die Gefahr, daß die ganze etwa 18000 Häuser mit 125000 Einwohnern umfassende Stadt abbrennen würde, war vorüber.

Nach Berichten vom 6. April flammte das Feuer an verschiedenen Stellen der riesigen Brandstätte erneut auf, doch die größte Gefahr konnte als beseitigt be-

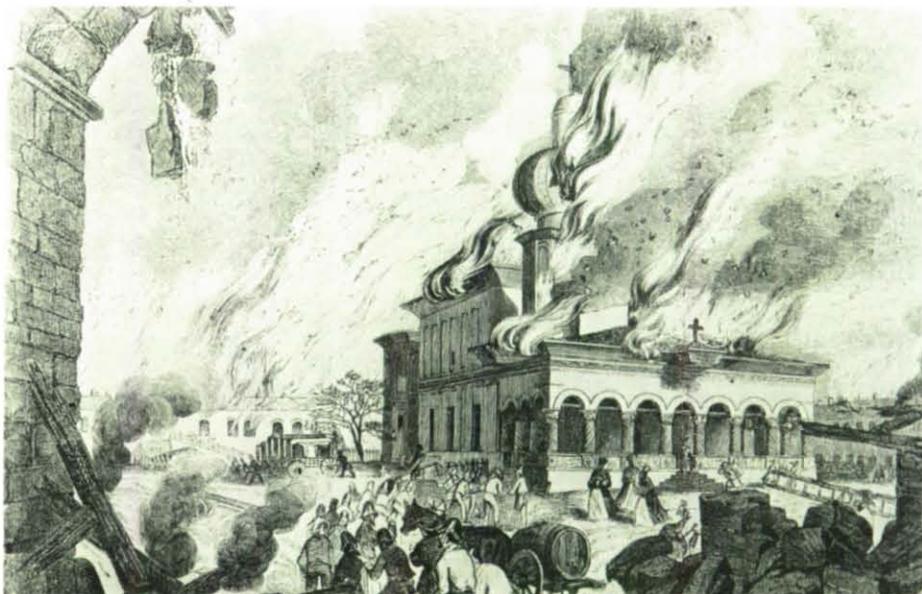
trachtet werden. Trotzdem waren in der Nacht vom 5. zum 6. April noch alle Lösch- und Polizeimannschaften sowie die benötigten Wasserführer an allen besonders gefährdeten Stellen verteilt. Man befürchtete ein neues Unglück, da von der Polizei eine Brandstifterin dabei ertappt wurde, als sie im Han Slatari Feuer legte! Diese Verbrecherin wurde zum Tode verurteilt und nach dreitägiger Ausstellung am Pranger an den Galgen geknüpft. Später wurde für die gesamte Bevölkerung das allgemeine Standrecht bekanntgegeben, um weitere Brandstiftungen und Plünderungen zu verhindern.

Die Folgen des Brandes lassen sich noch nicht übersehen. Von den zur Zeit zur Messe in Leipzig abwesenden Bukarester Kaufleuten wird der Schaden an Gebäuden, Waren und Hausgerät auf 30 Millionen Taler veranschlagt.

Nach einer Zählung der Regierung sind 1798 Häuser abgebrannt. Die größere Hälfte davon könnte man jedoch mehr als „Häuschen“ bezeichnen, bei den anderen handelt es sich um normale Wohnhäuser, darunter große Bauwerke.

In dem abgebrannten Teil der Stadt befanden sich die Comptoire, Gewölbe und riesigen Warenvorräte der größten Bankiers, Kaufleute und Geldwechsler, die fast nichts retten konnten, da sie meist in anderen Stadtteilen wohnen und hier nur ihre Geschäftsräume haben, teils auch weil sie wegen des Brandes nicht genügend Leute zusammenbekommen konnten. Daß niemand etwas retten konnte, erklärt sich durch die Schnelligkeit, mit der das Feuer um sich griff, indem es nicht fortschreitend weiterbrannte, sondern vom Wind gepeitscht die tollsten Sprünge machte. Bald wälzten sich die Rauch- und Staubwolken durch alle Gassen und machten es unmöglich, sich orientieren zu können oder etwas noch zu retten.

Unter den abgebrannten Gebäuden befinden sich 13 Kirchen, das Gefängnis, aus dem die Gefangenen unter starker Bedeckung in Sicherheit gebracht werden konnten, sechs Apotheken, deren Besitzer sämtlich Deutsche waren, und das Gebäude des griechischen Generalkonsulats, dessen Kanzler in seiner Privatwohnung verbrannte.



Ganze Straßenzüge in Bukarest standen in Flammen, durch die mehr als 10000 Menschen obdachlos wurden. (Foto: Roden-Press)

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

November
11/84

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Versandkosten.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Melsungen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

- „Kulturgüter in Bayern tragen nun das offizielle Kennzeichen“** 11
Über den Kulturgüterschutz in der Bundesrepublik Deutschland
- „Jährlich reisen 2400 Helfer zur Ausbildung nach Hoya“** 17
25jähriges Bestehen der Außenstelle der Katastrophenschutzschule des Bundes
- „Es ist nicht einfach, die allgemeine Unlust an Themen des Katastrophen- und Zivilschutzes zu durchbrechen“** 21
BVS-Landeshelfertag in Münster
- „Äthiopienhilfe des Roten Kreuzes“** 37
- „Führen – Funken – Fahren“** 41
Großübung des ASB-Ortsverbandes Segeberg
- „Übung in Dortmund“** 43
- „Das Fundament ist brüchig“** 45
- „Die Jugendfeuerwehr ist ein Beispiel für andere“** 49
20jähriges Bestehen der Deutschen Jugendfeuerwehr
- „Wir nehmen Abschied von einem Freund“** 55
Zum Tode von DLRG-Ehrenpräsident Prof. Dr. J. N. Schmitz
- „Das Minimagazin“** U 3
In dieser Ausgabe: Safety first im Instandsetzungsdienst



Umschau

Neuer BVS-Präsident: Gerhard Widder

Als Nachfolger von Oskar Lafontaine, Oberbürgermeister von Saarbrücken, der sechs Jahre lang Präsident des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) war, wählte die Mitgliederversammlung des BVS jüngst den Oberbürgermeister von Mannheim, Gerhard Widder.

Gerhard Widder wurde am 26. Juni 1940 in Mannheim geboren. Nach der Schulzeit absolvierte er eine Lehre, die er mit der Facharbeiter-Prüfung 1959 abschloß. Sein anschließendes vierjähriges Studium an der Staatlichen Ingenieurschule in Mannheim beendete Widder als Dipl.-Ing. (FH).

Von 1963 bis 1967 war er als Assistent an der Fachhochschule Ulm im Labor für Nachrichtentechnik tätig. Von 1967 bis 1968 nahm er an einer Fortbildung an der Berufspädagogischen Hochschule Stuttgart teil. Seit 1968 ist Gerhard Widder Berufsschullehrer an der Werner-von-Siemens-Schule in Mannheim.

Seine politische Laufbahn begann Gerhard Widder als Mitglied des Gemeinderates seit 1975. Seit 1980 ist er Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion. Seine Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Mannheim erfolgte am 17. Juli 1983.

Am Tag der Mitgliederversammlung stellte der Bundesverband für den Selbstschutz zugleich eine neue Ausstellung zum Thema „Zivilschutz – „Selbstschutz“ vor, deren Schwerpunkt in den Vorsorgebemühungen des Staates und des einzelnen für den Fall von Katastrophen und Notsituationen liegt. Der Bundesverband für den Selbstschutz hat die gesetzliche Aufgabe, die Bevölkerung über den Zivilschutz zu unterrichten und im Selbstschutz auszubilden.

Gerhard Widder (rechts), neuer BVS-Präsident, und Direktor Helmut Schuch eröffneten die Ausstellung, die anschlie-

ÜBERLEBEN LERNEN



...end in zahlreichen Orten der Bundesrepublik gemeinsam vom BVS und den Gemeinden präsentiert wird. Die Aus-

stellung will die Bevölkerung zum aktiven Selbstschutz motivieren.

(Foto: Sers)

DLRG initiiert Internationales Komitee für Wasserrettung

Die beiden internationalen Wasserrettungsorganisationen World Life Saving (WLS) und Fédération Internationale de Sauvetage (FIS) wollen enger zusammenarbeiten, um auf Anregung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) einer möglichen Zersplitterung der Tätigkeit vorzubeugen. Die Generalversammlung der WLS billigte jetzt einstimmig die Bildung eines Internationalen Exekutiv-Komitees für Wasserrettung, das beide internationalen Verbände zusammenführen wird und langfristig die Bildung einer einzigen weltumfassenden Vereinigung ermöglichen soll.

Das Komitee wird sich aus den Präsidenten und Generalsekretären der FIS und WLS zusammensetzen und soll jährlich einmal tagen, um alle Fragen der Wasserrettung beider Wasserrettungsorganisationen zu koordinieren und gemeinsam zu vertreten. Es wird wechselseitig alle zwei Jahre jeweils vom Präsidenten der FIS und vom Präsidenten der WLS geführt. Die Initiative zu dieser Zusammenarbeit ist von der DLRG ausgegangen, die Mitglied in beiden Organisationen ist.

ÖTV: Einsatz von Feuerwehren bei Polizeiaufgaben ist rechtswidrig

Für rechtswidrig hält die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) den Einsatz von Feuerwehren bei Polizeiaufgaben. Der stellvertretende Vorsitzende der ÖTV, Franz Holländer, hat deshalb die Innenminister der Bundesländer aufgefordert, dafür zu sorgen, daß künftig Feuerwehrleute nicht mehr gegen Demonstranten eingesetzt werden. Er bezog sich dabei auf Vorfälle, die sich während der Herbstmanöver im hessischen Steinau-Ulmbach ereigneten.

In seinen Schreiben an die Innenminister, deren Inhalt die ÖTV in Stuttgart veröffentlichte, vertrat Holländer die An-

sicht, daß das Vorgehen der Feuerwehren gegen Demonstranten nicht nur geltendem Recht widerspreche, sondern auch deren Ansehen schweren Schaden zufüge. Die Feuerwehren hätten ausschließlich humanitäre Aufgaben und seien organisatorisch und rechtlich von der Polizei getrennt. Amtshilfe dürfe nur geleistet werden, wenn die ersuchte Hilfe im Zusammenhang mit den gesetzlichen Aufgaben der Feuerwehren stehe, betonte Holländer. Diese sehen ausdrücklich vor, daß keine Amtshilfe etwa bei der Festnahme von Straftätern oder bei der Räumung einer Straße von Demonstranten geleistet werden dürfe, erklärte Holländer.

Bowlingbahn brannte nieder



Zum zweiten Mal brannte in Düsseldorf in der Nacht eine Bowlingbahn in unmittelbarer Nähe des Messegeländes nieder (das Zivilschutz-Magazin berichtete). Es entstand ein Schaden von fast acht Millionen DM. 1971 war die Sportstätte nach einem Großbrand wieder aufgebaut worden. Polizisten hatten den Brand in

dem Gebäude entdeckt. Die Feuerwehr konnte zum Glück ein Übergreifen der Flammen auf das Messegelände verhindern.

Das eigentliche Ausmaß des Schadens war, wie das dpa-Foto zeigt, erst am nächsten Tag zu sehen.

Schwere Explosion in Northeim

Erste Vermutungen lassen darauf schließen, daß unbemerkt ausgeströmtes Gas die Ursache für eine schwere Explosion in Northeim war. Die gesamte Giebelwand einer Einfamilien-Doppelhaushälfte war durch diese Explosion aus dem Gebäude herausgebrochen worden.

Als die 63 Jahre alte Bewohnerin des Hauses den Fernsehapparat einschaltete, kam es zu der Explosion. Die Hausfrau erlitt schwere Verbrennungen und mußte in das Northeimer Kreis Krankenhaus gebracht werden. Der 70jährige Ehemann kam mit leichten Verletzungen davon.

Sofort nach der Alarmierung rückte die Northeimer Feuerwehr aus. Fast gleichzeitig kamen Notarzt und Rettungswagen zur Unglücksstelle. Insgesamt waren 38 Wehrmänner mit sechs Fahrzeugen im Einsatz.

Das Technische Hilfswerk wurde verständigt, das ebenfalls mit 38 Männern anrückte. Wie der THW-Sprecher mitteilte, haben die Helfer in einem sechstündigen Einsatz das Haus abgestützt, Balken unter die durchhängenden Decken gestellt und mit Rund- und Kanthölzern Dach und Wände vor weiterer Einsturzgefahr abgesichert.

437 Helfer waren im Einsatz

Die wochenlange Vorplanung hatte sich bewährt: Der Umzug des St.-Marien-Krankenhauses in Ratingen von der Oberstraße in den Neubau an der Werdener Straße verlief reibungslos. Die Freiwillige Feuerwehr, das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz, der Malteser-Hilfsdienst und die Johanniter-Unfall-Hilfe stellten mit den Mitarbeitern des Krankenhauses insgesamt 437 Helferinnen und Helfer, die die Patienten, deren persönliche Gegenstände sowie

Material in das neue Gebäude brachten. Unermüdet waren die Helferinnen und Helfer in drei Schichten im Einsatz.

60 Kranke und 70 Bewohner des Altenheimes wurden mit Kranken- und Notarztwagen in das neue Krankenhaus befördert. Sechs schwerkranke Patienten mußten in ihren Betten transportiert werden. Für diesen Zweck hatte die Johanniter-Unfall-Hilfe ein Spezialtransportfahrzeug zur Verfügung gestellt.

Das Frühstück wurde von den Alten und Kranken noch im Haus an der Oberstraße, das Mittagessen bereits im neuen Haus eingenommen. In der Ambulanz und im Operationssaal blieb eine Notbesetzung bis zum Abend; dann konnte die Versorgung im Neubau weitergehen.

Erstmals wurde der mobile Einsatzleitwagen der Feuerwehr eingesetzt. Von dort aus wurden sämtliche Einsatzmaßnahmen der Hilfsorganisationen koordiniert. Alle Transporte verliefen reibungslos und zügig. Die Koordination und Organisation lagen in den Händen von Wehrleiter Helmut Gansen und dem JUH-Stadtbeauftragten Karl-Heinz Krökerskoth.

BVRS-Neuwahlen

Auf der Delegiertenversammlung des Berufsverbandes der Rettungssanitäter e.V. wurde der Präsident, Dr. Bodo Gorß (Solingen), unter großem Beifall wiedergewählt. Neuer Vizepräsident ist Dr. Klaus Wagner, Anästhesist im Kreis Krankenhaus Memmingen. Die Delegiertenversammlung fand am 27. Oktober 1984 in Lünen/Westf. statt.

Turnier für Fahrer der Kats-Einheiten

Der Landkreis Aurich veranstaltete am 15. September – tatkräftig unterstützt vom ADAC Ortsclub Aurich – ein Geschicklichkeitsturnier. Teilnehmer waren die Kraftfahrer der Kats-Einheiten aus dem Kreisgebiet mit ihren Fahrzeugen; jedoch beschränkt auf die Typen VW-Bully und Ford-Transit. Die Idee – es war die erste Veranstaltung dieser Art im Raum zwischen Weser und Ems – kam von Peter Hasmann, Sachbearbeiter für den Zivilschutz beim Landkreis Aurich. „Zum einen wird durch so einen Wettbewerb die Ausbildung aufgelockert, zum anderen können die Kraftfahrer ihr Geschick und Können unter Beweis stellen.“

Beim ADAC fand dieser Vorschlag sofort Zustimmung. Neben dem Ortsclub-Vorsitzenden Paul Sölke sorgten die Turnierleiter Gerhard Tjarks, Hermann Willms und die ADAC-Jugendgruppe für einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung. Der Verpflegungstrupp des THW-OV Aurich sorgte für das leibliche Wohl, die Ortsfeuerwehr Middels stellte den Funkkommandowagen mit einer Besatzung für die Turnierleitung zur Verfügung. Die Leitung eines Kaufhauses



stellte das Turniergelände zur Verfügung und eine Sparkasse in Aurich stiftete für dieses Turnier Pokale.

An den Start gingen: Bergungszug Aurich, DRK-OV Ihlow, Fernmeldezug Aurich, Sanitätszug Wiesmoor, Sanitätszug-T Norden und die Technische Einsatzleitung des THW-OV Aurich. Bei dem Turnier ging es unter anderem um das Schätzen der Breite einer Tordurchfahrt aus dem Stand in zehn Meter Abstand, das Durchfahren von Toren (vor- und rückwärts), Halten vor einer Wand (vor- und rückwärts), Passieren einer Spurgasse, Einparken rechts und Wenden. Für die Fahrer kam es darauf an, den Parcours in möglichst kurzer Zeit zu durchfahren und dabei wenig Fehler zu machen.

In der Einzelwertung belegte Erwin Moor den ersten Platz vor Erwin Hartmann und Helmut Laux, alle Sanitätszug Wiesmoor. In der Mannschaftswertung kam der Sanitätszug Wiesmoor mit Sigmund Schoon, Erwin Hartmann und Hardwig Schoon auf den ersten Platz. Den zweiten Platz belegten ebenfalls die Wiesmoorer mit Erwin Moor, Joachim Schoon und Uwe Hölscher. Die TEL des THW-OV Aurich errang mit Harm Kruse, Johannes Löschen und Johann Tunder den dritten Platz. Es folgten Sanitätszug Wiesmoor, BZ Aurich, DRK-OV Ihlow und Sanitätszug-T Norden.

Einhellige Meinung aller Teilnehmer: Wiederholen!

Die Fotos zeigen das Rückwärtsfahren durch eine Fahrgasse und schließlich die Sieger des Turniers.

(Fotos: Hausmann)

Bundesärztekammer nimmt Stellung

In „Med.-Intern“, Informationen für Ärzte, nimmt die Bundesärztekammer Stellung zu dem vorläufigen Referentenentwurf eines Zivilschutzgesetzes. Wörtlich heißt es in der Stellungnahme der Bundesärztekammer:

„Die Bundesärztekammer betont in diesem Zusammenhang erneut, daß Deutsche Ärztetage seit jeher den Krieg und jede Art der offensiven Kriegsvorbereitung ablehnen. Da die Bedrohung der Menschheit durch konventionelle Waffen, aber auch durch moderne Massenvernichtungsmittel wie nukleare, bakteriologische und chemische Kampfmittel kurzfristig nicht abzuwenden ist, sind Regelungen zu treffen, welche die Möglichkeit ärztlicher Hilfeleistung auch im Verteidigungsfall unbedingt gewährleisten.“

Die Bundesärztekammer unterstützt die Zielsetzung und den grundsätzlichen Aufbau – wenn auch nicht jede einzelne Vorschrift – des vorläufigen Referentenentwurfes, da er auch im Verteidigungsfall an dem bestehenden differenzierten Versorgungssystem festhält. Unmißverständlich fordert die Bundesärztekammer, daß die ärztliche Verantwortung und Zuständigkeit bei Planung, Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen im Zivilschutz in der von der Sache her – gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung – notwendigen Weise berücksichtigt wird.

In der Stellungnahme der Bundesärztekammer wird ausdrücklich begrüßt, daß nunmehr von einer gesetzlichen Regelung einer speziellen ärztlichen Pflichtfortbildung Abstand genommen wird.“

Konferenz in London

Die „Internationale Ausstellung und Konferenz Feuer, Sicherheit“ ist die wichtigste Veranstaltung der Welt auf den Sektoren Feuerschutz und Brandschutztechnik sowie Sicherheit und Verbrechensverhütung. In diesem Jahr erstreckt sich das internationale Konferenzprogramm für die beiden Ausstellungen auf mehrere getrennte Konferenzen, die gemeinsam mit den einschlägigen professionellen und Fachverbänden geplant und organisiert werden. Vom 15. bis 19. April 1985 findet diese Konferenz in London statt. Themen im Bereich Brandschutz sind u. a. „Größere

Lagerbrände: Billigerer Schutz in Aussicht?“, „Intelligente Feueralarmsysteme“ und „Neue Methoden des Schutzes gegen bestimmte Gefahren“. Im Bereich Sicherheit geht es um „Funk- und drahtlose Alarmsysteme“ und um „Übertragungssysteme für Einbruchalarmdaten“. Der nächste Bereich ist der Arbeitsschutz. Dort geht es u. a. über die Zukunft des Arbeitsschutzes und über „Aspekte der Planung gefährdeter Anlagen“.

Schweres Straßenbahnunglück in Stuttgart

Ein Straßenbahnzug fuhr an einer Gleisverzweigung in Stuttgart einem anderen in die Flanke. 14 Fahrgäste sowie die beiden Zugführer wurden verletzt, einer davon schwer. Ein Teil der am Unglück beteiligten Straßenbahnwagen sprang aus den Schienen. Sachschäden in Höhe von etwa 300 000,- DM entstanden. Durch das Unglück war auch eine wichtige Ausfallstraße (B 27) längere Zeit blockiert, so daß der Feierabendverkehr erheblich durch auftretende Stauungen in der gesamten Innenstadt behindert wurde. Der Straßenbahnbetrieb war längere Zeit unterbrochen. Autobusse mußten als Schienenersatzverkehr eingesetzt werden.

Die ersten Rettungsdienstkkräfte des Deutschen Roten Kreuzes waren bereits eine Minute nach Alarmauslösung zur Stelle. Weitere Helfer sowie Polizei und Feuerwehr folgten unmittelbar. Schnell wurde somit den Verletzten Hilfe geleistet, der Unfallort abgesperrt und der Verkehr abgeleitet. Die Unglücksstelle wurde zügig geräumt. Die noch rollfähigen Wagen wurden eingeleistet. Ein Schadfahrzeug mußte auf einem Tieflader abtransportiert werden.

Wie es trotz des bekannten hohen Sicherheitsstandes im Straßenbahnwesen zu diesem schweren Unglück kam, bedarf noch der eingehenden Klärung durch die eingeschalteten Aufsichtsbehörden und Experten.

G. K.

115 Jahre Feuerwehr Landstuhl

„Statt einer großen Feier Öffentlichkeitsarbeit“ – das war das Motto für das 115jährige Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Landstuhl. Dazu wurden alle im Landkreis Kaiserslautern tätigen Hilfs- und Rettungsorganisationen eingeladen. Sie hatten die Möglichkeit, sich bei einem „Tag der offenen Tür“ vorzustellen.

Trotz des schlechten Wetters war die Veranstaltung sehr gut besucht. Für die musikalische Unterhaltung war genauso gesorgt wie für das leibliche Wohl. Die Bereitschaftspolizei Enkenbach-Alsen-

born, der Bundesverband für den Selbstschutz, das Deutsche Rote Kreuz, die örtliche Schutzpolizei und das Technische Hilfswerk stellten neben der Feuerwehr Fahrzeuge und Geräte aus, hatten Informationsstände errichtet, demonstrierten kleine Einsätze. Das THW beeindruckte mit seinen Vorführungen die Gäste besonders (Bild). In Ansprachen wurde von den Ehrengästen der Dienst im Ehrenamt gelobt und auf die Entwicklung der FF Landstuhl zu einer schlagkräftigen Einsatzgruppe verwiesen.

(Foto: Vollmer)



„Gefährliche Stoffe beim Feuerwehreinsatz“

Das Seminar „Gefährliche Stoffe beim Feuerwehreinsatz“ für Führungskräfte der Feuerwehren findet vom 19. bis 22. März 1985 bei der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) in Neuherberg bei München statt. Mit diesem Seminar wird dem Wunsch der Teilnehmer der seit mehreren Jahren stattfindenden „Strahlenschutz-Seminare“ entsprochen, die Problematik auf den Gesamtkomplex des Gefahrgut-Unfalls auszuweiten. Aufgrund der Erfahrungen und der Befragung der Teilnehmer des diesjährigen „Gefahrgut-Seminars“ ist als Themenkatalog zur Zeit vorgesehen: Einsatztaktik bei Unfällen mit gefährlichen Stoffen; Informationsmöglichkeiten bei Unfällen mit gefährlichen Stoffen; Sonderausrüstung für Gefahrgutunfälle; neue Maßeinheiten im Strahlenschutz; Möglichkeiten eines toxikologischen Notarztdienstes und Einsatzerfahrungen mit Diskussionen. Dem Seminar ist wieder angeschlossen eine Demonstration über Atemschutzge-

räte, Schutzkleidung, Gas- und Zündgrenzenmeßgeräte, Strahlenschutz-Sonderausrüstung sowie besondere Geräte für den Einsatz mit chemischen Gefahrstoffen.

Neben Führungskräften der Feuerwehr können auch 1985 wieder Angehörige der Landesdienststellen für den Brand- und Katastrophenschutz, der Polizei, der Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes teilnehmen.

Die Teilnahme am Seminar ist kostenfrei; Anmeldungen schriftlich an Herrn Bernd Hildebrand, GSF-Feuerwehr, Ingolstädter Landstraße 1, 8042 Neuherberg. Für evtl. notwendige Rückfragen sowie für Anregungen zum Seminar steht Herr Hildebrand, Tel. 089/3187-2233, zur Verfügung.

Nach der formlosen Anmeldung erhalten die gemeldeten Seminarteilnehmer ausführliche Unterlagen einschließlich der Anmeldekarte für Unterkunft.

Übung mit 800 Helfern

Über 800 Helfer der verschiedenen Hilfsorganisationen waren beteiligt an einer großen Übung, die über zwei Tage vom Amt für Zivilschutz im Essener Raum durchgeführt wurde. Der Katastrophenschutzübung zugrunde gelegt wurde der „Absturz“ eines zweistrahligen zivilen Privatflugzeuges. Die Maschine war in Brand geraten; am Wrack bestand Explosionsgefahr. Nach wenigen Minuten waren die ersten Einsatzkräfte „vor Ort“. Die Feuerwehr leitete erste Maßnahmen zur Brandbekämpfung ein, die Sanitätsorganisationen versorgten die Verletzten.

Weitere Übungseinlagen: Eine „Explosion“ mit Brand an einer Schule und ein „Zugunglück“. Die Helfer meisterten die Übung mit Bravour.

Katastrophenschutz-Einheiten werden schneller ausgerüstet

Das Innenministerium Baden-Württemberg teilt mit, daß die Landesregierung – vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags von Baden-Württemberg – in den Jahren 1985/86 ein Sonderprogramm zur Ausrüstung des Katastrophenschutzdienstes durchführen wird. Wie Staatssekretär Robert Ruder vom baden-württembergischen Innenministerium nach einer Sitzung des Landesbeirats für den Katastrophenschutz mitteilte, sollen mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 1,9 Millionen DM vor allem Fahrzeuge für den Verletztentransport und für den Helfertransport beschafft werden. Damit wird – so Ruder – die Ausrüstung der Sanitätszüge für den Einsatz bei Katastrophen erheblich schneller als bisher vorgesehen vorangetrieben. Mit den zusätzlichen Mitteln können rund 64 Sanitätszüge im gesamten Land für den friedensmäßigen Einsatz voll ausgerüstet werden. Staatssekretär Ruder ist davon überzeugt, daß nach Abschluß des Sonderbeschaffungsprogramms der Sanitätsdienst eigenständig den Helfer- und Verletztentransport im Katastrophenfall bewältigen kann.

Das Land Baden-Württemberg hat bereits in den vergangenen Jahren Krankentransportwagen für den Sanitätsdienst, Geländewagen für die Bergrettung, Kombi-Fahrzeuge für die Wasserrettung sowie Lastkraftwagen und Feldkochherde für den Betreuungsdienst beschafft. Das bisher laufende Programm wird fortgeführt und sieht für 1984 die Beschaffung von rd. 25 Krankentransportwagen und zehn Bussen für den

Helfertransport vor. Auch diese Fahrzeuge werden den Sanitätsorganisationen im Land zur Verfügung gestellt, die ihre Mitwirkung im Katastrophenschutz erklärt und Einheiten des Katastrophenschutzdienstes gebildet haben. Der Landesbeirat für den Katastrophenschutz hat die vorgesehenen Beschaffungsprogramme gebilligt.

Staatssekretär Ruder hob die vertrauensvolle Zusammenarbeit des Innenministeriums mit dem Landesbeirat für den Katastrophenschutz hervor. „Der Landesbeirat ist ein unentbehrlicher Gesprächspartner für die staatlichen Stellen bei allen grundsätzlichen Planungen und Maßnahmen des Katastrophenschutzes“, erklärte Ruder. Dem Landesbeirat gehören Vertreter der Organisationen, die im Katastrophenschutz mitwirken – Deutsches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst, Johanniter-Unfall-Hilfe, Arbeiter-Samariter-Bund, Bergwacht, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft u. a. – sowie der Landesfeuerwehrverband und die kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs an.

Explosion, Verletzte und Wasserprobleme

Um 18.30 Uhr ertönten bei den Helfern des Katastrophenschutzes die Funkalarmempfänger, ausgelöst durch die Polizeidirektion Traunstein, mit der Durchsage, daß sie sich aufgrund des soeben ausgerufenen „Spannungsfalles“ unverzüglich in ihre Unterkünfte zu begeben haben. Nach kurzer Zeit meldeten die alarmierten Einheiten ihre Einsatzbereitschaft. Den Einheiten wurde die momentane Lage bekanntgegeben und unter dem Gesichtspunkt, daß in der Nacht mit „Anschlägen“ im Raum Trostberg zu rechnen sei, wurden alle Einheiten in verschiedene Bereitstellungsräume rund um Trostberg in Marsch gesetzt. Der Verpflegungstrupp des THW Traunreut erhielt nun den Auftrag, die 89 Helfer in den Bereitstellungsräumen bis ca. 22.00 Uhr zu versorgen. Um 18.25 Uhr kam von der örtlichen Spielleitung der Anruf bei der Katastrophenschutz-Einsatzleitung (KEL) an, daß in einem Betrieb eine Person von einem Traktor eingeklemmt sei. Der Bergungszug des THW Traunreut wurde mit 23 Helfern nach Brünnhäusen bei Feldkirchen beordert, um die eingeklemmte Person zu bergen. Als der Bergungszug am Unfallort eintraf, ereignete sich in den Getreidesilos eine schwere Staubexplosion, bei der ein großer Teil des Gebäudes einstürzte und die Randtrümmer die Fahrzeuge des Bergungszuges

lahmlegten. Aufgrund des ausgebrochenen Brandes im Seitenteil des Gebäudes forderte der Zugführer bei der KEL Unterstützung durch Brandschutzeinheiten an.



Die KEL beorderte nun den 1. und 2. Löschzug Wasser mit je 20 Helfern zur Unterstützung des Bergungszuges und zur Brandbekämpfung nach Brünnhäusen. Weitere Erkundungen ergaben, daß in dem eingestürzten Gebäudeteil vermutlich 10 bis 15 Personen verschüttet wurden. Sofort wurde die Arztgruppe Trostberg mit 16 Helfern bei der KEL angefordert. Der Bergungszug begann mit weiterer Erkundung sowie der Bergung der Verletzten und dem Aufbau von Beleuchtungsgeräten. Die Bergung der Verletzten gestaltete sich in den verzwickten Räumlichkeiten äußerst schwierig und konnte wegen der starken Rauchentwicklung zum Teil nur mit schwerem Atemschutz durchgeführt werden. Eine weitere Erkundung ergab, daß bei der Explosion ein Erdkabel zerrissen wurde. Um diesen Schaden zu beheben, wurde der Kabeltrupp des Instandsetzungszuges aus Traunstein an den Unfallort gerufen. Den inzwischen eingetroffenen Löschzügen stellte sich das Problem der Wasserversorgung. Der nächste Hydrant ist gut 1 km entfernt, in ca. 400 m Entfernung befindet sich ein kleiner Löschteich am Waldrand. Die Arbeit wurde den Brandschützern von Spielleiter Fischer dahingehend erschwert, daß er den sonst so bewährten Schlauchwagen wegen eines „Defektes“ ausfallen ließ. Somit mußten die Schläuche von Hand gelegt werden und man entschied sich zur Wasserentnahme aus dem Löschteich. Es dauerte trotz Erschwernis nicht lange, bis die Brandbekämpfung beginnen konnte.

Die vom Bergungszug geborgenen „Verletzten“ wurden zur Erstversorgung an die inzwischen eingetroffene Arztgruppe Trostberg übergeben. Von der KEL wurde nun bestimmt, daß aufgrund der Schadensverhältnisse eine örtliche Einsatzleitung zu bilden sei, wobei Zugführer Escher vom 1. Löschzug zum Einsatzleiter bestimmt wurde. Die örtliche Einsatzleitung wurde im dafür bestens geeigneten Einsatzleitfahrzeug des THW eingerichtet. Die örtliche Einsatzleitung hatte nun die Aufgabe, den Einsatz der verschiedenen Hilfsorganisationen zu koordinieren sowie über die Rettungsleitstelle in Traunstein die aktuelle Aufnahmekapazität je nach Verletzengrad in den umliegenden Krankenhäusern zu ermitteln und somit den Abtransport der Verletzten zu steuern. Vor ein echtes Problem wurde die örtliche Einsatzleitung gestellt, als nach einer halben Stunde gemeldet wurde, daß der Löschteich keinen Tropfen Wasser mehr herbeigebe. Doch die Einsatzleitung erkannte nun den Ernstfall sehr schnell und setzte Tanklöschfahrzeuge im Pendelverkehr ein. Als gegen 21.30 Uhr alle Verletzten geborgen und erstversorgt waren, gab Gesamteinsatzleiter F. Beisl das Übungsende bekannt. Das Foto zeigt den THW-Bergungszug beim Abseilen einer „verletzten“ Person.

(Foto: Karpf)

Neue technische Lösungen

Bei der Taufe des Ölbekämpfungsschiffes „Bottsand“ und des Ölskimmer-Pontonsystems „MPOSS“ erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie, Dr. Albert Probst, in Bremen u. a.:

„Die beiden neuen Ölbekämpfungssysteme „Bottsand“ und „MPOSS“ sollen, neben einer Reihe bereits im Einsatz befindlicher Fahrzeuge, dazu beitragen, daß die Verschmutzung der Nordsee verringert wird. Diese Aufgabe muß mit weit größerem Einsatz als bisher angegangen werden, wenn die Nordsee nicht ähnlichen Schaden wie unsere Wälder erleiden soll. . . . Noch sind keine signifikanten großräumigen Schädigungen der Nordsee erkennbar. Aber ein Teil des Küstenmeeres und der Ästuarien ist aufgrund der übermäßig starken Belastungen geschädigt.“

Dr. Probst führte Möglichkeiten der Schadstoffzuführung in die Nordsee auf. Weiter erklärte er:

„Wissenschaft, Forschung und Technik können helfen, Umweltbelastungen zu verhindern und eingetretene Schädigungen

gen zu beseitigen. Hierbei hilft das BMFT durch Förderung. Es unterstützt Maßnahmen zur ökologischen Wirkungsforschung und Schadenserkenkung, zur Entwicklung von Techniken und Verfahren der Belastungsverhinderung sowie zur Schadensbekämpfung . . .

Die bisherigen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten konzentrieren sich auf das Eingrenzen von Ölverschmutzungen durch Ölsperrsysteme, wobei sich eine am Einsatzort aus Komponenten schäumbare Endlossperre als besonders geeignet erwiesen hat, und das Entfernen von Ölverunreinigungen auf hoher See durch eine Reihe von neuartigen Ölbekämpfungsfahrzeugen und -geräten, die die konventionellen Verfahren zur Ölabschöpfung wesentlich erweitern. Sowohl die ‚Bottsand‘ als auch die ‚MPOSS‘ sind hochwertige technologische Produkte für ihren jeweiligen Einsatz . . .

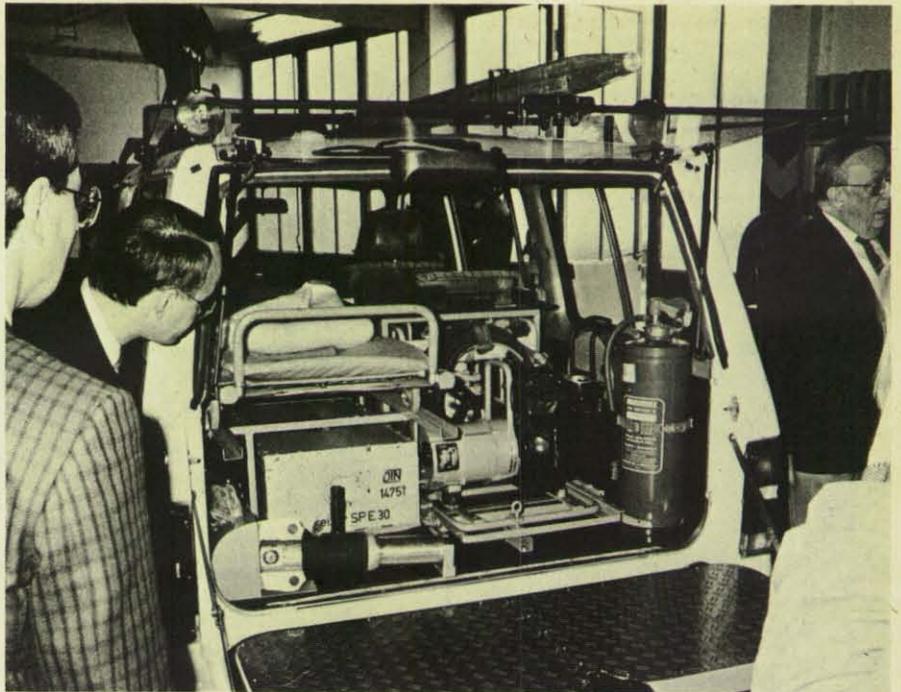
Sie wurden zu einem überwiegenden Teil von der Bundesregierung, vertreten durch den Bundesminister für Forschung und Technologie, finanziert. Nach Abschluß der Erprobung wird die ‚Bottsand‘ von der Bundesmarine übernommen. Sie wird von Marinestützpunkten aus Ölfälle bekämpfen und außerdem Schiffe der Marine von den beim Betrieb anfallenden Ölrückständen entsorgen.“

Zusätzliche Mittel für Katastrophenschutz

Der Katastrophenschutz soll in Baden-Württemberg besser ausgerüstet werden. Diese Zusage machte jetzt nach einer Sitzung des Landesbeirats für den Katastrophenschutz Robert Ruder, Staatssekretär im Innenministerium. Er kündigte für die Jahre 1985 und 1986 – vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags – ein Sonderprogramm mit einem Umfang von 1,9 Millionen Mark an. Mit diesen Mitteln sollen zusätzliche Fahrzeuge für den Verletztentransport und den Helfertransport angeschafft werden. Damit können laut Ruder in Zukunft 64 Sanitätszüge vollständig ausgerüstet werden.

Optimierung der Rettungsdienste

Der „Verein Rettung“ Oberberg stellte jüngst der Freiwilligen Feuerwehr Gummersbach ein „Schnellbergungsfahrzeug“ zur Verfügung, das erste dieser Art in Nordrhein-Westfalen. Gummersbachs Stadtbrandmeister Peter Müller war begeistert von dem Fahrzeug, des-



sen Funktionsweise und Zweck Dr. Günter Panzer, Vorsitzender des Vereins Rettung, erläuterte.

Das Schnellbergungsfahrzeug diene, so Dr. Panzer, der „weiteren Optimierung der Leistungsfähigkeit unserer Rettungsdienste“. Das Fahrzeug, mit dem die Besatzung schnellstmöglich Menschen aus lebensbedrohlichen Situationen retten und den Rettungsdiensten zuführen soll, hat Allradantrieb und 120 PS.

Stadtdirektor Dr. Hansjochen Kochheim, dem die Freiwillige Feuerwehr Gummersbach untersteht, nahm mit Freude die Schlüssel des Fahrzeugs entgegen. Er bedankte sich bei Dr. Panzer auch im Namen des Landrats und des Oberbergischen Kreises. Dieses Fahrzeug sei, so der Stadtdirektor, „eine bedeutende Stärkung des Rettungswesens für die gesamte Kreismitte“.

(Foto: Dittrich)

Schwere Explosion in Universität

Zwei schwerverletzte Feuerwehrmänner, ein leichtverletzter Hochschulangestellter und ein geschätzter Schaden in Höhe von knapp einer Million Mark – das ist die traurige Bilanz einer schweren Explosion in der Göttinger Universität.

Am frühen Nachmittag schossen riesige Feuerbälle aus dem Anorganisch-Chemischen Institut der Universität. Durch umherfliegende Glas- und Metallsplitter wurden die Menschen verletzt. Mit Löschpulver und Schaum ging die Berufsfeuerwehr Göttingen gegen die Flammen vor.

In der Zwischenzeit hatte sich der Lagerraum des Instituts so stark aufgeheizt, daß bei Verpuffungen Schaum wieder aus dem Gebäude zurückgeschleudert wurde. Dann explodierten mehrere Chemikaliertanks, Fenster brachen entzwei, Türen wurden aus den Angeln gerissen. Die Einwohner des Göttinger Stadtteils Nikolausberg mußten in ihren Wohnungen bleiben und die Fenster geschlossen halten.



Das Foto zeigt den Einsatz der Feuerwehr bei den Nachlöscharbeiten.

(Foto: Otto)

THW-Ehrenzeichen in Gold für Dr. Siegfried Fröhlich

Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann würdigte die Verdienste seines Staatssekretärs, Dr. Siegfried Fröhlich (Bild), um das Technische Hilfswerk (THW). In seiner Laudatio anlässlich der Überreichung des THW-Ehrenzeichens in Gold führte der Bundesinnenminister u. a. aus:

„Es ist mir eine besondere Freude, Ihnen heute meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen zu können für die Verdienste, die Sie sich um die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk erworben haben. Seit Ihrer Berufung zum beamteten Staatssekretär im Jahre 1974 gehört das Technische Hilfswerk zu Ihrem Geschäftsbereich und hat sich in diesen zehn Jahren nicht nur Ihrer amtlichen Aufmerksamkeit, sondern auch stets Ihres ganz persönlichen Interesses erfreuen können. Diese Organisation, die von ihrem Aufbau und ihrem Selbstverständnis her so atypisch für die Bundesverwaltung ist, hat bei Ihnen für ihre speziellen Probleme und Nöte, deren es in den vergangenen Jahren wahrlich nicht wenig gab, stets ein offenes Ohr und großes Verständnis gefunden. Es entspricht Ihrem Grundverständnis von Staat und Gesellschaft, daß das ehrenamtliche Engagement der Helfer im THW für die Gemeinschaft Ihre besondere Wertschätzung findet.



Besonderen Wert haben Sie immer darauf gelegt, daß das THW nicht vom grünen Tisch aus verwaltet wird, sondern daß die notwendigen zentralen Entscheidungen in Kenntnis und unter Berücksichtigung der Verhältnisse vor Ort erfolgen und für alle Betroffenen auch transparent gemacht werden.

Sie selbst sind in dieser Hinsicht stets mit gutem Beispiel vorangegangen und



haben in den vergangenen Jahren in regelmäßigen Gesprächen mit der THW-Leitung, den Landesbeauftragten und Landessprechern persönlich Kontakt zum THW und seinen Repräsentanten gehalten. Darüber hinaus ist es allgemein im THW bekannt, daß Sie auch den Urlaub nutzen, um sich bei Landes- und Ortsverbänden zu informieren.

Der in den vergangenen Jahren im THW eingeleitete Konsolidierungsprozeß, der manchmal von recht schmerzhaften Wehen begleitet war, hat wesentliche Verbesserungen erbracht.

Die Modernisierung und Komplettierung der Ausstattung konnten zügig vorangetrieben werden. Die Selbstbewirtschaftungsmittel sind in den letzten zwei Jahren kräftig angehoben worden. Auch auf dem Unterbringungssektor ist nunmehr erstmals Licht am Ende eines allerdings noch langen Tunnels zu sehen. Wenn das THW heute mit Optimismus in die Zukunft blicken kann, ist dies in ganz entscheidender Weise Ihrer Einflußnahme und Fürsprache zu verdanken.

Sie haben ferner von Anfang an, obwohl dies damals durchaus nicht selbstverständlich war, die Gründung und den Aufbau der Helfervereinigung gefördert. Die Entwicklung hat Ihnen Recht gege-

ben: Die Helfervereinigung mit ihren rund 25000 Mitgliedern ist heute in vielen Fragen ein wichtiger Ansprechpartner der THW-Leitung. Ich möchte noch zwei Punkte erwähnen, die Ihnen besonders am Herzen liegen: Sie haben sich engagiert für eine Neugliederung der THW-Leitung und für eine eindeutige Klärung der jeweiligen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten von BZS und THW ausgesprochen. Ihr Rat hat maßgeblich meine Entscheidung beeinflusst. Die Zusammenfassung der THW-Jugendgruppen in einen zentralen Jugendverband in der Trägerschaft der Helfervereinigung ist Ihre Idee gewesen. Auch hier können Sie sich durch die erfreuliche Entwicklung der Jugendarbeit im THW bestätigt fühlen.“

Bei der Überreichung waren dabei (im Bild v. l. n. r.): Bundesjugendleiter der THW-Jugend, Paul Josef Wilmes, Reg.-Dir. Dr. Ammermüller, Abt.Ltr. ZV Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Direktor THW Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, Staatssekretär Dr. Siegfried Fröhlich, Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann, Bundeshelfersprecher des THW, Peter Merck, und Hermann Biechele, Vorsitzender der THW-Helfervereinigung des Landes Baden-Württemberg.

(Fotos: Hilberath)

500 Tote und 1 500 Schwerverletzte

Zunächst sprach man von 260 Toten, dann von 300. Nach einer weiteren Recherche war die traurige Bilanz zahlenmäßig noch mehr in die Höhe gestiegen: Mindestens 500 Menschenleben forderte die Serie von schweren Explosionen im Arbeiterviertel Tlalnepantla, einem Vorort im Norden der Hauptstadt

Mexiko-Stadt. Die genaue Ursache der Katastrophe ist noch unbekannt; durch einen Brand sind Depots mit Flüssiggas explodiert. Diese Depots befinden sich im dichtbesiedelten Wohngebiet. Über 1 500 Menschen wurden durch die Explosion verletzt, viele sogar lebensgefährlich. Zahlreiche – man spricht von



rund 300000 – Menschen mußten evakuiert werden. Ihr Wohngebiet wurde völlig zerstört.

Das mexikanische Rote Kreuz und andere Hilfsorganisationen riefen über Rundfunk zu Blutspenden sowie zur Bereitstellung von Blutkonserven und Medikamenten auf. Auch Lebensmittel, Kleidung und Decken sowie andere Bedarfsartikel für die Obdachlosen wurden gebraucht. Die Regierung setzte ein Notstandsprogramm in Kraft, um die ersten Versorgungslücken zu schließen.

Die Katastrophe – es war eine der schlimmsten in der Geschichte Mexikos – ereignete sich am frühen Morgen. Vermutlich dürfte ein Tankwagen mit flüssigem Erdgas in Flammen aufgegan-

gen sein. Eine Kettenreaktion von zwölf gewaltigen Explosionen folgte. Die Erde bebte und riesige Flammen schossen in den Himmel. Bevor die Bewohner der einstöckigen Flachdachhäuser aus Ziegel und Holz begriffen, was vorging, waren viele bereits tot. Die Druckwelle hatte die nicht sehr stabilen Häuser zerfetzt, schleuderte Glassplitter wie Geschosse durch die Straßen und zerriß Häuser und Menschen.

Hunderte von Menschen starben in den sich sekundenschnell ausbreitenden Flammen. Ein Augenzeuge berichtet: „Es war ein Inferno. Das Feuer fiel vom Himmel und drang in Türen und Fenster unserer Häuser ein. Es war wie ein Erdbeben. Wir schafften es gerade noch, aus dem Haus zu kommen. Zum Anzie-

hen war keine Zeit. Wir wußten nicht, was geschah. Es war wie eine Bombe.“

Die Gasexplosion löste eine Solidaritätswelle unter den Mexikanern aus. Neben den Rettungsdiensten organisierten sich die Bewohner ganzer Quartiere, um die Opfer mit Essen und Kleidung zu unterstützen. Vor den Krankenhäusern stehen Menschenreihen, um Blut zu spenden. Gleichzeitig aber mußten auch Polizisten und Soldaten der Armee gegen Plünderer angehen.

In den Medien wurde nach der Katastrophe vor allem die Frage nach den Sicherheitsbedingungen aufgeworfen: Wieso befinden sich Depots mit hochexplosivem Flüssiggas von insgesamt sieben Unternehmen in dichtbesiedelten Wohngebieten?

(Fotos: dpa)



Hearing der SPD-Bundestagsfraktion zur Zivilschutz-Neuregelung

Die Bundestagsfraktion der SPD veranstaltete am 20. November 1984 eine öffentliche Anhörung zur Neuregelung des Zivilschutzes, zu der neben den Hilfsorganisationen auch Vertreter des Bundesinnen- und Bundesbauministeriums sowie des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit verschiedener Bundesländer sowie von „Friedensinitiativen“ eingeladen waren. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wurde repräsentiert u. a. durch den Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Wernitz, den innenpolitischen Sprecher der Fraktion, Schäfer, und den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Zivilschutz“, Dr. Nöbel.

Nöbel erklärte zu Beginn der Anhörung: „Der Zivilschutz, das heißt die zivile Verteidigung, führt in der Bundesrepublik Deutschland eine wenig beachtete Existenz. Die Öffentlichkeit, die Medien und auch die Regierenden widmen ihm nur sporadisch Aufmerksamkeit, meist dann, wenn gesetzliche Neuregelungen anstehen.

Die aktuelle Diskussion um den Zivilschutz ist beeinflusst und nicht zu trennen von der vor einem Jahr heftig geführten Debatte über die Nachrüstung der NATO und die allgemeine Friedensdiskussion.

Die erfolgreichste und effektivste Form des Zivilschutzes ist eine Politik, die den Krieg verhindert. In dieser allgemeinen Aussage werden wir sicherlich alle übereinstimmen. Sieht man aber einmal von Mitteleuropa ab, dann hat es auf unserem Erdball nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als 100 Kriege gegeben.

Niemand kann ausschließen, niemand kann eine Garantie dafür geben, daß nicht auch Westeuropa in einen Konflikt hineingezogen werden kann, der in einem anderen Teil unserer Welt entsteht. Ist es dann nicht – so fragen viele Bürger unserer Landes – ein zwingendes Gebot der Humanität, Maßnahmen für den Schutz der Zivilbevölkerung zu treffen? Ist unter diesem Gesichtspunkt der Zivilschutz nicht eine humanitäre Pflicht?

Ich meine, daß man sich einer solchen Argumentation nicht verschließen kann, daß man aber auch nicht übersehen darf, daß der Zivilschutz als Teil einer überzeugenden Verteidigungsstrategie Teil eines verteidigungspolitischen Gesamtkonzepts ist und somit andere besorgte Bürger fragen, ob nicht durch den Ausbau des Zivilschutzes wesentliche Voraussetzungen für die Führung eines Krieges geschaffen werden.

Die aktuelle Diskussion über den Zivilschutz, die ihren konkreten Ausgangspunkt in der Absicht der Bundesregierung hat, die Zivilschutzgesetzgebung neu zu fassen, ist natürlich nicht von den Gefahren zu trennen, die von einem atomar geführten Krieg ausgehen. So wird dann gefragt, ob es überhaupt einen Schutz der Zivilbevölkerung in einem atomaren Krieg geben kann, ob nicht durch den Bau von Schutzräumen eine Sicherheit vorgespiegelt wird, die in der Wirklichkeit gar nicht existiert und ob dies nicht auch für die Maßnahmen im Bereich des Gesundheitswesens gelten muß.

Der Deutsche Bundestag hat noch am 3. Juli 1980 einstimmig die Bundesregierung aufgefordert, die Zivilschutzgesetzgebung zu vereinfachen und zu verbessern. Diesem Auftrag will die Bundesregierung mit dem vorliegenden Referentenentwurf für ein neues Zivilschutzgesetz nachkommen. Ob sie dies leisten kann, wollen wir in unserer Anhörung klären. Wir wollen aber auch feststellen, ob die Bundesregierung bei der Vorlage ihres Gesetzentwurfes nicht über den Auftrag des Bundestages hinausgegangen ist und im Zivilschutz eine neue Dimension einführen will. Konkret meine ich damit die Frage, ob künftig eine Schutzraumbaupflicht eingeführt werden soll und wie sich die Bundesregierung die Sicherstellung des Gesundheitswesens vorstellt.“

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist nachfolgend aufgeführte Stelle zu besetzen:

Lehrkraft an der BVS-Schule Geretsried (Bayern)

(Verg.-Gr. IVb BAT) – ab sofort –

Die Bewerber müssen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen. Besondere Eignung für eine Lehrtätigkeit wird vorausgesetzt.

Bewerber mit abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, Lebenslauf, Lichtbild, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis spätestens **10. Januar 1985** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz
– **Bundeshauptstelle** –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung.

Nachruf

Tiefbewegt nehmen wir Abschied vom Initiator und Mitbegründer unserer Vereinigung

Herrn Ferdinand Ständer

14. 2. 1928 13. 10. 1984

Durch sein unermüdliches Wirken und sein uneigennütziges Engagement verdankt ihm die THW-Helfervereinigung e. V. mehr, als man mit Worten zum Ausdruck bringen kann.

Die sozialen Belange der THW-Helfer, für die er sich stets eingesetzt hat, waren ihm ein tiefes Anliegen.

Herr Ständer hat sich bis zuletzt um die THW-Jugend bemüht, die mit ihm einen großen Gönner verloren hat.

Wir sind ihm zu großem Dank verpflichtet und werden uns seiner stets erinnern.

Das Präsidium und die Mitglieder der THW-Helfervereinigung e. V.

Der Vorstand und die Junghelfer der THW-Jugend

Dorothee Boeken

Paul Wilhelm Kolb, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz:
„Es ist unsere Pflicht, das Kulturgut zu schützen“

Kulturgüter in Bayern tragen nun das offizielle Kennzeichen

Länder führen im Auftrag des Bundes die Haager Konvention aus / 1600 schützenswerte Objekte in Bayern

Kulturgutschutz – was heißt das? Um dieser Frage nachzugehen, seien an dieser Stelle Dr. Klaus Goeckel und Wolfgang Beßlich zitiert:

„Kulturgutschutz hat sowohl einen humanitären als auch einen verteidigungswichtigen Aspekt. Wie die Präambel der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten von 1954 zum Ausdruck bringt, bedeutet ‚jede Schädigung von Kulturgut, gleichgültig welchem Volke es gehört, eine Schädigung des kulturellen Erbes der ganzen Menschheit, weil jedes Volk seinen Beitrag zur Kultur der Welt leistet‘. Es ist daher ein humanitäres Anliegen, dieses kulturelle Erbe zu erhalten und unter internationalen Schutz zu stellen.“ (Aus: Zivilschutz und Zivilverteidigung, Doppelheft F und G, 1982.)

Mit Gesetz vom 11. April 1967 in der Fassung des am 14. August 1971 in Kraft getretenen Änderungsgesetzes hat die Bundesrepublik Deutschland der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, ihren Ausführungsbestimmungen und dem Protokoll zugestimmt. Insgesamt wurde dem völkerrechtlichen Vertrag von bisher 71 Staaten zugestimmt, darunter auch wesentliche Teile des Ostblocks (DDR, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn).

Im Auftrag des Bundes führen die Länder die Haager Konvention aus. Im „Gesetz über den Zivilschutz“ vom 9. August 1976 wird der Schutz von Kulturgut dem Aufgabenbereich des Zivilschutzes zugeordnet. Die Bundesländer führen mit ihrem eigenen Verwaltungsaufbau Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut im Auftrage des Bundes durch. Dem Bund steht ein Aufsichts- und Weisungsrecht zu, das dem Bundesamt für Zivilschutz, Bonn-Bad Godesberg, übertragen wurde.

Wie geht der Schutz von Kulturgut vor sich? Was unternehmen die Länder, um ihre Kulturgeschichte zu erhalten? Ange-

fangen von der Mikroverfilmung wertvoller Archivalien, von deren Lagerung in Stahlbehältern in einem Stollen in der Nähe von Freiburg, bis zur Auflistung der Kulturgüter und zur Anbringung des einheitlichen Kulturgutschutz-Zeichens am Beispiel Bayerns soll im folgenden der Kulturgüterschutz in der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt werden.

Bisherige Leistungen im Bereich des Kulturgüterschutzes

Um die bisherigen Leistungen, die in der Bundesrepublik Deutschland im Bereich des Kulturgüterschutzes erbracht wurden, aufzuzeigen, wird der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Paul Wilhelm Kolb, zitiert:

„Der Schutz von Kulturgut in aller Welt ist nach der Haager Konvention Aufgabe der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Paris (UNESCO). Die Vertragsstaaten berichten der UNESCO über den Stand der Verwirklichung des Schutzes von Kulturgut. Die Bundesrepublik Deutschland als einer der Vertragsstaaten hat im Bereich des Kulturgüterschutzes bisher folgendes geleistet:

1. Ein Zentraler Bergungsort für die Bundesrepublik Deutschland wurde im Bundesland Baden-Württemberg eingerichtet. Er dient der Sicherung von beweglichem Kulturgut. Dieser Bergungsort ist bei der UNESCO in das ‚Internationale Register für Kulturgut unter Sonderschutz‘ eingetragen worden.

2. Eine weitere Schutzmaßnahme auf dem Gebiete des Kulturgüterschutzes ist die Sicherungsverfilmung von Archivalien, insbesondere von historisch wertvollen Dokumenten und Akten. Durch diese Mikroverfilmung ist es möglich, die Archivalien im Falle ihrer Vernichtung durch Katastrophen

oder bewaffnete Konflikte zu reproduzieren. Die Mikrofilme werden in Stahlbehältern aufbewahrt, die für viele Jahrzehnte eine optimale Sicherheit für das Filmmaterial garantieren.

3. Das Bundesamt für Zivilschutz ist zur Verbreitung des Wortlautes der Haager Konvention und ihrer Ausführungsbestimmungen verpflichtet . . .

4. Schließlich ist als Sicherungsmöglichkeit für den Schutz von beweglichem Kulturgut ein Bergungsraum für den Aachener Domschatz gebaut worden. Dies ist ein Beginn. Es wäre wünschenswert, wenn für die Schaffung derartiger Bergungsräume in Museen und anderen kulturellen Einrichtungen die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt würden.“

(Aus: „Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten“, 1979.)

Was sind Kulturgüter?

Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut gehören als fester Bestandteil zum Zivilschutz. Was sind Kulturgüter? Darüber gibt Kapitel 1 „Allgemeine Schutzbestimmungen“, Artikel 1 „Begriffsbestimmung des Kulturguts“ in der „Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten“ Auskunft. Wörtlich heißt es:

„Kulturgut im Sinne dieser Konvention sind, ohne Rücksicht auf Herkunft oder Eigentumsverhältnisse:

- a) Bewegliches oder unbewegliches Gut, das für das kulturelle Erbe aller Völker von großer Bedeutung ist, wie z.B. Bau-, Kunst- oder geschichtliche Denkmäler religiöser oder weltlicher Art, archäologische Stätten, Gebäudegruppen, die als Ganzes von historischem Interesse sind, Kunstwerke, Manuskripte, Bücher und andere Gegenstände von künstlerischem, historischem oder archäologischem Interesse sowie wissenschaftliche Sammlungen und bedeutende Sammlungen von Büchern,



Bombentreffer verwüsteten einen Raum der National Gallery London. Dieses historische Foto gibt Zeugnis von der Notwendigkeit des Kulturgüterschutzes.

Archivalien oder Reproduktionen des oben bezeichneten Kulturgutes;

b) Baulichkeiten, die in der Hauptsache und tatsächlich der Erhaltung oder Ausstellung des unter a) bezeichneten beweglichen Gutes dienen, wie z. B. Museen, größere Bibliotheken, Archive sowie Bergungsorte, in denen im Falle bewaffneter Konflikte das unter a) bezeichnete bewegliche Kulturgut in Sicherheit gebracht werden soll;

c) Orte, die in beträchtlichem Umfang Kulturgut im Sinne der Unterabsätze a) und b) aufweisen und als ‚Denkmalorte‘ bezeichnet sind.“

Die Mikroverfilmung

Fotolaboranten in Stadtarchiven, Museen, den Hauptstaatsarchiven in den Ländern und dem Bundesarchiv in Koblenz sind seit Jahren und auch für die nächsten Jahrzehnte damit beschäftigt, historisch wertvolle Akten auf Zelluloid zu bannen. Die Akten aus Hitlers Reichskanzlei oder dem Propagandaministerium des Joseph Goebbels sind ebenso verfilmt wie z. B. die Urkunde Karls des Großen für das Kloster Reichenau aus dem Jahre 813 oder das Trierer Exemplar der „Goldenen Bulle“ von 1356. Mittelalterliche Urkunden, Amtsbücher, Handschriften und sogar die kompletten Ratsprotokolle der Stadt Köln von 1396 bis 1798 sind durch Mikroverfilmung der Nachwelt erhalten.

In den „Richtlinien zur Durchführung der Sicherheitsverfilmung von Archivalien vom 1. August 1980“ heißt es zum Zweck der Sicherungsverfilmung:

„Die Sicherungsverfilmung archivischen Schriftguts sowie anderer archivwürdiger Informationsträger (Archivgut) ist eine bundesgesetzlich geregelte Maßnahme zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten. Ihr Zweck ist, über Film eine Zweitüberlieferung herzustellen und so zu si-

chern, daß diese einen Katastrophenfall überdauern und gegebenenfalls an die Stelle des originalen Archivgutes treten kann.“

Drei Dringlichkeitsstufen

Bei der Auswahl des Verfilmungsgutes gibt es drei Dringlichkeitsstufen, wobei die Dringlichkeitsstufe 1 Vorrang bei der Verfilmung genießt. Diese Dringlichkeitsstufe soll – jeweils auf das gesamte Archivgut im Bereich einer Archivverwaltung bezogen – umfassen:

- bis zu 100 Prozent der Findbehalte wie Repertoiren und Karteien, der Urkunden sowie handgezeichneten Karten und Pläne;

- bis zu 30 Prozent der älteren Akten und Amtsbücher (vor 1800);

- bis zu 15 Prozent der jüngeren Akten und Amtsbücher (vor 1800).

Die Dringlichkeitsstufen 2 und 3 für die Auswahl des Verfilmungsgutes sind noch nicht definiert. Bei der Stufe 1 soll die Auswahl einen repräsentativen Querschnitt in zeitlicher, regionaler und sachlicher Hinsicht unter Berücksichtigung der Eigenart des jeweiligen Archivs anstreben und Einseitigkeiten vermeiden.

Die Lagerung im „Zentralen Bergungsort“

In der Nähe von Freiburg, im Oberrieder Stollen, werden die Filmaufnahmen 300 Meter unter die Erde gebracht. Hier lagern die Filme, luftdicht verpackt in Stahlzylindern, klimatisiert in zwei 550 Quadratmeter großen Kammern mit unbegrenzter Haltbarkeit.

Der Oberrieder Stollen ist ein ehemaliges Eisenerzbergwerk, das heute als „Zentraler Bergungsort für die Bundesrepublik

Deutschland zur Sicherung von beweglichem Kulturgut“ bei der UNESCO in Paris in das „Internationale Register für Kulturgut unter Sonderschutz“ eingetragen ist und durch das dreifache UNO-Kennzeichen am Stolleneingang markiert ist.

Die im Bundesamt für Zivilschutz für den Kulturgüterschutz zuständige Referentin, Gabriele Usarski, erläutert die Lagerung der Sicherungsverfilmung:

„Bereits seit 1963 wird die Sicherungsverfilmung (Mikroverfilmung) von wertvollen Archivalien als Daueraufgabe durchgeführt. Bis Ende 1980 sind rund 250 Millionen Aufnahmen hergestellt worden. Dieses Material wird in Stahlbehältern bei einem Klimawert von ca. 10° C und 30% relativer Luftfeuchtigkeit gelagert . . .

Einlagerungsort ist der Oberrieder Stollen bei Freiburg im Breisgau . . .“

Der Aachener Domschatz

„Einer der bedeutendsten Kirchenschätze, der in den Wirren der Jahrhunderte erhalten geblieben ist, kann ab dem kommenden Wochenende in neuen Räumen den Besuchern aus aller Welt gezeigt werden: Der Aachener Domschatz zieht um in die neue Schatzkammer. Herausragende Besonderheit: Der Schatzkammer ist ein Atombunker angegliedert.“ Diese Meldung brachte die „Neue Ruhr-Zeitung“ (NRZ) am 31. Juli 1979. Die „Kölnische Rundschau“ schrieb dazu am gleichen Tag: „Die Bundesregierung wollte zur Bergung von Kulturgut im Bereich des Domes einen Schutzraum anlegen lassen. Es sollte ein Erprobungsbau sein, der vorwiegend der Sicherung von Sachwerten dient.“

Die Aachener Domschatzkammer war das erste Museum in der Bundesrepublik, das einen Schutzraum erhielt. Mittlerweile haben auch z. B. einige Kölner Museen Schutzräume für das Kulturgut. Die damaligen Kosten in Aachen betragen rund 560000 DM. Die einzigartige Kirchensammlung mit dem Schrein Karls des Großen ist aufgenommen worden in die UNESCO-Liste als erhaltenswertes Kulturgut.

Die in der jetzigen Domschatzkammer ausgestellten Kunstgegenstände füllen den Schutzraum zu einem Drittel. Auf der restlichen Fläche können fast alle wertvollen Objekte aus dem Aachener Dom untergebracht werden.

Das Kulturgutschutz-Kennzeichen

Kulturgut oder Bergungsorte, die bei bewaffneten Konflikten von den Vertragspartnern der Haager Konvention geschützt und

respektiert werden sollen, werden sichtbar gekennzeichnet. Dazu wurde eine 18 x 22 Zentimeter große, emaillierte Plakette entworfen, die in der „Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten“ wie folgt beschrieben wird:

„1. Das Kennzeichen der Konvention besteht aus einem nach unten hin spitzen Schild in Ultramarinblau und Weiß (der Schild wird aus einem ultramarinblauen Quadrat, dessen Ecke die Spitze des Schildes darstellt, und aus einem oberhalb des Quadrats befindlichen ultramarinblauen Dreieck gebildet, wobei der verbleibende Raum auf beiden Seiten von je einem weißen Dreieck ausgefüllt wird).“

Bei dem Schutz von Kulturgut wird unterschieden zwischen dem „Schutz“ und dem „Sonderschutz“. Der „Sonderschutz“ wird durch dreifache Dreiecksanordnung des Kennzeichens demonstriert. Dazu heißt es in der Konvention:

„2. Unter den . . . festgelegten Bedingungen wird das Kennzeichen entweder einzeln oder dreifach in Dreiecksanordnung wiederholt (ein Schild unten) angewandt.“

Kulturgut unter Sonderschutz

Die dreifache Anwendung des Kennzeichens, also damit die Ausweisung als ein unter „Sonderschutz“ stehendes Objekt, darf lediglich unter besonderen Bedingungen erfolgen. Diese sind in der Konvention genau festgelegt und lauten:

„1. Das Kennzeichen in dreifacher Wiederholung darf nur angewandt werden:

- a) für unbewegliches Kulturgut unter Sonderschutz;
- b) für Transporte von Kulturgut unter den vorgesehenen Bedingungen;
- c) für improvisierte Bergungsorte unter den . . . vorgesehenen Bedingungen.

2. Das einfache Kennzeichen darf nur angewendet werden zur Kennzeichnung:

- a) von nicht unter Sonderschutz stehendem Kulturgut,
- b) der gemäß den Ausführungsbestimmungen zu diesem Abkommen mit Aufgaben der Überwachung beauftragten Personen,
- c) von mit dem Schutz von Kulturgut betrautem Personal,
- d) für die in den Ausführungsbestimmungen vorgesehenen Ausweise.

3. Während eines bewaffneten Konflikts ist die Verwendung des Kennzeichens für andere als in den vorangehenden Absätzen vorgesehenen Fälle, sowie die Verwendung eines dem Kennzeichen ähnlichen Zeichens, für irgendwelche Zwecke verboten.

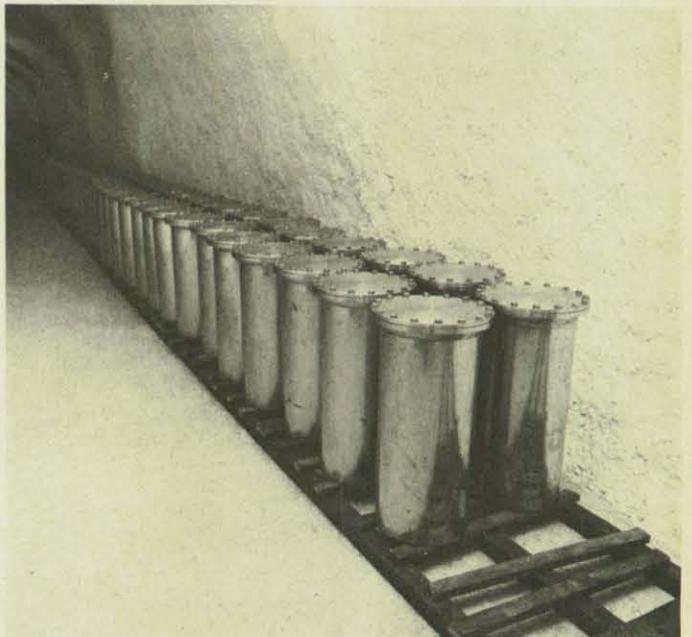
Die Sicherungsverfilmung – hier im Bundesarchiv in Koblenz – wird seit Jahren durchgeführt. Fotolaboranten sind damit beschäftigt, wertvolle Archivalien auf Zelluloid zu bannen.

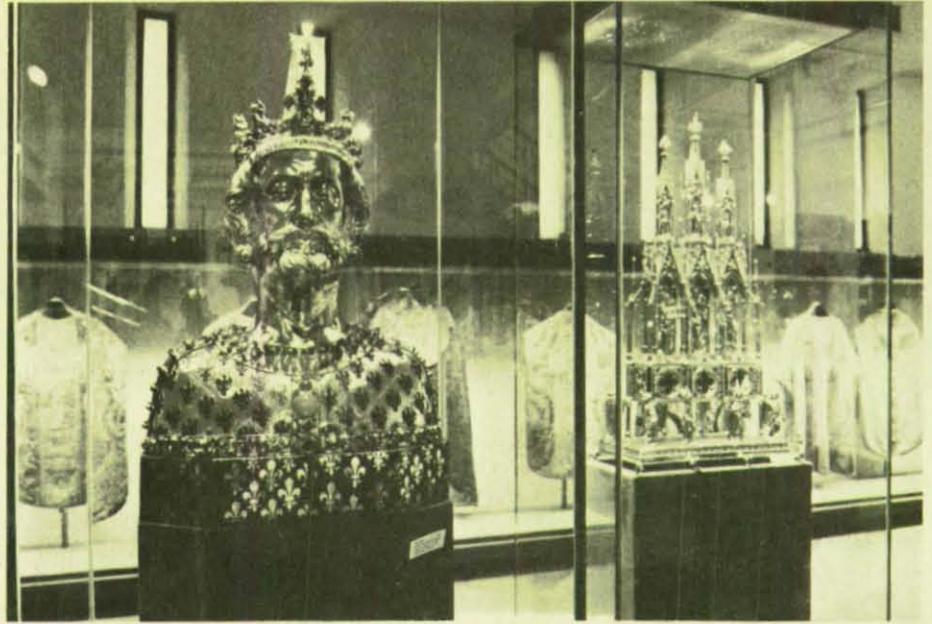
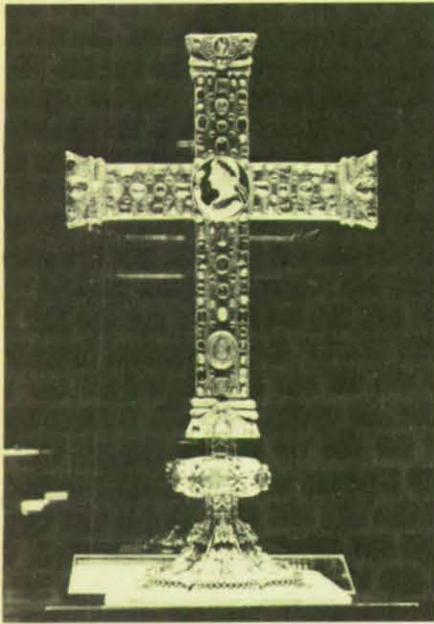


Große Stahlbehälter bergen die Filmrollen, mit denen das Kulturgut haltbar gemacht werden soll.



Luftdicht verpackt lagern die Stahlzylinder 300 Meter unter der Erde im Oberrieder Stollen bei Freiburg.





Links: Einer der unersetzbaren Schätze im Aachener Dom: Das Lotharkreuz, ein Glanzstück aus dem Jahre 1000. Edelsteine, geschnittene Steine, Perlen sowie Filigrane bilden die Vorderseite des Kreuzes. Rechts: Die berühmte Karlsbüste mit der Schädeldecke Karls des Großen.

4. Das Kennzeichen darf nur dann zur Identifizierung von unbeweglichem Kulturgut verwendet werden, wenn zugleich eine von der zuständigen Behörde der Hohen Vertragspartei ausgestellte ordnungsgemäß datierte und unterzeichnete Genehmigung angebracht wird."

Das Personal

Auch das Personal, das mit dem Schutz von Kulturgütern betraut ist, genießt den Schutz gemäß der Haager Konvention. Das Personal soll erkennbar gemacht werden durch Armbinden bzw. entsprechende Identitätskarten. In Kapitel IV, Artikel 15 der Konvention heißt es wörtlich:

„Das mit dem Schutz von Kulturgut betraute Personal ist, soweit mit den Erfordernissen der Sicherheit vereinbar, im Interesse dieses Gutes zu respektieren; fällt es in die Hände der gegnerischen Partei, so darf es seine Tätigkeit weiter ausüben, sofern das von ihm betreute Kulturgut ebenfalls in die Hände der gegnerischen Partei gefallen ist.“

Bayern leistet Pionierarbeit

Nach einem Beschluß der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 1981 sollen in der Bundesrepublik Deutschland zunächst insgesamt 8000 Baudenkmäler mit dem Kennzeichen versehen werden.

Als erstes Bundesland hat Bayern mit der Anbringung der Kulturgutschutz-Kennzeichen begonnen, nachdem der Bundesminister des Innern entschieden hatte, daß die Plaketten angebracht werden können. Die Kennzeichen wurden an die einzelnen Bezirksregierungen in Bayern ausgeliefert.

In Bayern sind zunächst 1600 zu kennzeichnende Objekte vorgesehen.

Mit dem Kennzeichen werden insgesamt drei Urkunden ausgegeben, und zwar:

1. Der Eigentümer bzw. Träger des nach der Haager Konvention zu schützenden Objekts erhält die Genehmigung. Diese sollte als sicherungswürdiges Dokument entsprechend aufbewahrt werden.
2. Eine Zweitausfertigung sollte in der Regel in eine witterungsbeständige Folie eingeschweißt und, soweit möglich, im Innern des schutzwürdigen Objekts an geeigneter Stelle angebracht werden.
3. Das dritte Exemplar verbleibt bei der Behörde, die die Genehmigung erteilt hat.

Erfahrungen mit dem Kulturgutschutz in Bayern

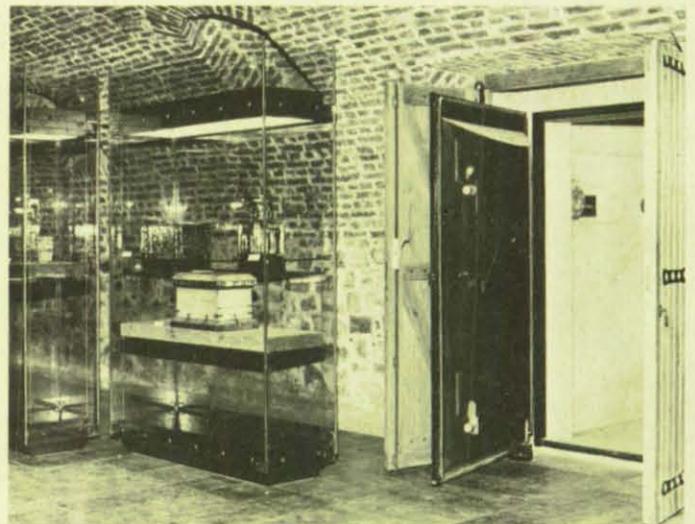
Der Frage nach dem Kulturgutschutz im Zweiten Weltkrieg im Bereich der Biblio-

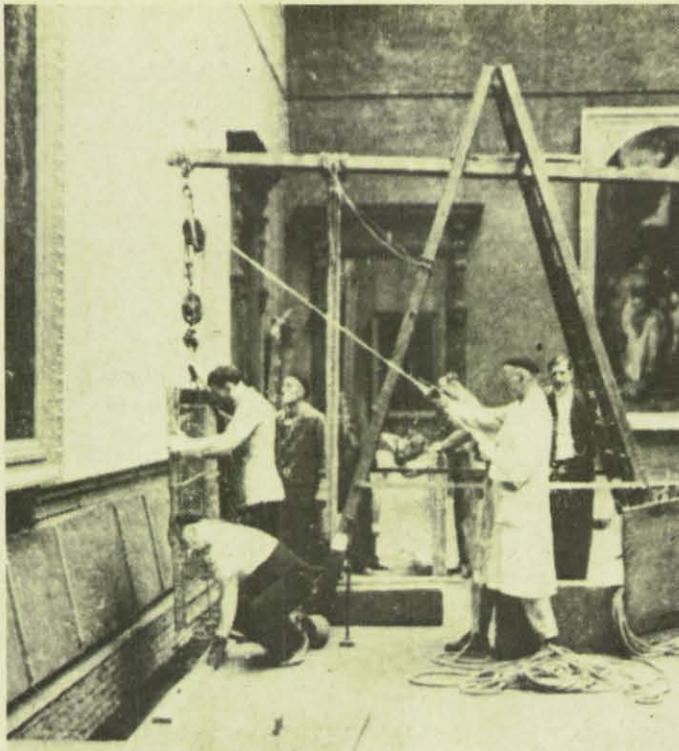
theken Bayerns ist Bibliotheksdirektor Dr. Hauke nachgegangen. Das älteste Dokument, in dem die Sicherung eines Bibliotheksbestandes gegen kriegerische Einwirkungen angesprochen wird, hat Dr. Hauke in Form eines kurzen Schreibens des Landbauamtes Bamberg an die Staatliche Bibliothek vom 11. Dezember 1937 gefunden. Darin heißt es:

„Unter Bezugnahme auf die örtliche Besprechung vom 3.12.37 wird anbei Kostenvoranschlag und Plan über den Einbau eines splittersicheren Aufbewahrungsraumes für die wertvollen Handschriften der Staatlichen Bibliothek im Kellergeschoß des Gebäudes übermittelt. Die Baukosten betragen 600 Mark. Um Erwirkung der Genehmigung und Anweisung der Mittel wird gebeten.“

Ein knappes Jahr später empfiehlt der Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek in München den Direktoren aller staatlichen Bibliotheken in Bayern in einem Schreiben, besonders wertvolle Hand-

Der Zugang zu dem Musterbauwerk liegt im unteren Bereich der Schatzkammer. Die Schleuse ist mit einer zweiflügeligen Holztür zur Verschönerung abgedeckt.





Bereits praktizierte Schutzvorkehrungen: Im Museum für schöne Künste in Antwerpen können die Gemälde durch eine Falltür in einen Schutzkeller gleiten.

schriften und Druckschriften zu bergen. Unter „bergen“ verstand der Generaldirektor die Unterbringung an sicherer Stelle innerhalb der jeweiligen Bibliothek.

In seinem zusammenfassenden Bericht über die Erfahrungen mit dem Kulturgutschutz in Bayern schildert Dr. Hauke die Notwendigkeit, Kulturgut vor der Zerstörung zu schützen, und den Kulturgutschutz weiter voranzutreiben. Denn: Trotz der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen verbrannten bei einem Bombenangriff im März 1943 in der Staatsbibliothek eine halbe Million Bücher.

Die Qual der Wahl

Eine schwierige Aufgabe hatten das Bayerische Kultusministerium, das Landesamt für Denkmalpflege und die Staatliche Schlösser- und Seenverwaltung vor sich: Galt es doch, aus einem Katalog von rund 100 000 Objekten in ganz Bayern die 1 600 bedeutendsten herauszusuchen. Diese sollten schließlich mit der Schutzplakette der Konvention versehen werden.

Ein Gespräch mit Ministerialrat Siegfried Hausbacher vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. Juli 1983 wie folgt wiedergegeben (Auszug):

„Heikel“ war die Gemeinschaftsaufgabe dieser drei Institutionen vor allem wegen der Qual der Wahl. „Uns war von Anfang an klar, daß eine solche Liste möglicherweise unvollständig bleiben muß“, sagt Hausbacher. Aber man habe einen Anfang machen wollen. Bayerns Kultusministerium handelt

hier in sogenannter ‚Bundesauftragsverwaltung‘.

Bei der Auswahl der schützenswerten Kulturgüter habe es ‚keinerlei Proporzdenken, zum Beispiel in Hinblick auf die Bevölkerungsdichte im Freistaat, gegeben‘, versichert . . . Hausbacher. Alleiniges Kriterium sei die historische und kunsthistorische Bedeutung des Objekts nach dem Denkmalschutzgesetz gewesen. Und dieses Gesetz definiere ja Denkmäler eindeutig als ‚von Menschen geschaffene Sachen (oder Teile davon) aus vergangener Zeit, deren Erhaltung wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen, städtebaulichen, wissenschaftlichen oder volkskundlichen Bedeutung im Interesse der Allgemeinheit liegt‘.

1 600 Objekte in Bayern

Für den Kulturgutschutz in Bayern wurde eine Liste mit 1 600 Objekten erstellt. Dazu gehören z. B. Museen, Ortsbilder, aber auch einzelne Gebäude und Denkmäler.

Insgesamt sind alleine in Bayern 145 Museen zur Kennzeichnung (nach Art. 6 der Haager Konvention) vorgesehen. Dies entspricht einem Beschluß der Kultusministerkonferenz der Länder der Bundesrepublik Deutschland vom 9./10. Juni 1983. Die anderen bundesdeutschen Länder haben folgende Anzahl zu kennzeichnender Museen benannt (Zahlen in Klammern):

Baden-Württemberg (51), Berlin (41), Bremen und Hamburg (jeweils 10), Hessen (54), Niedersachsen (46), Nordrhein-Westfalen (49), Rheinland-Pfalz (87), Saarland (4) und Schleswig-Holstein (13).

510 Museen sind in Deutschland für die Kennzeichnung mit der blau-weißen Plakette vorgesehen.

Zu den 145 bayerischen Museen kommen noch 20 zusätzliche Kennzeichnungen für Besichtigungsobjekte (Museen) der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen, die, weil Zubehör zu einem zu kennzeichnenden Baudenkmal, in der Baudenkmalliste enthalten sind.

Natürlich können hier nicht sämtliche bayerischen Museen namentlich aufgeführt werden, die in die Liste der schützenswerten Objekte aufgenommen wurden. Darum seien nur einige Beispiele genannt: In Ansbach die Staatsgalerie in der Residenz, in Aschaffenburg die Staatsgalerie im Schloß, in Bamberg das Diözesanmuseum, in Bayreuth das Richard-Wagner-Museum und Nationalarchiv der Richard-Wagner-Stiftung, in Berchtesgaden das Salzbergwerk, in Deggendorf das Stadtmuseum, in München die Neue Pinakothek, die Schatzkammer der Residenz und u. a. das BMW-Museum, in Regensburg das Museum der Stadt, in Thurnau das Töpfermuseum oder in Zwiesel das Waldmuseum.

Historische Ortsbilder stehen unter Schutz

Nicht nur Museen, sondern auch gesamte Ortsbilder können mit dem internationalen Kulturgutschutzzeichen versehen werden. Dies ist in Bayern geschehen. Hier hat man historische Dorf- und Ortsbilder in die Liste der schützenswerten Objekte eintragen lassen. Insgesamt sind es 150 Ortsbilder in Bayern, verteilt auf folgende Regierungsbezirke: Oberbayern (35), Niederbayern (14), Oberpfalz (10), Oberfranken (16), Mittelfranken (22), Unterfranken (36) und Schwaben (17).

Einige Beispiele für unter dem internationalen Kulturgutschutz stehende Ortsbilder seien an dieser Stelle genannt:

In Oberbayern: Anger (Haufendorf mit zahlreichen Bauernhäusern des 18. und 19. Jahrhunderts), München (u. a. Königsplatz mit Glyptothek, Propyläen und Staatl. Antikensammlungen. Einzigartiger klassizistischer Platz).

In Niederbayern: Landshut (Ensemble Landshut, es umfaßt die Stadt Landshut in den Grenzen der ehemaligen Stadtbefestigung, dazu die Burg Trausnitz mit Herzoggarten und Hofgarten sowie die jenseits der Isar gelegene Vorstadt zwischen den Brücken mit der Abtei Seligenthal), Straubing (Altstadt, bedeutende kirchliche und profane Baudenkmäler und gut erhaltener historischer Hausbestand. Umgrenzung: Donau, Moosmühlgraben, Am Pulverturm, Stadtgraben).



In Bayern wird das Landratsamtsgebäude des Landkreises Amberg-Sulzach gekennzeichnet. Das Landratsamtsgebäude ist das ehemalige kurfürstliche Schloß, das sowohl im Ortsbild der Stadt Amberg als auch als Einzeldenkmal geschützt ist.

In Oberpfalz: Regensburg (Altstadt insgesamt, einzigartiger mittelalterlicher Häuserbestand, hervorragende kirchliche und profane Denkmäler, Umgrenzung: Prebrunnallee, Fürst-Anselm-Allee, Landshuter Straße, Gabelsberger Straße, Villastraße und die Stadtteile Oberer Wöhrd, Unterer Wöhrd, Stadtamhof). Weiden (Altstadt insgesamt mit den Resten der mittelalterlichen Stadtmauer. Typisch altbayerische Stadtanlage des 13. Jahrhunderts mit bedeutenden kirchlichen und profanen Baudenkmalern. Guter historischer Häuserbestand des 16. bis 19. Jahrhunderts. Umgrenzung: Auf der Schanze, die Waldnaab, alte Stadtmauer).

In Oberfranken: Bayreuth (Altstadt, bedeutende kirchliche und profane Baudenkmalern und guter Häuserbestand des 17. bis 19. Jahrhunderts, Umgrenzung: Hohenzollernring, Cosimo-Wagner-Straße, Jean-Paul-Straße, Balthasar-Neumann-Straße, Sedelbach, Jahn-Straße), Coburg (Altstadt, bedeutende kirchliche und profane Baudenkmalern, guter historischer Häuserbestand. Umgrenzung: Itz, Heiligkreuzstraße, Allee, Schloßplatz, Hinterer Marstall, Obere Anlage, Alexandrinestraße, Berliner Platz, Ketschenanger, Schillerplatz).

In Mittelfranken: Dinkelsbühl (Altstadt, hervorragend erhaltenes eindrucksvolles spätmittelalterliches Stadtbild mit Mauerzug, Türmen und stattlichen Tortürmen, bedeutende kirchliche und profane Baudenkmalern, Umgrenzung: Alte Promenade, Neue Promenade, Crailsheimer Straße, Wörnitz), Rothenburg ob der Tauber (Altstadt, einmaliges Stadtbild spätmittelalterlichen Charakters mit großem Bestand von Bürgerhäusern des 15. bis 17. Jahrhunderts. Bedeutende kirchliche und profane Baudenkmalern, völlig erhaltene eindrucksvolle Stadtbefestigung. Umgrenzung: Tau-

ber, Bezoldstraße, Hornburgstraße, Toplerstraße, Nördlingerstraße).

In Unterfranken: Haßfurth (Altstadtensemble; Gotische Gründungsstadt mit hervorragenden kirchlichen Denkmälern der Spätgotik, profanen Denkmälern und historischem Häuserbestand), Ochsenfurt (Altstadt, bedeutende kirchliche und profane Baudenkmalern; guter Häuserbestand des 16. bis 18. Jahrhunderts, zahlreiche Fachwerkbauten, gut erhaltene spätmittelalterliche Stadtbefestigung mit Türmen und Toren).

In Schwaben: Kaufbeuren (Altstadt insgesamt mit den Resten der mittelalterlichen Stadtmauer, bedeutende kirchliche und profane Baudenkmalern, guter alter Häuserbestand des 16. bis 18. Jahrhunderts. Umgrenzung: Schraderstraße, Mühlbach, nördliche Stadtmauer, westliche Stadtmauer), Weißenhorn (Altstadt insgesamt mit bedeutendem Baubestand, Pfarrkirche, Schloß, Rathaus, Theater, Bürgerhäuser und Stadttore. Umgrenzung: Bahnhofstraße, östliche Promenade, Marktplatz, Illerberger Straße und Roth).

„Es ist unsere Pflicht, das Kulturgut zu schützen“

Neben Museen und Ortsbildern werden in Bayern auch einzelne historische Baudenkmalern mit dem Kulturgutschutzzeichen ausgewiesen. Dabei handelt es sich um Kirchen, Schlösser, Kapellen, historische Rathäuser, Klöster, Schulen, Bibliotheken oder Gasthäuser, die – und darüber entscheidet ja das Gremium – von historischer Bedeutung sind und erhalten bleiben sollen.

„Es ist unsere Pflicht, das Kulturgut zu schützen, damit es den nachfolgenden Ge-

nerationen erhalten bleibt. Das Bemühen, Kulturwerke zu schützen und zu erhalten, darf nicht nachlassen. Dies ist Aufgabe jeder Generation.“ Dies erklärte der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Paul Wilhelm Kolb, im Vorwort zur Broschüre „Schutz von Kulturgut“. Der zitierten Pflicht ist der Freistaat Bayern als erstes Bundesland nachgekommen. Andere Länder sind noch dabei, die Listen zu erstellen.

Die Kennzeichen werden kostenlos zur Verfügung gestellt

In Bayern werden die vom Bund kostenlos zur Verfügung gestellten Kennzeichen über die Regierungen, Kreisverwaltungsbehörden zu den Gemeinden ausgeliefert. Die Gemeinden bringen die Schilder an den gemeindeeigenen Baudenkmalern an bzw. händigen sie an Dritte zur Anbringung aus.

Private Eigentümer werden nicht gezwungen, das Kulturgutschutzzeichen anzubringen. Dies ist vielmehr ein Angebot des Staates zur kostenlosen Überlassung der Kulturgutschutzzeichen zur eigenen Anbringung.

„Das Rote Kreuz“ für die Kulturgüter

In der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut ist die Kennzeichnung von Kulturgütern bereits in Friedenszeiten vorgesehen. Angebracht sind die Kennzeichen bereits in Österreich, Schweiz, in den Niederlanden, in der DDR, Polen und Ungarn. Selbst in der Sowjetunion sind sie nach Berichten von Reisenden gesehen worden.

Durch die Kennzeichnung der Kulturgüter in der Bundesrepublik Deutschland wird in Mitteleuropa eine Lücke geschlossen.

Die Kennzeichnung des Kulturgutes nach Art. 6 der Haager Konvention soll seine Feststellung erleichtern. In einem Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus heißt es:

„Wird das Kulturgutschutz-Kennzeichen angebracht, werden Bevölkerung und Militär an das Vorhandensein der völkerrechtsverbindlichen Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut erinnert und an dessen Bedeutung gewöhnt. Auf Dauer gesehen kann dieses Zeichen auf dem Gebiete des Kulturgutschutzes vielleicht dann eine ähnliche Vertrautheit wie das Rote Kreuz für Menschenschutz erreichen. Als flankierende Maßnahme kann sie bei einer europaweiten Anbringung zu einer gewissen Sensibilisierung für diesen Bereich führen.“

Außenstelle Hoya der Katastrophenschutzschule des Bundes feierte 25jähriges Bestehen

Jährlich reisen 2400 Helfer zur Ausbildung nach Hoya

Der erste Lehrgang am 12. Juli 1959 hieß „Schwimmbrückenbau“

Mit Glückwünschen überhäuft wurde die Katastrophenschutzschule Hoya, als sie mit einer Feierstunde und einem „Tag der offenen Tür“ ihr 25jähriges Jubiläum beging (das Zivilschutz-Magazin berichtete). Zahlreiche Gäste füllten die Übungshalle, die zu diesem feierlichen Anlaß liebevoll ausgeschmückt worden war. Mitglieder des Bundestags, des Landtags, des Kreistags, Ratsvertreter der Stadt und der Samtgemeinde Grafschaft Hoya, Vertreter der Innenministerien von Niedersachsen und Bremen, der Katastrophenschutzorganisationen, der Bundeswehr, der Polizei, aus Behörden, Schulen, Vereinen sowie des Bundesamtes für Zivilschutz und der Bundesschule in Ahrweiler waren neben anderen zugegen beim Empfang zum Geburtstag der Schule.

Schwerpunkte in den Aussagen der verschiedenen Redner waren immer wieder die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements, Lob und Anerkennung für die Ausbildungstätigkeit der Schule und die besten Wünsche für das in der Zukunft noch zu Leistende. Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, betonte in seiner Festrede u. a. die Bedeutung, die die Außenstelle Hoya für die Ausbildung der Helfer im Katastrophenschutz, insbesondere des THW, in der Vergangenheit gehabt hat und trotz vielfach geänderter Voraussetzungen mit einem stark gewandelten Lehrgangsprogramm auch heute noch hat.

Ein Bild aus frühen Tagen der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya: Einer der ersten Lehrgänge im Jahr 1959.



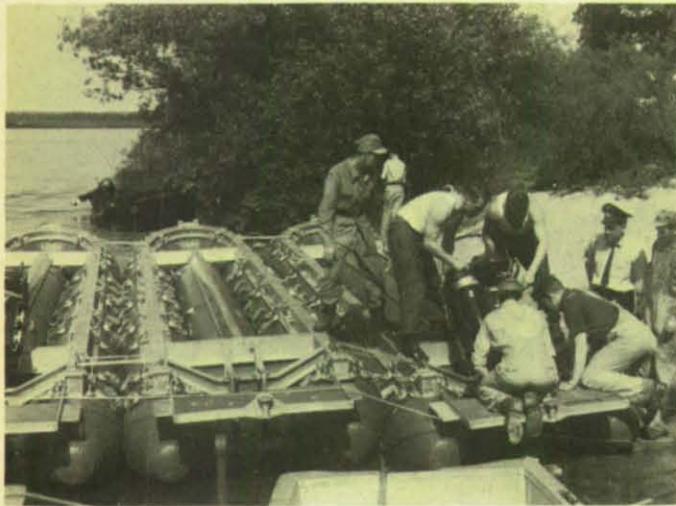
Viele Lehrgangsteilnehmer besuchten die Schule während ihres 25jährigen Bestehens.

Darstellung des Ausbildungsprogramms

Im Anschluß an die Feierstunde verfolgten die Gäste neben vielen Bürgern interessiert die Vorführungen auf der Weser und im Schulgelände.

Dem Betrachter boten sich bei Bilderbuchwetter eindrucksvolle Bilder, die den „Tag der offenen Tür“ zu einem großen Erfolg machten. Schwerpunkt der Veranstaltungen aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Katastrophenschutzschule Hoya war die Darstellung des Ausbildungspro-





Ein Abschlußlehrgang: Der erste Außenbordmotor wird eingehängt.



Gelernt ist gelernt: Eine Übersetzfähre im Übungseinsatz.

gramms. Auf etwa 20 Stationen wurden Ausschnitte aus den verschiedenen Lehrgängen vorgeführt, und es wurde die beeindruckende Vielfalt des technischen Geräts sichtbar. Auf der Weser zeigten sich im Vorbeimarsch die verschiedenen Bootstypen, die Schlauchbootfähre, die BGS-Fähre, Sd-Fähre, und mit den neuen 6-m-Pontons wurde ein Schwimmsteg über die Weser gebaut. Alle Zuschauer hatten die Gelegenheit zum hautnahen Kontakt, da das Gerät betreten werden durfte und Rundfahrten durchgeführt wurden.

Im Hoyaer Hafen konnte die Ölschadenbekämpfung auf dem Wasser bestaunt werden, und im Schulgelände waren die anderen Stationen zu besichtigen. Dort wurden Bergungs- und Instandsetzungszug mit ihrer Ausrüstung gezeigt. Zwei Stege, eine Behelfsbrücke aus Holz und die Bailey-Brücke waren aufgebaut. Der Bau der D-Brücke wurde vorgeführt, wie auch der Wegebau, das Rammen und die Holzbearbeitung. Aus dem Bereich des Instandsetzungsdienstes wurden auf der Übungsstraße der Schule Arbeiten aus dem Gas-Wasser- und Abwasser-Öl-Bereich gezeigt.

Vertreten war auch der Brunnenbau mit der Vorführung von Bohrgerät und Spüllanze. Die Sonderausstattung Pumpengruppe des Instandsetzungsdienstes wurde mit dem Gerät der Notstrompumpen-Gruppen und der E-Ausstattung des Instandsetzungs-zuges auf einer Station zusammengefaßt. Ein großer Stromerzeuger speiste in die Übungsfreileitungsstrecke der Schule ein und versorgte so die an der Weser stationierten Pumpen der verschiedenen Bauarten, die sowohl Kinder als auch erwachsene Besucher mit ihren wasserspeienden Schläuchen zum spielerischen Mitmachen einluden. Auch weitere Unterhaltungsmöglichkeiten für Kinder gab es, meist aus Fachdienstgerät aufgebaut, wie z. B. eine Schlauchbootschaukel aufgehängt am Rohrbaugerüst.

Entscheidende Hilfe aus dem THW

Sämtliche Mitarbeiter der Außenstelle Hoya waren an diesem „Tag der offenen Tür“ im Einsatz. Dennoch wäre es unmöglich gewesen, solch eine Vielzahl von le-

bendigen, wirklichkeitsnahen Lehrgangsdarstellungen zu bieten, wenn nicht entscheidende Hilfe aus dem THW zur Verfügung gestanden hätte. Eine Vielzahl von Geräten war von dem THW zu diesem Zweck ausgeliehen worden und etwa 180 freiwillige THW-Helfer aus den Bundesländern Bremen, Niedersachsen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen waren im tatkräftigen Einsatz, um ihre Kenntnisse aus der technischen Ausbildung zu zeigen.

Wie der Leiter der Außenstelle, Dr. Achim Kassner, bei seinem Resümee und den Dankesworten an alle Beteiligten feststellte, war der Zweck dieses „Tages der offenen Tür“ voll erreicht worden. Der Bevölkerung war in eindrucksvollen Bildern die Leistungsfähigkeit des Technischen Hilfswerks auf den technischen Spezialgebieten demonstriert worden. Vorgesetzte und fachkundiges Publikum waren voll des Lobes über die beeindruckende Art der Darstellung und den guten Ausbildungsstand der beteiligten THW-Helfer. Darüber hinaus hat der „Tag der offenen Tür“ allen Beteiligten viel Spaß gemacht und er wird ihnen sicher als schönes Erlebnis in der Erinnerung bleiben.



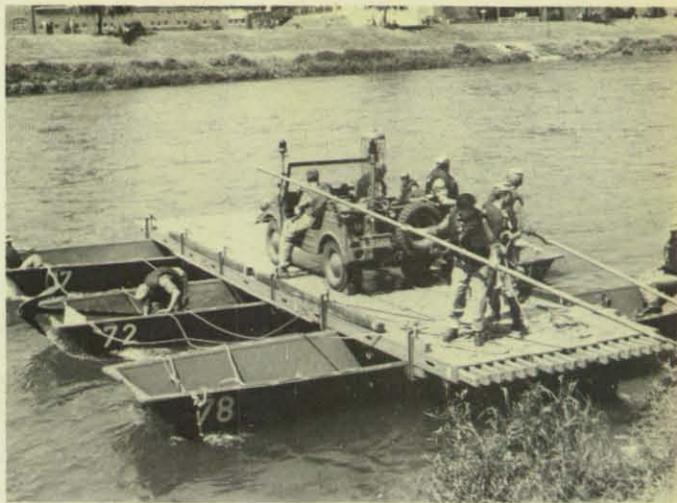
Bocksetzen von der Einbaufähre.



Festigkeitsprobe bestanden!



Viele THW-Helfer ließen sich in Hoya ausbilden.



Eine LH-Fähre aus der Anfangszeit.

1959 erster Lehrgang „Schwimmbrückenbau“

Die Katastrophenschutzschule in Hoya wurde vor 25 Jahren als organisationseigene Schule des THW gegründet. Die sehr bewegte Vergangenheit einer schulischen Einrichtung besonderer Art soll im folgenden beschrieben werden.

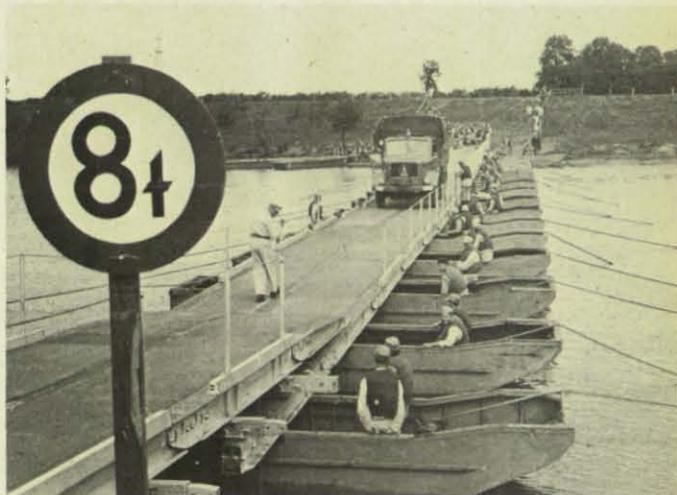
Am 12. Juli 1959 begann in Hoya der erste Lehrgang mit 30 Teilnehmern, die allerdings in Hotels untergebracht werden mußten. Der „THW-Schule Hoya“ stand anfänglich nämlich nur ein Teil eines Gebäudes des ehemaligen Fliegerhorstes in Hoya zur Verfügung. Erst im Verlaufe der folgenden Jahre räumten die privaten Bewohner und Firmen die restlichen Räume und die meisten der Gebäude und schufen der Schule dadurch den Platz, den sie brauchte.

Der Auftrag der Schule war die Ausbildung von THW-Helfern im „Schwimmbrückendienst“. Eine hervorragende Übungsmöglichkeit für diese Zwecke bot die vom normalen Schiffsverkehr abgetrennte Weserschleife nördlich von Hoya. Dort wurde daher auch der Wasserübungsplatz der Schule durch Anmietung eines am Strom liegenden Gehöftes eingerichtet. Zusätzlich zur Ausbildung der ehrenamtlichen THW-Helfer im Schwimmbrückendienst hatte die Schule regelmäßig große Übungen für den „Gewässerübergang“ auf der Weser und anderen Flüssen Deutschlands durchzuführen.

Als Folge davon setzte eine allmähliche Entwicklung ein von den ausschließlich pioniertechnischen zu allgemeintechnischen Ausbildungsaufgaben. Auch wurde das äußere Bild der Schule im Verlaufe von acht Jahren durch Renovierung fast aller Gebäude entscheidend umgestaltet. So

konnte sich die Schule anlässlich ihres 20jährigen Bestehens 1979 mit neuer Fassade, aber auch neuen Lehrgängen, der Bevölkerung und den geladenen Gästen an einem „Tag der offenen Tür“ präsentieren.

Die erste Schwimmbrücke mit SD-Gerät auf dem Wasserübungsplatz.



Eine der Aufgaben: die Erstellung einer Bailey-Brücke.



Schicksalsjahr 1970

1970 wurde zum Schicksalsjahr der „THW-Schule“ in Hoya. Nur durch Interventionen auf allen Ebenen wurde erreicht, daß die Schule nicht gänzlich aufgelöst, sondern als „Außenstelle der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler“ weiter existieren konnte.



Worte zum 25jährigen Bestehen der Schule von Dr. Paul Wilhelm Kolb, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz.



Fachgespräche: In der Mitte der Leiter der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, Dr. Kassner.

Schulleiterwechsel 1981

Im Mai 1981 übergab Erich Baron, Major der Pioniertruppen a. D., die Leitung der Schule an Dr.-Ing. Achim Kassner. Auch hierin äußerte sich das neue Konzept einer „Technischen Schule“. Durch Verlagerung der noch in der Schule Ahrweiler vorhandenen Ausbildung des Instandsetzungsdienstes nach Hoya sollte hier die technische Ausbildung konzentriert werden.

Statt dessen aber drohte plötzlich wieder die Auflösung der Schule Hoya, und nur den vereinten Bemühungen aller Betroffenen, besonders der mit der Schule verbundenen Politiker, gelang es schließlich, den Erhalt der Ausbildungsstätte zu sichern.

1983 war es dann schließlich doch so weit. Die Schule hatte in diesem Jahr eine entscheidende Änderung in ihrem Ausbildungsauftrag zu verkraften. Es kam nicht nur die Ausbildung des Instandsetzungsdienstes hinzu, sondern noch eine Reihe weiterer neuer Lehrgänge aus anderen Fachgebieten mußten konzipiert werden.

Eine Schule mit besonderem Auftrag

Die Lehrgänge, die an der Katastrophenschutzschule des Bundes – Außenstelle Hoya – stattfinden, werden an keiner anderen Schule in der Bundesrepublik durchgeführt.

Für die schulische Ausbildung im erweiterten Katastrophenschutz gibt es noch acht Landesschulen. Diese haben aber einen andersgearteten Ausbildungsauftrag, weshalb man mit Recht von der Schule Hoya als einer einmaligen Einrichtung sprechen kann.

Es reisen jährlich 2400 Helfer aus allen Teilen der Bundesrepublik an, um an der

Schule Hoya in ein- bis zweiwöchigen Sonderlehrgängen eine Spezialausbildung für ihre Aufgaben als Fachhelfer oder Unterführer und Führer im Katastrophenschutz zu erhalten. Sie werden im Unterkunftsgelände in Zwei- bis Vierbettzimmern untergebracht, von der schuleigenen Küche ganztags versorgt und für die praktische Ausbildung in der Kleiderkammer der Schule eingekleidet.

Prägend für die personelle und bauliche Struktur der Schule ist der notwendigerweise große technische Bereich. Neben der Kfz-Werkstatt gibt es eine Aubo-Werkstatt, die in der Lage ist, alle denkbaren Schäden an den Außenbordmotoren zu beheben. Für Erprobungs- und Änderungsaufträge und für laufende Reparaturen am technischen Gerät, wie z. B. an den Stahl-, Alu-, Holz-, Kunststoff- und Schlauchbooten, der Schule dienen die Schlosserei und Schmiede, die Schreinerei und die Malerei. Für die vielfältigen technischen Aufgaben, für die verwaltungsmäßige Abwicklung der Lehrgänge und für den allgemeinen Schulbetrieb stehen 68 Bedienstete zur Verfügung, ein Beamter, 29 Angestellte und 38 Arbeiter. Der Lehrkörper besteht aus 15 Lehrkräften, neun Fachlehrern und sechs Ausbildern. Sie haben die unterschiedlichsten Fachdienste und Berufe in der Ausbildung zu vertreten, denn die Schule führt 38 verschiedene Lehrgänge mit entsprechend zahlreichen Wissensgebieten durch.

Im Bereich der „Ausbildung an Wasserfahrzeugen“ ist die mehrwöchige Ausbildung zum Bootsführer für Binnen- oder Küstengewässer zu nennen. Hinzu kommt die Unterführer-, Fährführer- und Gerätewartebildung für die Pontongruppen (Fähren) des THW.

Der zweite größere Bereich ist der „Behelfsbrückenbau“ mit den Stege- und Wegebaulehrgängen und dem Lehrgang für behelfsmäßige Übergänge. Eine besondere Ausbildung in diesem Fachgebiet er-

halten die Helfer der THW-Organisationseigenen Brückenbauzüge. Für sie gibt es jeweils einwöchige Lehrgänge für Holzbrückenbau, Rammtechnik, Bailey- und D-Brückenbau (vorgefertigte Bausätze) und die Brückenbauleiter.

Speziell für Funktionsinhaber in den Ortsverbänden des THW wurden die Lehrgänge für Schirrmeister, Sicherheitsbeauftragte, Prüfer der Grund- und der Fachausbildung und für die Gemeinschaftsverpflegung geschaffen. Für die mit der Holzbearbeitung besonders befähigten Helfer existiert ein entsprechender Lehrgang. Die Unterführer und Helfer der Notstrom/Pumpengruppen werden fachlich ausgebildet in den zwei Lehrgangsarten für Fachkräfte (nach VDE) und für Fachhelfer (unterwiesene Personen).

Im „Instandsetzungsdienst“ werden zum einen die Fachhelferlehrgänge für Brunnenbau, Ölschadenbekämpfung, die Pumpensonderausstattung und für Gerätewarte durchgeführt, zum anderen gibt es Unterführerlehrgänge für die Fachrichtungen Freileitung, Kabel, Gas-Wasser und Abwasser-Öl und die Zugführerlehrgänge. Alle diese technischen Aufgaben, die von der Schule Hoya in der Lehre vertreten werden, sind im Katastrophenschutz für den Verteidigungsfall vom THW wahrzunehmen. Daher stammen die Lehrgangsteilnehmer der Schule auch fast ausschließlich aus dem THW.

Dies bleibt auch eine Tatsache für die abzu- sehende Entwicklung der Schule. Es ist vorgesehen, die Kapazität bis 1987 auf etwa 3000 Lehrgangsteilnehmer pro Jahr auszubauen, damit der vorhandene Ausbildungsbedarf einigermaßen befriedigt werden kann. Dies wird aber keine baulichen oder personellen Veränderungen erfordern. Ziel der nächsten Jahre wird es daher sein, die vorhandenen Übungs- und Ausbildungsanlagen zu optimieren und die Lehrgangsinhalte und das Lehrgangsprogramm zu konsolidieren.

Staatsminister Jürgen W. Möllemann:

„Es ist nicht einfach, die allgemeine Unlust an Themen des Katastrophen- und Zivilschutzes zu durchbrechen“

BVS-Landeshelfertag in Münster – Staatssekretär Dr. Munzert:
„Wir dürfen den Gedanken des Zivilschutzes nicht vernachlässigen“

Die rund eintausend ehrenamtlichen Helfer des Bundesverbandes für den Selbstschutz aus dem Bereich des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen waren Anfang September dieses Jahres zu einem großen Helfertreffen nach Münster/Westfalen eingeladen – und viele, viele kamen zu dieser von der Helfervertretung organisierten Veranstaltung.

Zum Auftakt des „Helfertages 1984“ hatte der Oberbürgermeister der Stadt Münster die Helfervertreter der BVS-Landes- und Dienststellen in den berühmten „Friedenssaal“ des Rathauses zu einem Empfang gebeten. Hier wurde bekanntlich der verheerende „Dreißigjährige Krieg“, der so viel Leid über die Menschen in Deutschland gebracht hatte, mit dem Friedensschluß beendet.

Zu dem abendlichen offiziellen Teil des Helfertages hatten sich zahlreiche Gäste eingefunden: der Staatsminister im Bonner Auswärtigen Amt, Jürgen W. Möllemann, der seinen Wohnsitz in Münster hat, der Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Innenministerium, Dr. Eberhard Munzert, der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Rolf Klein, der Ober-

stadtdirektor von Münster, Dr. Fechrup, BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann sowie Vertreter der Hilfsorganisationen im Zivil- und Katastrophenschutz.

Auf die eigenen Möglichkeiten besinnen

Landeshelfervertreter Wilhelm Weißenhagen begrüßte die Gäste im Namen der BVS-Helfer, die anschließend Oberstadtdirektor Dr. Fechrup in der westfälischen Metropole willkommen hieß. Dr. Fechrup faßte in seiner Rede das Thema „Selbstschutz“ vom Wortsinn her auf: Mit der Silbe „Selbst“ begannen viele Wörter, die sämtlich einen positiven Inhalt ausdrückten, z. B. „Selbstverwaltung“ und „Selbstverantwortung“. Wer dies richtig deutet, werde niemals vorschnell nach der Hilfe anderer oder des Staates rufen, sondern sich auf seine eigenen Möglichkeiten besinnen.

Staatsminister Möllemann ging in seiner Rede u. a. auf die bevorstehende gesetzliche Neuregelung des Zivilschutzes ein und erklärte: „Ihr Helfertreffen ist für mich willkommener Anlaß, Ihnen für Ihre selbstlose und uneigennützig Tätigkeit herzlich

zu danken. Dies ist es, was wir Liberalen unter Bürgersinn verstehen: Nicht nur Ansprüche an den Staat zu stellen, sondern sich uneigennützig der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Die allgemeine Unlust durchbrechen

Sie, die Helferinnen und Helfer des Bundesverbandes für den Selbstschutz, tun dies an sehr exponierter Stelle, in einem Tätigkeitsbereich, der weder einfach ist noch Beifallsstürme verspricht. Sie informieren über eine Materie und bilden in einem Bereich aus, der nach wie vor von der Mehrheit unserer Mitbürger gerne verdrängt wird. Ich weiß, daß es nicht gerade einfach ist, diese allgemeine Unlust an Themen des Katastrophen- und Zivilschutzes zu durchbrechen. Ihre Erfolgswahlen über Ausbildungs- und Öffentlichkeitsarbeit beweisen doch, daß Ihnen dies gerade in Nordrhein-Westfalen in einem beachtlichen, ja hervorragenden Maße gelungen ist. Ich möchte Sie ermuntern, Ihre Arbeit fortzusetzen.

Sicherheitspolitik kann nicht verengt als ausschließlich militärische Verteidigung gesehen werden, sie muß, wenn sie vollständig, wenn sie überzeugend sein soll, die zivile Verteidigung einschließen. Vor einem so sachkundigen Publikum nicht einzugestehen, daß die zivile Verteidigung noch sehr lückenhaft und mit Mängeln behaftet ist, wäre mehr als eine rosarote Brille zuliebe. Frühere Zahlenspielerereien wie z. B. das Verhältnis der öffentlichen Mittel für die militärische Verteidigung zur zivilen Verteidigung von 20 zu 1 bringen uns auch nicht viel weiter. Alle staatlichen Maßnahmen der Zivilverteidigung müssen Stückwerk bleiben, wenn es nicht gelingt, jeden Bürger von der Notwendigkeit des Selbst- und Zivilschutzes zu überzeugen.

Auch heiße Eisen anfassen

Noch in diesem Jahr wird die Bundesregierung den Entwurf eines neuen Zivilschutzgesetzes vorlegen. Diese Vorlage wird dem einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages entsprechen, der dazu aufgefordert hat, das Zivilschutzrecht zusammenzufassen und den Erfordernissen der heutigen Zeit anzugleichen. Die Neukonzeption des Zivilschutzes wird nicht darauf verzichten können und dürfen, auch sogenannte heiße Eisen anzufassen.

Hierzu gehört auch die Diskussion über einen funktionsfähigen Schutzraumbau in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind uns sehr wohl der Tatsache bewußt, daß es einen absoluten Schutz insbesondere gegenüber nuklearen Katastrophen niemals geben wird. Dies darf uns jedoch nicht dazu



Prominente Ehrengäste beim BVS-Helfertag in Münster (von links): Staatsminister Möllemann, Staatssekretär Dr. Munzert, BVS-Landesstellenleiter Eykmann.

verleiten, die Hände in den Schoß zu legen und wesentliche Sicherheitsaspekte sträflich zu vernachlässigen. Deswegen spreche ich mich eindeutig für einen stärkeren Schutzraumbau aus, als er in der Vergangenheit vorgenommen wurde. Nur er ist in der Lage, unsere Zivilschutzbemühungen glaubhaft darzustellen.

Der Staat kann nicht alles leisten

Hierzu gehört aber auch die Feststellung, daß der Staat allein niemals einen ausreichenden Zivilschutz schaffen können. Es sind die Bürger unseres Landes selbst, die die notwendigen Vorbereitungen treffen müssen. Der Staat muß hier erkennen, daß er nicht alles leisten kann. Ich meine, eine zutiefst liberale Position. Im übrigen: Dies wird auch eines der wichtigsten Kriterien für unsere Entscheidung zum neuen Zivilschutzgesetz sein.

Und hierzu gehört ohne Zweifel auch die Frage nach den Organisationsformen des Zivilschutzes. Ich weiß, daß Sie an der zukünftigen Organisationsform Ihres Verbandes besonders interessiert sind. Gleichgültig, welche Organisationsform, ob Anstalt oder Körperschaft, wir für aufgabengerecht halten werden, eins soll hier völlig klargestellt werden: Die Aufgabenzuständigkeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz wird nicht geschmälert, sie wird eher erweitert werden. Sie würden dann zukünftig nicht nur über Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten, sondern über alle Fragen des Zivilschutzes die Bevölkerung informieren und – wie ich hoffe – die Bevölkerung zu mehr Aktivitäten in diesem Bereich motivieren können. Wir werden auch darauf zu achten haben, daß eine mögliche Organisationsänderung nicht zu einer Verbürokratisierung führt oder sich gar als Hemmnis für Ihre Arbeit darstellen würde.

Ein Arbeitskreis der F.D.P.-Bundestagsfraktion befaßt sich zur Zeit sehr intensiv mit der Änderung dieses Gesetzes. Wir werden sicherstellen, daß auch die Helferinnen und Helfer des Bundesverbandes für den Selbstschutz gehört werden.

Dank der Bundesregierung

Abschließend möchte ich Sie ermuntern, Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit mit der gleichen Aktivität und dem gleichen Engagement – wie in der Vergangenheit – fortzusetzen. Sie nehmen mit großem Engagement eine staatsbürgerliche Aufgabe wahr, die auszuführen unerlässlich ist für unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Bürger dieses Landes schulden Ihnen Dank, den ich Ihnen hiermit für die

F.D.P. und für die Bundesregierung ausspreche.“

Mehr „politische Phantasie“

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf, Rolf Klein, überbrachte Grüße seiner Fraktion und des Vorsitzenden Dr. Worms. Aus seiner eigenen parlamentarischen Arbeit stellte Klein fest: „Der Zivilschutz liegt im Windschatten der Politik.“ Es sei erforderlich, daß die Politiker mehr Mut beweisen, wenn es darum geht, unangenehme Probleme anzupacken. Zudem fehle es oft an „politischer Phantasie“; so habe er 1981 einen Antrag im Landtag von NRW eingebracht, statt unsinniger steuersparender Projekte – wie etwa die Ölsuche in Kanada – zu fördern, lieber den Schutzraumbau steuerlich stärker zu begünstigen. Trotz solcher ergebnisloser Anläufe werde er sich weiter einsetzen, um für den Zivilschutz neue Wege zu finden.

Das Engagement wird anerkannt

Die Festansprache zum Helfertag hielt der Staatssekretär im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen, Dr. Eberhard Munzert. Der Staatssekretär führte aus: „Als früherer Zivilschutzdezernent und ehemaliger Oberstadtdirektor freue ich mich sehr, heute bei Ihnen zu sein. Im Kreise der Helfer des Bundesverbandes für den Selbstschutz habe ich mich immer wohl gefühlt. Ich überbringe Ihnen zu Ihrem Helfertag die herzlichsten Grüße der Landesregierung. Sie mögen daraus ersehen, daß in Düsseldorf Ihr Engagement bekannt ist und voll anerkannt wird.“

Ihr Landeshelfertag ist ein Treffen Gleichgesinnter, die sich gemeinsam einer wichtigen Aufgabe für die Gemeinschaft verpflichtet fühlen. Durch Ihren Einsatz für den Selbstschutz geben Sie ein hervorragendes Beispiel von bürgerschaftlicher Eigenverantwortung. Es wäre um unseren Staat schlecht bestellt, wollten wir uns nur auf staatliches Handeln verlassen. Ein demokratischer Staat lebt vom Engagement seiner Bürger. Ihr Einsatz ist deshalb zugleich ein Stück Verwirklichung unserer Verfassung und unserer Demokratie. Hierfür spreche ich Ihnen meine Anerkennung aus.

Menschen waren immer auf gegenseitige Hilfe angewiesen, und sie sind es auch heute noch. Zunehmender Wohlstand und die Übernahme sozialer Aufgaben durch die öffentliche Hand bergen die Gefahr, daß sich das Bewußtsein hierfür zurückbildet. Das dem Menschen eigene Streben nach Harmonie verdrängt gern Unangenehmes und Störendes und weist die Ver-



Der Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Innenministerium, Dr. Munzert: „Wir dürfen den Gedanken des Zivilschutzes nicht vernachlässigen.“

antwortung für die Nöte und Probleme des nächsten gern öffentlichen Institutionen zu.

Der Staat ist eine Gemeinschaft von Menschen

Aber auch in einem noch so sozialen Staat – und unsere Bundesrepublik Deutschland ist der sozialste Staat, den wir Deutschen je hatten – hängt das Wohlbefinden der Bürger nicht nur von Parlamenten und Regierungen in Bund und Ländern und von der Verwirklichung unseres Grundgesetzes durch die Behörden ab. Der Staat ist mehr als die geschriebene Verfassung oder funktionierende staatliche Organe. Er ist eine Gemeinschaft von Menschen: von alten und jungen ebenso wie von reichen und armen, von gesunden und kranken, von Arbeitern und Unternehmern, von Berufstätigen und Arbeitslosen, von Einheimischen und Ausländern oder von Helfenden und solchen, die der Hilfe bedürfen. Es sind Menschen der verschiedensten Art und Herkunft. Das Wesen unseres Staates wird wesentlich bestimmt vom gemeinschaftsbezogenen Verhalten und Handeln seiner Bürger, sei es in der Nachbarschaft, in Vereinen und Verbänden, in der Gemeinde oder in jeder Form von Bürgerengagement.

In der vom einzelnen mitgeprägten Umgebung verwirklicht sich der lebendige Staat, die lebendige Demokratie. Dies geschieht durch Mitgestalten und Mitwirken, durch Helfen und im Erfahren von Hilfe, im Ausgleich entgegengesetzter Interessen, im Gefühl der Zugehörigkeit und der Geborgenheit, aber auch im Bewußtsein der Selbstverantwortung.

Im täglichen Umgang miteinander beweist sich aber auch die Glaubwürdigkeit jedes einzelnen von uns. Wir fordern zu Recht Glaubwürdigkeit von denen, die Verantwortung tragen. Das bedeutet, daß Denken, Sprechen und Handeln deckungsgleich sein müssen. Diese Forderung sollte jeder auch an sich selbst stellen. Machen

wir das denn immer? Hier sind gelegentlich Zweifel angebracht. Eigentlich dürften bei dem ausgeprägten Umweltbewußtsein unserer Zeit an den Straßenrändern weder Flaschen, Dosen noch sonstige Abfälle zu finden sein. Oder was ist davon zu halten, wenn Kinder als Ausdruck ihre Friedensliebe Raketen mit Blumenkränzen malen, aber anschließend – in der Pause – sich mit Klassenkameraden prügeln oder deren Schulsachen beschädigen? Und wie ausgeprägt ist das soziale Empfinden von Mitbürgern, die sich über unsoziale Verhältnisse empören, während sie andererseits aber keine Hemmungen haben, im Umgang mit anderen nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht zu sein?

Die Helfer geben ein gutes Beispiel

Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine wachsende Zahl gerade jüngerer Menschen erkennt, daß auch ein Sozialstaat nicht nur eine Versorgungsanstalt ist, aus der es möglichst viel herauszuholen gilt, sondern eine Gemeinschaft, die auf den Einsatz des einzelnen zum Wohle aller angewiesen ist. Ich denke an diejenigen, die sich an Wochenenden in der Alten- und Krankenpflege betätigen, die ihre Freizeit der Betreuung Behinderter widmen, die in caritativen und humanitären Organisationen, in der Jugendarbeit oder in der Landschaftspflege mitwirken.

Sie als ehrenamtliche Helfer im Bundesverband für den Selbstschutz haben sich zur Verfügung gestellt, um für den Selbstschutz- und Zivilschutzgedanken zu werben und Selbstschutzkenntnisse und -fähigkeiten zu vermitteln. Sie geben damit für viele ein gutes Beispiel.

Auf Selbsthilfe kann nicht verzichtet werden

Auch in unserer verwalteten und durchorganisierten Welt, die fast für jedes Problem eine Institution kennt, kann auf die eigenverantwortliche Selbsthilfe und auf den spontanen Beistand des Nächsten bei Unglücksfällen und in Notsituationen nicht verzichtet werden. Wie viele Schäden könnten durch schnelle und richtige Selbstschutzmaßnahmen im Entstehen verhindert oder in ihrer Auswirkung gemindert werden? In vielen Fällen kommt Hilfe trotz aller Anstrengungen immer noch zu spät, weil der Betroffene selbst oder seine Umgebung nicht zu den erforderlichen Sofortmaßnahmen in der Lage waren. Dabei sollte es selbstverständlich sein, daß wir uns mit den uns ständig umgebenden Gefahren im Verkehr, im Haushalt, am Arbeitsplatz und in zunehmendem Maße auch bei der Freizeitbetätigung vertraut

machen und uns entsprechende Selbstschutzkenntnisse und -fertigkeiten aneignen. Dies müßte für moderne Menschen eigentlich ebenso selbstverständlich sein wie die vielen anderen Fähigkeiten und Fertigkeiten, die unsere Zivilisation von uns fordert.

Einen eigenen Beitrag leisten

Alle Bemühungen des Gesetzgebers zur Verhütung von Schäden durch Unfallverhütungsvorschriften, durch Konstruktions- und Baurichtlinien für Gebäude und technisches Gerät und alle Bemühungen öffentlicher Einrichtungen um schnelle Hilfeleistung bleiben unvollkommen, wenn wir selbst nicht bereit sind, den Beitrag zu leisten, der uns möglich ist und der in unserem eigenen Interesse wie auch zum Wohle des Nächsten nach wie vor unersetzbar bleibt.

Nicht nur Katastrophen, wie der Waldbrand in Niedersachsen 1975, der Schneesturm in Schleswig-Holstein Anfang 1979 oder die Hagelunwetter dieses Jahres, sondern gerade die vielen täglichen Unfälle beweisen die Bedeutung selbstschutzmäßiger Vorsorge und Hilfe.

Wer weiß schon, wie man einen Feuerlöscher handhabt? Und doch könnte dies die schnellste Hilfe im Brandfall sein. Täglich brennt es irgendwo. Die Vermittlung solcher und ähnlicher Kenntnisse ist deshalb sehr wichtig. Dem Bundesverband für den Selbstschutz und seinen Helfern – also Ihnen – gebührt für die Übernahme dieser Aufgabe großer Dank.

Den Zivilschutzgedanken nicht vernachlässigen

Ich meine, daß wir aber auch nicht den Gedanken des Zivilschutzes vernachlässigen dürfen. Weite Bevölkerungskreise nehmen insoweit eine ablehnende Haltung ein.

Wir alle wollen keinen Krieg. Wir sehnen uns nach Entspannung, Frieden und Abrüstung. Bei noch so heftiger politischer Auseinandersetzung über den richtigen Weg zu diesem Ziel steht es keinem zu, Andersdenkenden die Friedensliebe abzusprechen und diese für sich allein zu beanspruchen. Unser Volk weiß sehr wohl, was Krieg bedeutet. Hieran brauche ich in Münster, dessen Innenstadt im Zweiten Weltkrieg zu 91% zerstört wurde und das bei Bombenangriffen 1 600 Tote und viele Verletzte zu beklagen hatte, nicht besonders zu erinnern. Ich erinnere auch daran, daß am 1. September 1939 – also vor 45 Jahren – der Zweite Weltkrieg begann, der Schrecken, Elend, Not und Tod über ganz Europa brachte.

Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit

Ist es nicht ein Erfolg, daß wir in der Bundesrepublik seit rund 40 Jahren in innerem und äußerem Frieden leben? Wir dürfen uns aber damit nicht zufrieden geben. Noch ist ständige Wachsamkeit der Preis der Freiheit und des Friedens, wie die Zahl der bewaffneten Konflikte auf dieser Erde seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beweist.

Wir setzten zwar alle Hoffnung darauf, daß Einsicht und wachsendes Vertrauen möglichst bald das System der Friedenssicherung durch gegenseitige Abschreckung und Aufrüstung ablösen mögen. Ost und West sollten in der Lage sein, mit dem bisherigen Verlauf der Geschichte zu brechen und vor Konflikten Frieden zu schließen und nicht erst danach. So wie wir heute – 45 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges – uns keinen bewaffneten Konflikt mit unseren westlichen Nachbarn mehr denken können.

Aber der Frieden liegt nicht allein in unserer Hand. Muß die Menschheit nicht Angst vor sich selbst haben, weil sie sich mit den vorhandenen Waffen mehrfach selbst vernichten kann? Müssen wir nicht versuchen, uns gegen denkbare Gefahren zu schützen? Die Bundesrepublik hat im Grundgesetz jedem Angriffskrieg abgeschworen. Sie nimmt jedoch das Recht in Anspruch, sich gegen Angriffe zu verteidigen. Besitzen wir nicht Werte, die zu bewahren und zu verteidigen sich lohnen? Leben wir nicht in dem freiheitlichsten und demokratischsten Staat, den es je auf deutschem Boden gab? Wären wir dessen noch würdig, wenn wir für uns und unsere Kinder im Falle einer Bedrohung von vornherein auf Souveränität, Demokratie und Freiheit verzichten würden?

Die Erfüllung des Verteidigungsauftrages

Dies ist der Grund für die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik. Vorkehrungen für die Sicherheit der Zivilbevölkerung sind Bestandteil eines umfassenden Verteidigungskonzepts. Ohne Selbstschutz und Zivilschutz wäre deshalb der Verteidigungsauftrag der Bundesrepublik nicht zu erfüllen.

Ich hoffe, daß es uns gelingt, durch unsere gemeinsamen Anstrengungen den Frieden und den Willen zur Verteidigung unserer Freiheit und unseres Staates zu stärken und glaubhaft zu machen. Für Ihr besonderes Engagement um diese wichtige Aufgabe danke ich Ihnen im Namen des Innenministers. Es ist der Dank und die Anerkennung für eine Aufgabe, die nie Wirklichkeit werden möge, auf die aber dennoch nicht verzichtet werden kann."

Zwischen Nord- und Ostsee

Schleswig. Als für beide Seiten aufschlußreich wurden die Diskussionen bewertet, die der BVS anlässlich einer Wochenendtagung mit dem Arbeitskreis der Reserveoffiziere im Reservistenverband der Bundeswehr führte. 24 Reserveoffiziere aus ganz Schleswig-Holstein waren am 15. und 16. September nach Schleswig gekommen.

Im Vordergrund der Gespräche stand die Frage, ob im Falle eines kriegerischen Konfliktes die Bevölkerung ausreichend geschützt werden könne. „Die Vorkehrungen, die für die kämpfenden Truppen getroffen sind, sind uns als Bundeswehrsoldaten bekannt“, sagte der Pressesprecher der Reserveoffiziere, Thomas Mahrenholz. „Aber uns bedrängt die Frage, was aus unseren Familien wird.“

Angeregt durch die Tagung wird diese Frage innerhalb des Reservistenverbandes Anstoß zu weiteren Diskussionen sein.

Neumünster. Mit drei Bauberatern und zwei ehrenamtlichen Helfern war der Stand besetzt, den der BVS auch in diesem Jahr wieder vom 22. bis 30. September anlässlich des „Norddeutschen Baumarktes“ aufgebaut hatte.

45000 Besucher kamen in diesem Jahr auf den überregional interessierenden Baumarkt. Davon suchten allein über 2500 das Gespräch mit dem BVS. Bemerkenswert war, daß das Interesse am Schutzraumbau erheblich zugenommen hat.

Die in den vergangenen Jahren oftmals festgestellte ablehnende Haltung einzelner Bürger gegen den Schutzraumbau und Zivilschutz konnte in diesem Jahr nicht festgestellt werden. Im Gegenteil: Neben den 2500 allgemeinen Anfragen zum Thema Schutzraumbau kamen noch über 200 Besucher, die eine gezielte Bauberatung wünschten. So hatten Besucher teilweise sogar ihre Baupläne für einen Schutzraum mitgebracht.

Ratzeburg. Großveranstaltung am 9. September 1984 in Ratzeburg: In Zusammenarbeit mit der Stadt und verschiedenen Hilfsorganisationen sowie dem BGS und der Polizei hatte der BVS zu einem Sicherheitswettbewerb aufgerufen. Rund 70 Teilnehmer hatten bei verschiedenen Aufgaben die Möglichkeit, ihren Wissensstand zum Thema

Selbstschutz zu testen. Für die richtige Beantwortung der 13 gestellten Fragen und Aufgaben gab es Preise, die die beteiligten Organisationen gestiftet hatten.

Neustadt. Auf großes Interesse bei Amtsvorstehern, Bürgermeistern und Leitenden Beamten der Gemeinden des Kreises Ostholstein stieß eine Informationsveranstaltung des BVS am 1. Oktober in Neustadt. Landrat Dr. Wolfgang Clausen und BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender hatten zu der ganztägigen Veranstaltung eingeladen.

Neben Filmvorführungen und praktischen Demonstrationen aus dem Ausbildungsprogramm des BVS fand das Referat von Ministerialdirigent Claus Petersen, Abteilungsleiter im Kieler Innenministerium, die ungeteilte Aufmerksamkeit der Zuhörer. Petersen gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Entwurf des neuen Zivilschutzgesetzes demnächst verabschiedet werden möge, damit Fortschritte auf diesem Gebiet sichtbar würden. Für die Kommunen brächte das Gesetz allerdings erhebliche Mehrarbeit und zusätzliche Verantwortung. Auch wenn die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs noch einige Zeit dauern könnte, sei die Diskussion über die Probleme des Zivilschutzes bereits jetzt neu belebt worden – worauf sich auch die Verwaltungen auf allen Ebenen einzustellen hätten.

Dringend erforderlich sei weiter, so Petersen, ein Konzept über den Bau von Schutzräumen. Hier seien zusätzliche Anstrengungen, auch im finanziellen Bereich, nötig.

Kappeln. Zum ersten Male in Kappeln: Eine Woche mit vielen Informationen über den Selbstschutz. Bürgermeister Michael Arendt gab mit der Eröffnung der Ausstellung „Zivilschutz“ am 5. Oktober den Startschuß. In seiner Anspra-

che betonte Arendt, daß die Selbstschutzwoche mit ihren vielfältigen Einzelveranstaltungen in der Ladenstraße und auf dem Marktplatz nicht Angst einflößen, sondern den Staat als Träger der Verteidigungsverantwortung darstellen solle. Arendt hob weiter den unentbehrlichen Einsatz ehrenamtlicher Hilfsorganisationen hervor, deren Angehörige oft unendlich viel Zeit in ihre Aufgaben investierten.

Die Kappeler Bürger rief Arendt auf, sich verstärkt für den Selbstschutzgedanken zu interessieren und wandte sich dabei besonders an die jüngere Generation, die eine Wachstums- und Wohlstandsgesellschaft gewohnt sei. „Viele leben im Gefühl der Sicherheit und schenken Gedanken an Verteidigung und Hilfeleistungen wenig Raum und Zeit“, sagte der Bürgermeister. Darum habe er dem BVS seine volle Unterstützung für die Selbstschutzwoche 1984 zugesagt.

Quer durch Niedersachsen

Schüttorf. Zehn interessierte Bürger haben sich bei einer ersten Informationsveranstaltung der Samtgemeinde Schüttorf als Selbstschutzberater zur Verfügung gestellt. Die Veranstaltung diente dazu, zunächst einmal die Ausbildung des Selbstschutzberaters sowie seine Aufgaben aufzuzeigen. Die Berater sollen in vier Lehrgängen, verteilt über einen Zeitraum von etwa einem Jahr, ausgebildet werden.

Der Selbstschutz-Grundlehrgang, der am Beginn der Ausbildung steht, wird voraussichtlich im Januar in Schüttorf stattfinden.

Haselünne. Ein Informationsgespräch für interessierte Bürger über den Zivil- und Selbstschutz fand unter Leitung von

Mit der Ausstellung „Zivilschutz“ wird die Kappeler Selbstschutzwoche eröffnet (v.l.): BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender, Bürgermeister Michael Arendt, BVS-Dienststellenleiter Hielsch.



Stadtdirektor Möllering in Haselünne statt. Möllering unterrichtete die Teilnehmer zunächst über die gesetzlichen Vorgaben beim Aufbau des Selbstschutzes und nannte die Maßnahmen, die in Haselünne bereits getroffen worden sind.

So wurden fünf Wohnbereiche festgelegt, und erste Interessenten für die Aufgabe eines Selbstschutzberaters sind auch bereits vorhanden. Nächstes Ziel sei die Ausbildung, sagte Möllering.

BVS-Dienststellenleiter Köster sprach über die Aufgaben und Bedeutung des Selbstschutzes sowie der Selbstschutzberater.

Cloppenburg. Positiv war die Bilanz, die Stadtdirektor Peter Ottmann nach der Selbstschutzwoche in Cloppenburg zog. Anlässlich der Ehrung der Sieger des Sicherheitswettbewerbs im Rathaus sagte der Verwaltungschef, der Selbstschutzgedanke verankere sich mehr und mehr in der Bevölkerung, wengleich nicht alle Veranstaltungen der Selbstschutzwoche den erwarteten Erfolg gebracht hätten. Zukunftsaufgabe sei es, die teilweise in der Bevölkerung noch vorhandene Zurückhaltung zu überwinden.

Ottmann dankte dem BVS für die gute Vorbereitung und Koordination sowie den Hilfsorganisationen für die Mitwirkung. Als Erfolg wertete er insbesondere die mit insgesamt 400 Personen gute Beteiligung an BVS-Vortragsveranstaltungen.

Rund 2000 Bürger informierten sich an den BVS-Ständen über den Selbstschutz. Im Finanzamt wurde ein Fachlehrgang „Brandschutz“ durchgeführt.

Attraktive Preise hatten Ottmann und BVS-Dienststellenleiter Dieter Nierhoff parat. Matthias Eggers erhielt für seinen ersten Platz ein Fahrrad, Renate Hartjenstein als Zweite einen Cassettenrecorder und Stefan Neteler als Dritter eine Uhr.

Hamel. In Zusammenarbeit mit der Hamelner Stadtverwaltung veranstaltete der BVS einen Sicherheitswettbewerb für Fahrradfahrer. Feuerwehr, DRK, DLRG, THW sowie der Deutsche Hilfsdienst beteiligten sich an den Aufgaben für die 38 Teilnehmer.

Auf einer Strecke von 15 Kilometern hatten die Radler an mehreren Stationen anzuhalten, um Brände zu bekämpfen und weitere gefährliche Situationen zu meistern.

Hannover. Am 6. Oktober 1984 veranstalteten der Niedersächsische Minister des Innern, Dr. Egbert Möcklinghof, und

BVS-Sachgebietsleiter Wiedhold Delis (rechts) begrüßt Innenminister Dr. Egbert Möcklinghof am BVS-Filmwagen.
(Foto: Zücker)



die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen auf dem Opernplatz im Zentrum Hannovers den „Tag des Helfers im Katastrophenschutz“. Auch der BVS war vertreten.

Bei seinem Rundgang bekundete der Innenminister sein vielseitiges Interesse an der praxisbezogenen Arbeit der Hilfsorganisationen.

Seelze. Ein Sicherheitswettbewerb bildete den Abschluß einer Selbstschutzwoche in Seelze unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Adolf Harmening.

Insgesamt zwölf Stationen umfaßte der Parcours, auf dem die Teilnehmer unter anderem eine Unfallstelle abzusichern hatten, eine „verletzte“ Person bergen und einen Brand löschen mußten.

Die Betreuung der Stationen hatten die Polizei, die Feuerwehr, das DRK, die DLRG, der ASB, der MHD und der BVS übernommen.

Diekholzen. In Anwesenheit von Bürgermeister Wehrmaker, mehreren Ratsherren und Ortsbrandmeistern aus dem Gemeindegebiet sowie Vertretern aus Behörden und Organisationen eröffnete Gemeindedirektor Hoffmann die Selbstschutzwoche in Diekholzen.

Der Gemeindedirektor betonte in seiner Eröffnungsrede, hinsichtlich der Aufklärungs- und Ausbildungsarbeit im Selbstschutz gäbe es noch viel zu tun. Wehrmaker teilte mit, daß in Kürze mit dem Aufbau eines Behördenselbstschutzes begonnen werde.

Im Rahmen der Selbstschutzwoche fanden außerdem Straßenaktionen statt, die bei der Bevölkerung auf großes Interesse stießen.

Lachendorf. Eine große Resonanz hatte die BVS-Ausstellung beim diesjährigen Soldatenmarsch in Lachendorf. Mehr als

70 Einzelgespräche zum Thema Selbstschutz wurden geführt. Neben Soldaten und Reservisten der Bundeswehr zeigten auch amerikanische Soldaten der 41. Field Artillery Brigade, die in Babenhausen stationiert ist, Interesse. Auch Bürgermeister Hinrichs und stellvertretender Gemeindedirektor Heinrich Westermeyer gehörten zu den Besuchern der Ausstellung.

Verden. „Unser Ziel, den Selbstschutz transparent zu machen und die Bürger anzusprechen, haben wir voll erreicht.“ Diese Bilanz zog der Leiter der BVS-Dienststelle Cuxhaven, Klaus Gissel, nach Abschluß der Selbstschutzwoche in Verden.

Zur Eröffnung der Veranstaltungswoche, für die Stadtdirektor Dr. Kai Füllgraf die Schirmherrschaft übernommen hatte, wurde auch eine Ausstellung vorgestellt. Achtjährige Kinder hatten ihre Gedanken zum Thema Katastrophenalarm in Bildern dargestellt, und die bei dieser Gelegenheit einer breiten Öffentlichkeit vorgestellten Ergebnisse zeugen von einem ausgeprägtem Gefahrenbewußtsein der Kinder. Brände, Vulkanausbrüche, Autounfälle, Flugzeugabstürze – der Bogen der Motive war weit gespannt.

Stadtdirektor Dr. Füllgraf hob hervor, wie wichtig es sei, schon Kinder mit dieser Thematik vertraut zu machen. Er kritisierte, daß der Bund und die Länder zu wenig die Werbetrommel für den Selbstschutz rührten.

Mit Unterstützung der Hilfsorganisationen wurde zum Abschluß der Woche ein Sicherheitswettbewerb durchgeführt. Die ersten drei Plätze belegten Uwe Hadel, Birgit Orthey und Andreas Fehling.

Lehrgänge, Vorträge und eine Tagung zum Schwerpunktthema „Schutzraumbau“ ergänzten das Programm der Selbstschutzwoche.

Unterlüß. Ein nicht alltägliches Jubiläum

im Verlauf einer ehrenamtlichen Tätigkeit für den BVS feierte Bernhard Schrebe, Eicklingen. Als BVS-Lehrer leitete er seinen 500. Lehrgang, und zwar per Zufall an der Hauptschule Unterlüß, an der Schrebe 1975 mit etwas Lampenfieber diese Lehrtätigkeit begann.

Mehr als 10000 Lehrgangsteilnehmern hat Schrebe die Grundkenntnisse selbstschutzmäßigen Verhaltens vermittelt. Anlaß genug für eine Ehrung durch BVS-Dienststellenleiter Wilhelm Schaper, den BVS-Beauftragten für den Kreis Celle, Werner Kamm, und BVS-Helfervertreter Wolfgang-Peter Paul. Dabei waren auch der Rektor der Schule, Erhard Rehn, BVS-Fachlehrerin Anni Zeumer und die Schüler einer 9. Klasse, die gerade einen Selbstschutz-Grundlehrgang absolviert hatten.

Schaper hob bei dieser Gelegenheit die Bedeutung der ehrenamtlichen Mitarbeiter des BVS für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Verbandes hervor.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Löhne. Feuerwehrschräume werden ausgerollt, Hydranten in Betrieb gesetzt, Feuerlöscher versprühen ihr Pulver: Im Industriegebiet in Löhne/Westfalen macht sich Unruhe breit. Brennt es irgendwo? Das geschäftige Treiben ruft schon Mitarbeiter benachbarter Betriebe auf den Plan. Doch der Geschäftsführer eines großen Versandlagers für Möbel kann die Aufgeschreckten beruhigen: „Es ist eine Übung zur Brandschutzausbildung unserer Mitarbeiter durch die BVS-Dienststelle Herford. Holz brennt schnell. Das erfordert bei einem Brand sofortige Gegenmaßnahmen. Deswegen ist für unsere Mitarbeiter in den Verkaufshäusern eine Ausbildung im Brandschutz durch den BVS fast eine Selbstverständlichkeit.“

Moers. In der „Niederrheinschau“, die seit vielen Jahren in Moers stattfindet, war die BVS-Dienststelle Wesel mit einem repräsentativen Ausstellungsstand vertreten. Schwerpunkte waren der Schutzraumbau, eine 14tägige Lebensmittelbevorratung und die Werbung für Selbstschutz-Grundlehrgänge.

Von den über 500000 Interessenten, die an den zehn Ausstellungstagen gezählt wurden, besuchte ein großer Teil den BVS-Stand. Fast 42000 Besucher deckten sich mit Informationsbroschüren der verschiedensten Art ein. Rund 820 Einzelgespräche wurden geführt. Noch während der Ausstellungszeit konnten drei Selbstschutz-Grundlehrgänge mit insgesamt 70 Teilnehmern beginnen.

Hagen. 31 Plettenberger Bürger beteiligten sich an einem Sicherheitswettbewerb der BVS-Dienststelle Hagen in Zusammenarbeit mit der DLRG, dem DRK, der Feuerwehr und der Polizei. An acht Stationen konnten sich „mutige“ Passanten einem Test unterziehen, wie es um ihre Kenntnisse in der Selbst- und Nächstenhilfe und das Wissen um die Notrufnummern bestellt ist. Den Erstplatzierten winkten wertvolle Preise.

Neben den Akteuren hatten im Laufe der Veranstaltung rund 1400 Passanten die Aktivitäten an den einzelnen Stationen aufmerksam beobachtet und sich an dem zusätzlich eingerichteten Informationsstand des BVS durch Broschüren und in zum Teil längeren Gesprächen über Fragen der Hilfeleistung und des Selbstschutzes informieren und beraten lassen.

Um die ganze Aktion für die Zuschauer attraktiver zu gestalten, hatte die Feuerwehr einen Getränkestand sowie eine Gulaschkanone mit Erbsensuppe aufgeföhren.

Die Preisvergabe an die Gewinner des Wettbewerbs erfolgte durch den Schirmherrn, Bürgermeister Udo Scheepers.

Paderborn. Ein großer Erfolg waren die Paderborner Sicherheitswettbewerbe. Im Rahmen der Verkehrssicherheitsbörse gingen insgesamt 563 Teilnehmer an den Start. Auf die Gewinner warteten wertvolle Preise.

Zehn Stationen mußten die Akteure bewältigen. Neben dem BVS, der drei Stationen betreute, waren Feuerwehr, Polizei, THW und die Sanitätsorganisationen vertreten. Die Veranstalter sahen sich vor beinahe unlösbare Probleme gestellt. Offenbar durch eine Rundfunkübertragung über die Verkehrssicherheitsbörse im Regionalprogramm des WDR angelockt, strömten viele Interessenten zum Start.

Abgewiesen werden sollte niemand. Durch Doppelbesetzung der Stationen sowie zeitliche Verlängerung des Wett-

bewerbs konnte dem Ansturm begegnet werden.

Schirmherr Oberkreisdirektor Werner Henke: „Ein toller Erfolg. Das hätte ich nicht für möglich gehalten.“

Oberhausen. Die Fertigstellung eines ersten Bauabschnitts des neuen Katastrophenschutz-Zentrums Oberhausen war für den Leiter des Zivilschutzamtes, Günter Erker, Anlaß, die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter des BVS sowie die Selbstschutzberater der Stadt einzuladen.

In einer Ansprache hob Erker die langjährige, gute Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und dem BVS besonders hervor. Als Beispiel führte er an, daß ein Großteil der Selbstschutzberater aus dem Mitarbeiterstamm des BVS geworben werden konnte. Erker sprach die Hoffnung aus, daß diese Aktivitäten auch in Zukunft erhalten bleiben.

Kleve. Erstmals zeigte das Beamten-Heimstätten-Werk in der Stadthalle Kleve die Ausstellung „Bauen, modernisieren, finanzieren“. An drei Tagen informierten sich mehr als 1000 Besucher über die Möglichkeiten des preiswerten Bauens und nahmen dabei auch an einem Sonderstand des BVS die Gelegenheit wahr, sich über die Gestaltung und Finanzierung von Hausschutzräumen zu informieren.

Dortmund. Der Besuch der größten westdeutschen Verbraucherausstellung „Dortmunder Herbst“ war ausgesprochen gut. Das wurde auch am BVS-Informationsstand in der Dortmunder Westfalenhalle deutlich. Insgesamt 600 Aussteller aus elf Ländern boten an zehn Tagen eine bunte Palette von Produktion und Information an, die dem Motto der Ausstellung „Mode und Heim, Hobby, Information und Reisen“ gerecht wurde. In der Halle I stand die Information im Mittelpunkt. Verbände, Organisa-

An einer der Stationen müssen die Akteure eine Behelfstrage erstellen.

(Foto: Schröder)



tionen und Institutionen unterrichteten über ihre Dienstleistungen. Am BVS-Stand wurden viele Besucher über die Themen „Selbstschutz“ und „Schutzraumbau“ informiert.

Coesfeld. Nach einem Gespräch mit der Kreisverwaltung Borken und dem zuständigen Kreisbrandmeister, Wüste, konnte die BVS-Dienststelle Coesfeld mit einem Informationsstand und Filmwagen an Veranstaltungen aus Anlaß verschiedener Feuerwehrjubiläen teilnehmen.

Festlichkeiten der Feuerwehren sind in den Gemeinden Hauptanziehungspunkte und eine gute Möglichkeit, den Selbstschutz und die Aufgaben des Zivilschutzes der Bevölkerung nahezubringen.

Dem Zuschauer wurde durch eine breit gefächerte Palette von fachlichen Demonstrationen – vom Ablöschen brennender Bekleidung an Personen bis hin zum schonenden Transport einer „verletzten“ Person auf einer Behelfstrage – gezeigt, daß Helfenkönnen erst erlernt werden muß.

Nachruf

Nach langer, schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit verstarb am 15. September 1984 unsere langjährige ehrenamtliche Mitarbeiterin

Erika Winkel

im Alter von 47 Jahren.

Wegen ihres freundlichen Wesens und ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde sie von allen Mitarbeitern sehr geschätzt.

Die Mitarbeiter der Dienststelle Oberhausen werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Hessenspiegel

Inheiden. Die Oberhessischen Versorgungsbetriebe AG (OVAG) führte mit 40 Helferinnen und Helfern des betrieblichen Katastrophenschutzes eine Übung durch. BVS-Dienststellenleiter Aloys Wagner, Friedberg, Vorstandsmitglied der OVAG, leitete die Veranstaltung.

Prokurist Michel begrüßte die freiwilligen Helferinnen und Helfer und führte aus, daß durch Verbesserungen der technischen Einrichtungen viele Arbeitsunfälle vermieden werden konnten. Aber Gefahren, wie sie von Bränden, Explosionen und anderen Katastrophen ausgingen, gelte es durch intensive Schulung zu begegnen. Durch die gezielte Ausbil-

dung der Einsatzkräfte durch den BVS sei man in der Lage, Gefahren abzuwenden bzw. zu mindern, bis Hilfe von außen käme.

Im Verlauf der Übung wurden verschiedene Unfallsituationen dargestellt, die die Helfer bewältigen mußten. So waren zunächst Unfallverletzungen zu erkennen und die richtige Versorgung vorzunehmen. Anschließend wurden die Grundsätze der Bergung und die Fünf-Phasen-Technik erläutert. Praktische Übungen ergänzten die Theorie.

Der Direktor der OVAG, Hans B. Schmidt, beobachtete den Übungsablauf. Er zeigte sich beeindruckt vom hohen Ausbildungsstand seiner Mitarbeiter. Besonderen Dank sagte er der BVS-Dienststelle Friedberg für die „vorzügliche und gewissenhafte Ausbildung der Einsatzkräfte“.

Bad Wildungen. Bei den Vorbereitungsarbeiten zu einem Sicherheitswettbewerb in Bad Wildungen am 12. Mai 1984 kamen die mitwirkenden Organisationen Feuerwehr, THW, Polizei und BVS überein, im Herbst sich noch einmal ganz gezielt an einem „Tag der offenen Tür“ der Bevölkerung zu präsentieren.

Am 6. Oktober 1984 konnten nun die Bürger auf dem Ausstellungsgelände „Breiter Hagen“ eine großangelegte Geräteschau besichtigen. Zahlreiche Vorführungen seitens der beteiligten Organisationen zeigten den Ausbildungsstand der einzelnen Fachdienste auf.

Die BVS-Dienststelle Kassel war mit zwei Informationsständen im Rahmen einer Straßenaktion beteiligt, die bei der Bevölkerung auf eine gute Resonanz stieß.

Bürgermeister Dr. Albrecht Lückhoff, der die Veranstaltung eröffnete, betonte in seiner Ansprache: „Ich halte es für unerlässlich, daß gemeinsam mit dem BVS in regelmäßigen Abständen öffentlich auf die Bedeutung des Selbst- und Katastrophenschutzes aufmerksam gemacht wird.“

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Birkenfeld. An einem Wochenende fand in der Kreisstadt Birkenfeld ein „Tag der offenen Tür“ statt. Auf dem weiträumigen Gelände der Freiwilligen Feuerwehr stellten sich das Deutsche Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund und die Freiwillige Feuerwehr Birkenfeld dar. Die BVS-Dienststelle Kaiserslautern war mit einem Filmwagen und Informationsständen vertreten.

Im Rahmen des gesamten Ablaufs wurden an beiden Tagen Sicherheitswettbewerbe durchgeführt, die unter der Federführung des BVS auch von allen beteiligten Organisationen mitgestaltet wurden. 82 Personen aller Altersgruppen nahmen in drei Durchgängen am Wettbewerb teil.

Insgesamt wurden mehr als 2000 Bürger über selbstschutzmäßiges Verhalten und Fragen zum Schutzraumbau beraten.

Die beteiligten Organisationen zeigten sich erfreut über die gute Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle und vereinbarten, künftig ähnliche Veranstaltungen wieder gemeinsam durchzuführen.

Besonders hervorzuheben ist die großzügige Unterstützung der Stadtverwaltung Birkenfeld, die die Kosten der Plakatierung, Druck des Programmablaufes und vieles mehr übernommen hatte.

Birkenfeld. Um den Ausbildungsstand der im Katastrophenschutz der Deutschen Bundespost mitwirkenden Bediensteten zu überprüfen, hatte die Oberpostdirektion Frankfurt eine Nachtübung angesetzt.

An dieser Übung nahmen 15 Teilnehmer des Fachlehrgangs „Bergungsgruppe“, der an der BVS-Schule in Birkenfeld stattfand, teil.

Um 21 Uhr wurden die Helfer alarmiert, die Lage bekanntgegeben: Suchtrupps begingen das Übungsgelände, „Verletzte“ wurden versorgt, und ein „Schwerverletzter“ mußte aus größerer Höhe geborgen werden. Unter sachkundiger Leitung der Lehrkräfte der BVS-Schule wurden Erdanker geschlagen, die Seilbahn am Übungshaus befestigt und der „Verletzte“ abgeseilt.

Die Übung stand unter der Leitung des Bezirks-Katastrophenschutzleiters der Oberpostdirektion Frankfurt, Kurt Dörner. Kritische Zuschauer waren Teilnehmer von zwei parallel stattfindenden Lehrgängen der Deutschen Bundespost.

Der Vertreter des Bundespostministeriums, Ritter, würdigte die Leistung unter diesen erschwerten Bedingungen und hob hervor, die gezeigten Vorführungen hätten ein hohes Maß an Ausbildungszeit vorausgesetzt, aber diese Zeit sei sinnvoll verwendet worden.

Saarland-Rundschau

Saarlouis. In Anwesenheit des Helfervertreters der BVS-Landesstelle Saarland und der Helfer der Dienststelle Saarlouis ehrte Landesstellenleiter Chri-

stian Koch langjährige BVS-Mitarbeiter. Koch hob die besondere Bedeutung der Helfer für den Verband hervor und dankte den ehrenamtlichen Mitarbeitern für ihr Engagement. Anschließend überreichte er den BVS-Fachlehrern Irene Lesch, Georg Weitner, Hans Demuth und Walter Steiger, Bauberater Helmut Sommer sowie Helfer Horst Seewald eine Urkunde.

Bexbach. Gelegenheit, einmal erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten in der Selbst- und Nächstenliebe zu testen, gab die BVS-Dienststelle Neunkirchen der Bevölkerung anlässlich eines Sicherheitswettbewerbs in Bexbach. Unter Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes, des Malteser-Hilfsdienstes, der Feuerwehr, der Polizei, des Notrufes Saar, des Technischen Hilfswerks und des ADAC Saarland demonstrierten rund 60 Personen an zwölf Stationen ihr Können.



Schirmherr Innenminister Werner Scherer (links) besucht die einzelnen Stationen des Sicherheitswettbewerbs. (Foto: Gross)

Am Ende hatten Mark Busch, Erik Pflug und Herbert Bastian die Nasen vorn und konnten Ehrenpreise des BVS und den Pokal sowie die Glückwünsche des Schirmherrn, Innenminister Werner Scherer, entgegennehmen.

Bayern heute

Sulzbach-Rosenberg. Die Selbstschutzwochen, die der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) in Zusammenarbeit mit der Stadt Sulzbach-Rosenberg durchführte, erlebten mit dem „Tag der offenen Tür des Katastrophenschutzes“ ihren Höhepunkt. Rund 4500 interessierte Besucher hatten den Weg in den Stadtpark gefunden, wo sich die für den Selbst- und den Katastrophenschutz zuständigen Organisationen und Verbände mit ihren Ausrüstungsgegenständen und Fahrzeugen vorstellten. Die Attraktion für groß und klein waren dabei Schauvorführungen, an denen die Besucher der Großveranstaltung meistens selbst teilnehmen konnten.



Gruppenbild nach dem Sicherheitswettbewerb beim „Tag der offenen Tür des Katastrophenschutzes“.

Parallel zu dieser Leistungsschau lief ein Sicherheitswettbewerb, bei dem die Teilnehmer Fragen zu Aufbau und Aufgaben der einzelnen, sich vorstellenden Organisationen beantworten mußten. Den ersten Preis, ein vom Schirmherrn der Veranstaltung, Bürgermeister Hans Göth, gestiftetes Fahrrad, gewann Jochen Müller aus Sulzbach-Rosenberg.

Es war ein Großaufgebot an Aktiven und Einsatzfahrzeugen, das sich da an diesem Tag auf dem Gelände des Stadtparks versammelt hatte. 210 Angehörige des Technischen Hilfswerkes, des NAVC und der AOK, der Verkehrswacht, des BRK, der Polizei, der Feuerwehren Sulzbach und Rosenberg, der Wasserwacht, des Ärztlichen Kreisverbandes Amberg-Sulzbach und natürlich des BVS wollten sich der Bevölkerung einen Tag lang vorstellen und dabei gleichzeitig wertvolle Ratschläge für den Selbst- und Zivilschutz geben.

Zur Eröffnung der Großveranstaltung begrüßte der Leiter der BVS-Dienststelle Weiden, Franz Weinberger, der zusammen mit Hauptamtsleiter Gerd Geismann und dem stellvertretenden Leiter des Sachgebietes III/3 im Landratsamt, Werner Reichenauer, die Organisation dieser Aktion übernommen hatte, die Gäste, darunter auch Landrat Dr. Hans Wagner. Weinberger betonte, daß bei größeren Unglücksfällen die behördliche Hilfe an ihre Leistungsgrenze gerate. Dem Selbstschutz komme daher eine entscheidende Bedeutung zu.

Auch Bürgermeister Hans Göth unterstrich die Bedeutung des Selbstschutzes und dankte allen teilnehmenden Organisationen und Verbänden für ihr Engagement bei dieser Großveranstaltung. Landrat Dr. Hans Wagner bezeichnete die Angehörigen des Katastrophenschutzes als „Idealisten, die fast pausenlos an das Wohl ihrer Mitbürger denken“.

Der Landrat wurde bei seinem Rundgang begleitet von drei Angehörigen einer Delegation aus der schottischen

Partnerschafts-Grafschaft Argyll, die sich gegenwärtig zu einem Besuch im Landkreis Amberg-Sulzbach aufhielten.

Schauvorführungen kamen u. a. von der Ortsgruppe Sulzbach-Rosenberg, der Wasserwacht und von den Feuerwehren Rosenberg und Sulzbach. Die Rosenberger Wehrmänner führten in Zusammenarbeit mit dem Rettungsdienst und dem Ärztlichen Notdienst die Befreiung eingeklemmter Menschen mit der Rettungsschere vor, während die Sulzbacher mit Hilfe ihrer Drehleiter interessierten Besuchern einen Blick über die alte Herzogsstadt ermöglichten. Stets umlagert war der Lastarm mit Rollglissrettungsgerät des THW, mit dem sich Kinder und Jugendliche in die Luft hieven lassen konnten. Die Bergwacht demonstrierte die Versorgung eines Bergverletzten, der BVS führte vor, wie man am schnellsten einen brennenden Menschen „löscht“.

Das Zusammenwirken verschiedener Organisationen auf einem Hauptverbandsplatz im Katastrophenfall erprobte das BRK. Über wirksame Einbruchssicherungen informierten die Deutsche Verkehrswacht und die Polizei. Auch der Gesundheitsvorsorge wurde Rechnung getragen. Für die kostenlose Verpflegung der Gäste durch die Stadt Sulzbach-Rosenberg und den Landkreis Amberg-Sulzbach hatte der Verpflegungszug gesorgt. Parallel zu dieser Leistungsschau lief ein Sicherheitswettbewerb, an dem jeder Besucher über 14 Jahre teilnehmen konnte. Die Aufgaben bestanden darin, Fragen über den Aufbau und die Funktion der verschiedenen Organisationen und Verbände des Katastrophenschutzes zu beantworten.

Abschließend dankte der Schirmherr allen Aktiven und überreichte als Zeichen der besonderen Anerkennung BVS-Dienststellenleiter Franz Weinberger, seinem Stellvertreter Hans Forster und dem stellvertretenden Leiter des Sachgebietes III/3 im Landratsamt, Werner Reichenauer, den Wimpel der Stadt Sulzbach-Rosenberg.

Schleswig-Holstein



Ölschadenbekämpfung: Fachleute zu Besuch beim THW-OV Neustadt

Neustadt. Zu einem in dieser Art bislang wohl einmaligen „Ölwehr-Hearing“ trafen sich an einem Wochenende im September beim THW-OV Neustadt zahlreiche THW-Mitarbeiter für Ölschadenbekämpfung aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie Vertreter der Kreiswasserbehörde, des Amtes für Land- und Wasserwirtschaft und mehrerer Industriefirmen.

Neben dem theoretischen Erfahrungsaustausch bei der Bekämpfung von Ölschäden auf dem Lande und dem Wasser stand vor allen Dingen auch die praktische Vorführung modernster Ölwehrgeräte im Mittelpunkt der umfangreichen Veranstaltung. Als besonderen Clou hatten die Neustädter THW-Helfer auf ihrem Betriebsgelände eigens für diesen Tag einen künstlichen Teich erstellt, der mit mehr als 30000 Liter Wasser und 80 Liter „reinem Öl“ gefüllt worden war.

Die Idee zu dieser gemeinsamen öltechnischen Übung war bereits im Frühjahr dieses Jahres geboren worden, nachdem der niedersächsische Ölwehrtzug aus Cloppenburg großes Interesse bekundet hatte, einmal „bei der hervorragend ausgerüsteten Neustädter THW-Ölwehr gemeinsame Erfahrungen auszutauschen“, wie THW-Kreisbeauftragter Gerhard Haase in Neustadt betonte. Nachdem einige Terminschwierigkeiten überbrückt waren, rollte der niedersächsische Ölwehrtzug an einem Samstag mit drei Fahrzeugen nach Neustadt.

Einen nachhaltigen Eindruck bei den vielen Gästen und Ölwehrtfachleuten

hinterließ besonders ein moderner „Rüstwagen Öl“, den die Cloppenburg THW-Helfer als Herzstück ihrer Ausrüstung mit nach Neustadt gebracht hatten. Das Spezialfahrzeug, erklärte Haase, das vom Landkreis Cloppenburg zur Ölschadenbekämpfung angeschafft und dann dem THW zur Verfügung gestellt wurde, gilt mit seiner mehreren 100000 Mark teuren Ausrüstung in dieser Art als wegweisend in der Bundesrepublik. „Dieses Fahrzeug ist für alle Fälle bestens gerüstet“, bekräftigte Haase, dessen THW-Helfer vom Landkreis Cloppenburg komplett mit Funkmeldeempfängern ausgerüstet wurden, so daß „wir binnen fünf Minuten nach dem Alarm unterwegs sind“.

Nach der Vorführung der beim THW-OV Neustadt vorhandenen umfangreichen Ölwehrausrüstung, die alle Experten beeindruckt verfolgten, zeigten mehrere Industriefirmen die neuesten Entwicklungen im Ölwehrtbereich auf dem Wasser.

Für die Bevölkerung, die an diesem Tag einen Blick hinter die Kulissen werfen durfte, waren außerdem zwei komplette THW-Instandsetzungszüge sowie zahlreiche Spezialgerätschaften zur Ölschadenbekämpfung, u. a. auch Einsatzboote, Saugwagen und Ölwehrcontainer aufgebaut worden.

Zum Abschluß der Veranstaltung unterstrichen sowohl die THW-Ortsbeauftragten aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen als auch Diplom-Ingenieur Reichle vom Kieler Amt für Land- und Wasserwirtschaft, daß „dieses Wochenende der Ölwehr in Schleswig-Holstein viel gebracht hat“.

Nachdrücklich dankten Reichle und der Kieler THW-Geschäftsführer, Karl Hübner, dem Kreis Ostholstein für die „tadellose und vorbildliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ölschadenbekämpfung“. Reichle unterstrich, daß der Kreis Ostholstein mit der Aufstellung ei-

ner kreiseigenen Ölwehr „der Zeit weit voraus sei“ und damit sogar noch heute für viele Kreise Modellcharakter hätte.

Gleichzeitig dankte Reichle dem Leiter des Amtes für Katastrophenabwehr beim Kreis Ostholstein, Bernd Regorz, sowie seinem Amtsvorgänger Grünwald, daß man hier immer ein offenes Ohr für die Idee der Ölschadenbekämpfung hatte und stets mit großer Energie an den Aufbau herangegangen sei. Noch für das Jahr 1984 kündigte Reichle an, daß eine weitere Ölwehreinheit, die im Rahmen eines landesweiten Beschaffungsprogramms geplant sei, in Burg/Fehmarn stationiert werden soll.

Für den THW-OV Cloppenburg schließlich dankte deren Kreisbeauftragter Gerhard Haase für diesen „hochinteressanten Tag im hohen Norden“ und lud die Kameraden der Neustädter THW-Ölwehr zu einem Gegenbesuch 1985 nach Cloppenburg ein.

C. B.

Eutiner THW-Helfer besuchten „Falck-Retter“ in Dänemark

Veje/Eutin. Zum vierten Male trafen sich Eutiner THW-Helfer mit den „Roten Engeln“ aus Dänemark. Nach ersten Kontakten zwischen der Falck-Organisation und dem THW-OV Eutin im Jahre 1982 waren Vertreter des dänischen Falck-Rettungskorps aus Veje und Kopenhagen auf Einladung des Eutiner THW-Ortsbeauftragten 1983 nach Eutin gekommen, um dort den 30. Geburtstag des THW-Ortsverbandes mitzufeiern.

Damals entstand die enge Verbindung zu den Männern der Falck-Station Veje, und der dänische Stationsleiter Preben Mortensen lud die Eutiner THW-Helfer zu einem Gegenbesuch ein.

Am ersten Sonnabend im September war es dann soweit. Eine Eutiner THW-Abordnung machte sich unter Leitung des stellvertretenden Ortsbeauftragten Günter Radloff mit ihren Dienstfahrzeugen auf den Weg nach Veje in Dänemark.

In der Station Veje, eine der größten und modernsten der 132 Falck-Stationen in Dänemark, wurden die Eutiner THW-Mitarbeiter vom Stationsleiter Preben Mortensen und seinem Vertreter, Elmar Nielson, herzlich willkommen geheißen und mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut gemacht.

In drei riesigen Kraftfahrzeug-Hallen, so

Ein Wasserbecken mit über 30000 Litern Inhalt haben die THW-Helfer eigens für die Vorführung aufgebaut.
(Foto: Behrens)



Die THW-Helfer vor der Falck-Station Vejle in Dänemark.

(Foto: Lange)



erfahren die Eutiner, sind die Fahrzeuge des Rettungs-, Brandschutz- und Bergungsdienstes (jeder Dienst in einer Halle für sich) untergebracht.

Für die Wahrnehmung der vorgenannten drei Fachaufgaben stehen der Station Vejle 39 Einsatzfahrzeuge sowie eine größere Anzahl von Anhängern und Sondergeräten zur Verfügung.

Stationsleiter Mortensen führte u. a. aus, daß seine Station ein Gebiet von fast 80 km² zu betreuen habe. Im Jahr 1983 seien allein von seiner Station 81000 Einsätze, einschließlich Krankentransporte und Personenbetreuung sowie Pannendienste gefahren worden. Dabei seien mit den Fahrzeugen über 1,2 Millionen Kilometer zurückgelegt worden.

Das besondere Interesse der Eutiner THW-Helfer galt dem Wasserrettungsdienst und der Ölschadenbekämpfung auf dem Wasser. Wie sie erfuhren, stehen der Station Vejle dafür zwei Motorboote zur Verfügung, wobei das eine der Boote (10 m lang/150 PS) ständig in der Vejler Förde stationiert ist. Für die Ölschadenbekämpfung steht ein Fahrzeug mit modernsten Ölwehrgeschäften bereit.

Nach dem Rundgang durch die Kraftfahrzeug-Hallen wurden die Eutiner in die Einsatzzentrale geführt. Diese kann als eine der modernsten Funk- und Alarmerungszentralen der Falck-Organisation bezeichnet werden. Bedient wird die Anlage von Falck-Spezialisten, die die Computer entsprechend speichern. Dank dieser neuen Technik beträgt die Ausrückzeit vom Eingang des Alarms bis zum Ausrücken der Fahrzeuge maximal nur noch 30 Sekunden.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen sahen die Eutiner eine Video- und Filmschau über die verschiedenen Aufgaben der Falck-Organisation. In einem Fachgespräch gab Stationsleiter Mortensen danach noch einige Erläuterungen zu den einzelnen Aufgaben.

Die von allen Falck-Stationen insgesamt innerhalb eines Jahres geleisteten Einsätze bezifferte er bei dieser Gelegenheit mit über 4,5 Millionen, was die THW-Helfer natürlich sehr beeindruckte.

Im Anschluß an den Aufenthalt in Vejle fuhren die THW-Helfer mit ihren Gastgebern zum Flughafen Billund, wo ihnen ein nagelneues Tanklöschfahrzeug vorgeführt wurde, das die Flughafenfeuerwehr gerade erst einige Tage vorher bekommen hatte.

Mit 28 Tonnen Gewicht und 500 PS, 12500 Liter Wasser sowie 1500 Liter Trockenschaum, einer Pumpe mit einer Leistung von 4500 l/min. und 120 m Schleuderweite mit der Wasserkanone stellte das Fahrzeug eine besondere Attraktion dar. Als dann die Eutiner gefragt wurden, ob sie an einer Probefahrt teilnehmen möchten, ließen sie sich nicht zweimal bitten.

Nachdem die Startbahn vom Tower freigegeben worden war, ging es mit 120 km/h zum Ende der Piste, wo dann noch die Wasserkanone ausprobiert wurde. Als die THW-Helfer danach auch noch selbst das Fahrzeug über die Rollbahn steuern durften, war die Begeisterung vollkommen.

Zum Abschluß bei der Flughafenfeuerwehr probten dann „Falck“ und „THW“ den gemeinsamen Einsatz bei einem angenommenen Flugzeugabsturz. Trotz teilweise sprachlicher Schwierigkeiten konnte man sich doch einigermaßen gut verständlich machen, und die Übung konnte erfolgreich und zu aller Zufriedenheit durchgeführt werden.

Am Ende des Besuches zogen Stationsleiter Preben Mortensen und Günter Radloff eine positive Bilanz dieser Informationsreise mit gegenseitigem Erfahrungsaustausch. Nach einem Besuch im „Legoland“ Billund ging für die Eutiner THW-Helfer dieser ereignisreiche Tag bei den „Roten Engeln“ in Dänemark zu Ende.

G. R.

Hamburg



Nachrufe

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am 12. September 1984 im Alter von 74 Jahren unser langjähriger Mitarbeiter.

Johann Druszella

Er war maßgeblich in den Anfangsjahren am Aufbau des THW in Hamburg beteiligt.

Wir werden unserem Kameraden immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesbeauftragte für Hamburg

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am 21. Oktober 1984 im Alter von 75 Jahren unser langjähriger Verwaltungsleiter

Bruno Thiemann

Er war maßgeblich in den Anfangsjahren am Aufbau des THW in Hamburg beteiligt.

Wir werden unserem Kameraden immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesbeauftragte für Hamburg

Bremen



Landesfernmeldeübung „HEROS '84“

Bremen. Anfang September 1984 führte der THW-Landesverband Bremen eine Fernmeldeübung durch. Beteiligt waren alle sieben THW-Ortsverbände der Stadtgemeinde Bremen.

Durch die Landesfernmeldeübung sollten die Fernmeldeeinheiten/-einrichtungen im Feldkabelbau, Fernsprechdienst und Sprechfunkdienst fortgebildet werden. Dabei sollten die Einsatzbereitschaft und der Einsatzwert der Übenden sowie fernmeldetechnische Führungsmittel und Fernmeldeverbindungen überprüft werden. Weiterhin sollten die Helfer in der Anwendung der Führungs- und Anwendungsgrundsätze geschult werden.

Die Übung wurde in drei Phasen unterteilt. In Phase I wurden die Einheitsführer in die Übung eingewiesen. Lage und Auftrag wurden bekanntgegeben. Auftrag für die Fernmeldezentrale-HVB war das Errichten eines Sprechfunkverkehrs-kreises zwischen den FMZt-Abschnitten und den Funktrupps der FMZ. Darüber

hinaus sollten Nachrichten über das Netz der Deutschen Bundespost zu den Abschnitten abgesetzt werden.

Für die Fernsprechtruppe der Fernmeldezüge begann die Übung mit dem Bau von insgesamt 32000 Metern Feldkabel. Sie mußten in den Abschnitten Bremen Nord, Süd und Ost zwischen den Fernmeldezentralen und den Vermittlungen der Fernmeldezüge verlegt werden.

Sprechfunkverkehr wurde über den KatS-Meldekanal zwischen den FMZt betrieben. Darüber hinaus wurden in drei Sprechfunkverkehrskreisen zwischen den Abschnitten und den Fernmeldezügen über 400 Nachrichten abgesetzt.

Parallel zum Funk wurden über 540 Drahtnachrichten über zehn Vermittlungen von 56 Fernsprechteilnehmern abgesetzt.

Der Fernmeldezug Lehrte übernahm den Schiedsrichter- und Leitungsdienst. Seine Erkenntnisse flossen später in den Abschlußbericht mit ein.

Für die über 230 Übungsteilnehmer endete die Übung am Sonntagabend.

J. K.

Vegesacker Bergungshelfer beim THW-Bundeswettkampf 1985 dabei

Bremen-Nord. Der THW-OV Vegesack wird das Bremer THW bei den THW-Bundeswettkämpfen des Bergungsdienstes 1985 in München vertreten. Die dritte Gruppe des 1. Bergungszuges unter Führung von Roland Felder ging mit Abstand als Gewinner aus den Vergleichswettkämpfen auf dem Übungsgelände an der Peenemünder Straße hervor.

Bergungshelfer, eingeteilt in zwölfköpfige Gruppen, maßen sich an neun Stationen sowie einem Schlauchboot-Wettpaddeln auf der Lesum. Mit einer Gesamtzeit von 148 Minuten gelang es dem Vegesacker Trupp, alle Disziplinen mit Bravour zu absolvieren und den Wettbewerb ungefährdet zu gewinnen. Nicht zuletzt das Geschick der Gruppenführer bei der Einsatzleitung entschied über einen erfolgreichen Abschluß der Prüfungen.

Zweitplatzierte war der Ortsverband Osterholz, Huchting belegte Platz drei.

THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel überreichte den ersten drei Gruppen Ehrenurkunden, Vegesack wurde zusätzlich mit einem Pokal ausgezeichnet. Er dankte allen Helfern für die Teilnahme am Wettkampf und lobte Günther Hildebrandt für die Organisation. Trotz guter Ergebnisse sei das Leistungs-niveau doch recht unterschiedlich gewe-

Innensenator Volker Kröning (2. v. l.) läßt sich mit einem Mehrzweckboot über die Lesum fahren, um sich von der „Schlagkraft“ der THW-Helfer beim Paddelwettkampf zu überzeugen.

(Foto: Pörtner)



sen. Ausfälle hatte es bei den Stationen fünf und sechs – Bergung eines „Verletzten“ aus dem 1. Obergeschoß durch Bau eines Leiterhebels – gegeben. Bei verschiedenen Einheiten, so Göbel, sollte die Ausbildung intensiver betrieben werden.

Innensenator Kröning, verantwortlich für die Ausbildung und den Einsatz der Katastrophenschutzeinrichtungen, hatte sich am Sonnabendvormittag persönlich von der Einsatzbereitschaft der Helfer überzeugt. Er sagte dem THW besonderen Dank für die schnelle Hilfe beim kürzlichen Flughafen-Unglück. „Ins Wasser“ ging Kröning am Lesumhafen, wo er mit einem THW-Motorboot eine kurze Lesum-Fahrt unternahm.

Nachmittags zeigte die Hundestaffel des Vegesacker Ortsverbandes eine kleine Einlage. Die Vierbeiner demonstrierten das Suchen und „Anbellen“ von Verletzten in Gebäuden.

Die Vegesacker Bergungshelfer hoffen jetzt auf einen vorderen Platz beim THW-Bundeswettkampf im kommenden Jahr. Eine Vegesacker Mannschaft hatte zuletzt 1977 in Saarlouis einen dritten Platz für den Bremer Landesverband herausgeholt.

F. P.



Beim Studium der Äthiopienkarte (v. l.): Sachbearbeiter Kurzbach, Einsatzleiter Ralph Dunger, THW-Helfer Unger.

Niedersachsen



Humanitäre Hilfe für Äthiopien

Hannover. Am Dienstag, dem 6. November 1984, flogen vom Frankfurter Flughafen aus mit einer Linienmaschine der Lufthansa 23 THW-Helfer in die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba, um umfangreiche Reparaturarbeiten an ca. fünfzig defekten Lastkraftwagen in einer Zentralwerkstatt der Hauptstadt und in Regionalwerkstätten im Landesinnern durchzuführen. Auf Anforderung des Auswärtigen Amtes und nach Lageerkundung durch den Kfz-Sachverständigen und THW-Helfer Peter Preuß aus Berlin wurde von der THW-Leitung im Bundesamt für Zivilschutz am Freitagnachmittag, dem 3. November 1984, der Einsatzauftrag erteilt. Einsatzvorbereitung und Koordination liegen in den Händen des THW-Landesbeauftragten für Niedersachsen. Einsatzleiter ist der Hauptsachgebietsleiter Ausbildung, Ralph Dunger.

Mit Fernschreiben vom 30. Oktober



Verabschiedung der niedersächsischen Äthiopienfahrer. Links im Bild: Landesbeauftragter Leiser und Ortsbeauftragter Carstens.

(Fotos: Bormann)

1984 war allen THW-Landesbeauftragten der bevorstehende Einsatz angekündigt worden: „Die Bundesregierung beabsichtigt, der notleidenden Bevölkerung Äthiopiens humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Das Hauptproblem stellt sich in den mangelnden Versorgungsmöglichkeiten der entlegenen Gebiete des Landes dar.“ Und weiter wurde vermerkt, daß die Versorgung fast ausschließlich mit Lastkraftwagen realisiert werde. Von den 187 staatlichen Lkw seien allerdings nur 110 fahrbereit.

Damit war auch die Einsatzmöglichkeit des THW umrissen, nämlich umfangreiche und schnellstmögliche Reparaturarbeiten an den Lastkraftwagen der staatlichen Hilfsorganisation RRC (Relief and Rehabilitation Commission) durchzuführen. Zur Lageerkundung wurde der Kfz-Sachverständige und THW-Helfer Peter Preuße vom Landesverband Berlin nach Äthiopien entsandt. Gleichzeitig wurde dem Landesbeauftragten für Niedersachsen vom THW-Direktor bedeutet, daß er für Vorbereitung und Koordination des Einsatzes mit Abordnung des Einsatzleiters zuständig sein würde. Alle Landesverbände wurden aufgefordert, vorsorglich Anschriftenlisten geeigneter Helfer – Kfz-Mechaniker, Karosseriebauer und Kfz-Elektriker mit Lkw-Fachkenntnissen – zu erstellen.

Schneller als erwartet und zu einer relativ ungünstigen Zeit, am Freitagnachmittag, dem 3. November 1984, wurde es zur Gewißheit: Aus dem Fernschreiber in Hannover ratterte der Einsatzauftrag der THW-Leitung im Bundesamt für Zivilschutz, der damit den 43. Auslandseinsatz des THW einleitete: „Auf Empfehlung des vor Ort in enger Kooperation mit der GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) erkundenden Peter Preuße soll ein dreiundzwanzigköpfiges THW-Team in den Kraftfahrzeugwerkstätten der Gesellschaft in Addis Abeba und den Regionen für die Dauer von zunächst vier Wochen eingesetzt werden. Von Addis Abeba werden die Reparaturteams in die Regionalwerk-

stätten entsandt, um dort unter Beteiligung einheimischer Kräfte zunächst ca. 50 Lastkraftwagen zu reparieren.“

In einer umfangreichen Telefonaktion, die parallel auch in den Nachbarlandesverbänden Bremen und Nordrhein-Westfalen ablief, wurden nun die vorher ermittelten Helfer angesprochen und ihre Einsatzbereitschaft sowie schnelle Freigabe vom Arbeitgeber erkundet.

Gut zwölf Stunden später, am Samstag, dem 3. November, um 10 Uhr, konnten die Namen der dreiundzwanzig Teilnehmer – ein Hesse, fünf Nordrhein-Westfalen, sechs Bremer und elf Niedersachsen – fernschriftlich der THW-Leitung gemeldet werden.

Bereits am Samstagnachmittag kamen die Bremer Helfer mit ihrem Landesbeauftragten Dirk Göbel zu einer Auftragseinspeisung zusammen, wobei dieser aus eigener Auslandserfahrung zahlreiche gute Tipps mit auf den Weg geben konnte.

Am Sonntagabend trafen die niedersächsischen Äthiopienfahrer, die aus elf Städten aus dem gesamten Land anreisten, im Ortsverband Sarstedt bei Hannover ein. Hier nutzten Landesbeauftragter Eckhard Leiser mit Mitarbeitern des Landesverbandes die Gelegenheit zu einem ausführlichen Informationsgespräch. Nützliche Hinweise für das Verhalten in einem afrikanischen Land konnte dabei Willi Kunze geben, der direkt von einer Tagung der Landessprecher der THW-Leitung aus Hamburg angereist war. Seine Erfahrungen resultieren aus einem vierteljährlichen Einsatz im Auftrag des THW 1981 in Kamerun, wo einheimische Sprenghelfer ausgebildet wurden.

Nach offizieller Verabschiedung der Helfer und kurzer Nachtruhe in der Sarstedter Unterkunft ging es am nächsten Morgen weiter nach Bonn, wo man sich mit den Helfern aus Bremen und Nordrhein-Westfalen traf. Nach Erledigung der Paßformalitäten, Impfungen und Tropentauglichkeitsuntersuchung sowie einer Ein-

weisung in Einsatz, Land und Leute übernachtete man gemeinsam in der Katastrophenschutzschule des Landes Hessen, Johannisberg.

Am Dienstag, dem 6. November 1984, um 10.35 Uhr flog die Einsatzmannschaft mit Linienflug LH 536 in einem Lufthansa-Airbus von Frankfurt und Zwischenlandung in Djidda nach Addis Abeba, wo man nach gutem Flug um 21.15 Uhr Ortszeit landete.

Das Abenteuer Äthiopien hatte begonnen. R. B.

Führungskräfte des THW Niedersachsen tagten

Herzberg. Die diesjährige Tagung der Kreis- und Ortsbeauftragten des THW-Landesverbandes Niedersachsen sprengte in mehrfacher Hinsicht den Rahmen des Üblichen. Erstmals nach langer Zeit und häufig geäußerten Wünschen entsprechend wurde sie als Zweitagesveranstaltung am Freitagabend und Samstag, dem 19. und 20. Oktober 1984, in Aschenhütte bei Herzberg im Harz durchgeführt. Zudem umfaßte sie mit 100 Teilnehmern aus dem gesamten niedersächsischen Raum nahezu das komplette ehren- und hauptamtliche Führungspotential des THW in diesem Bundesland. Und schließlich hob sich auch der Themenstoff aus den üblicherweise behandelten Alltagsproblemen heraus.

Im Mittelpunkt des Freitagabendgeschehens stand, nach einer Minute des Gedenkens an den an diesem Tag beerdigten Leiter der Katastrophenschutzschule des Bundes, Ferdinand Ständer, eine hohe und selten vergebene Auszeichnung. Aus der Hand von THW-Direktor Hermann Ahrens erhielt der stellvertretende Ortsbeauftragte und Mitbegründer des THW-OV Clausthal-Zellerfeld, Hans Nietzel, das THW-Ehrenzeichen in Gold. Der Achtzigjährige erfuhr damit die verdiente Würdigung für ein halbes Jahrhundert Dienst im Katastrophenschutz und zweiunddreißigjährige engagierte Mitarbeit im THW.

Danach wurde die Gelegenheit genutzt, in Gruppengesprächen die kleinen und größeren Probleme in den Ortsverbänden zu diskutieren und einen regen Erfahrungsaustausch zu betreiben. Die gekonnt dargebrachten musikalischen Darbietungen von zwei Harzer THW-Helfern, Monika und Jürgen Brehmer aus Clausthal-Zellerfeld, trugen zu einer gelösten Atmosphäre bei.

Neben dem THW-Direktor konnte Landesbeauftragter Leiser am Samstagmorgen weitere prominente Gäste begrüßen: Ministerialdirigent Antonischki vom



Ehrung in Aschenhütte (v. l.): THW-Geschäftsführer Müller, Jürgen Brehmer, stv. THW-Ortsbeauftragter Hans Nietzel, THW-Direktor Hermann Ahrens, Landesbeauftragter Leiser.
(Foto: Bormann)

Niedersächsischen Innenministerium, Oberkreisdirektor Böttcher vom Landkreis Osterode und Dezernent Tegeder von der Bezirksregierung Braunschweig.

Ministerialdirigent Antonischki nutzte die Gelegenheit, um einige Ausführungen zum Entwurf des neuen Zivilschutzgesetzes zu machen und u. a. die Vorstellungen des Landes Niedersachsen zu erläutern, das eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen THW und Ländern in einem Kuratorium fordert.

Oberkreisdirektor Böttcher sah in der Tagung einen sichtbaren Beweis für das ehrenamtliche Engagement im THW, das in seinem Landkreis mit zwei Ortsverbänden, „die über einen hervorragenden Ausbildungsstand verfügen“, präsent sei.

Nach einem Grußwort von Dezernent Tegeder ging Direktor Ahrens ausführlich auf den Referenten-Entwurf „ZSG“ aus der Perspektive des THW ein und befürwortete dabei ebenfalls die Bildung eines Kuratoriums. Ein weiterer wesentlicher Punkt seiner Ausführungen umfaßte die Neugliederung des THW mit der daraus resultierenden vergrößerten Aufgabenstellung für die THW-Leitung. Die Ehrenamtlichkeit soll zukünftig verstärkt in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Landesbeauftragter Leiser stellte das Modell einer modifizierten Helferbeteiligung im THW über demokratisch gewählte Helferververtretungen im Landes- und Bundesausschuß vor und zeigte Lösungsmöglichkeiten für das sich in den nächsten Jahren auch beim THW abzeichnende Nachwuchsproblem auf.

Einen Schlußpunkt setzte die THW-Helfervereinigung Niedersachsen durch Bekanntgabe einiger Zahlen. Mit 78 von 79 möglichen Ortsvereinen und 4576 Mitgliedern nimmt Niedersachsen einen Spitzenplatz ein. Und schließlich stellte sich mit Andreas Reimchen aus Celle ein engagierter Landesjugendleiter dem Gremium vor.

Gut informiert und – wie zu hören war – mit dem Verlauf der Tagung zufriede-

den, begann am frühen Abend die Rückfahrt der Teilnehmer in die Standorte.

R. B.

THW lenkte Besucherlawine bei Karl-May-Festspielen

Norheim. Fünf Tage lang Wild-West-Atmosphäre in Norheim: Schüsse schallten durch den Wald, der Knall von Explosionen brach sich in den Hängen der Wieterberge. Dazwischen das Stampfen von Pferdehufen und das Geheul „wilder“ Indianer.

Vom 12. bis 16. September waren Winnetou und Old Shatterhand nebst Statisten, Pferden und wilden Bären aus Bad Segeberg in die Rhumestadt gekommen und hatten die Northeimer Freilichtbühne in eine bis dahin einzigartige Kulisse verwandelt.

Doch was für die 15000 Besucher aus nah und fern Zerstreuung und Erinnerung an längst vergangene Zeiten bedeutete, das war zugleich harte Arbeit für die Helfer des THW-OV Norheim. In enger Zusammenarbeit mit der Polizei mußten die THW-Männer die täglich Tausende von Besuchern an der Bundesstraße und auf den Wegen des Northeimer Waldes abfangen und auf den Parkplätzen einweisen. Besonders nach den Vorstellungen gab es für sie alle Hände voll zu tun, wenn sich bei Dunkelheit die kilometerlange Autoschlange über die unbeleuchteten Waldwege wand. Mit Leuchtkellen „bewaffnet“ postierten sich die Helfer an allen wichtigen Abzweigungen und sorgten für die reibungslose An- und Abreise der vielfach ortsunkundigen Besucher.

M. A.

THW-Instandsetzungsdienst versorgte Ortschaft mit Trinkwasser

Norheim. Einsatz des THW in Wiebrechtshausen: Nachdem die Bewohner der Ortschaft und des Gutes bereits

mehrere Tage ohne Trinkwasser waren, forderte die Einsatzleitstelle des Landkreises am Dienstag, dem 18. September, die Hilfe des THW-OV Norheim an. Mit zwei Fahrzeugen rückte am Dienstagabend die Instandsetzungsgruppe des Ortsverbandes unter Leitung von Zugführer Klaus Harrigfeld und Gruppenführer Klaus Beikirch aus, um den Bewohnern mit einer behelfsmäßigen Trinkwasserversorgung zu helfen.

An zwei Stellen der Ortschaft und des Gutshofes richteten die Helfer in einem vierstündigen Einsatz zwei Wasserentnahmestellen ein. Zu diesem Zweck stellten sie einen Tank und zwei Wassersäcke mit 700 bzw. 3000 Liter auf. Diese wurden durch Schläuche mit je einer Zapfstelle verbunden. Die Füllung der Behälter übernahm die Northeimer Feuerwehr.

Drei Tage lang waren die Entnahmestellen Treffpunkte der Einwohner. Erst am Freitagabend konnten die THW-Helfer ihre Anlage wieder abbauen.

M. A.

Nordrhein-Westfalen



Nachruf

Der THW-OV Bottrop trauert um seinen Kameraden

Ulrich Haarmann

der im Alter von 26 Jahren an den Folgen eines schweren Verkehrsunfalls starb. Sein stets kameradschaftliches Verhalten und seine vorbildliche Pflichterfüllung waren Beispiel für alle.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Bottrop

Hessen



THW-Tagung im Schloß Johannisberg

Johannisberg. Die Kreis- und Ortsbeauftragten des THW-Landesverbandes Hessen trafen sich für zwei Tage an der Katastrophenschutzschule Johannisberg zu einer Tagung.

Die aus 56 Ortsverbänden, elf Geschäftsstellen und der Dienststelle des Landesbeauftragten angereisten ehrenamtlichen Führungskräfte und hauptamtlichen Mitarbeiter behandelten in den ih-

Innenminister Horst Winterstein (3. v. links) im Gespräch mit den THW-Kreis- und Ortsbeauftragten des Landesverbandes Hessen.

(Foto: Schwepfänger)



nen zur Verfügung stehenden zwölf Stunden eine Vielzahl von Themen.

Tagungsleiter Hans-Albert Lossen, Landesbeauftragter für Hessen, betonte eingangs der Veranstaltung, durch ihre Teilnahme würden die Führungskräfte ihr Interesse an den anstehenden Problemen im Landesverband Hessen wie Jugendarbeit, Fachausbildung der Helfer und Führungskräfte, Öffentlichkeitsarbeit, Landes- und Bundeswettkampf 1985 dokumentieren.

Die THW-Repräsentanten hatten u. a. auch Gelegenheit, mit dem Hessischen Innenminister, Horst Winterstein, dem Leiter des THW-Organisations-Referates im BZS, Norbert Krutzki, sowie einem Journalisten vom Darmstädter Echo und dem Ausbildungsleiter Bergungsdienst der Schule über aktuelle Fragen zu diskutieren.

Durch intensive Mitarbeit aller Tagungsteilnehmer ist es gelungen, befriedigende Lösungen zu erarbeiten. Eine umfangreiche Info-Mappe ermöglichte es den Teilnehmern, sich ausführlich mit den Themen auseinanderzusetzen und Fragen an die Referenten zu stellen.

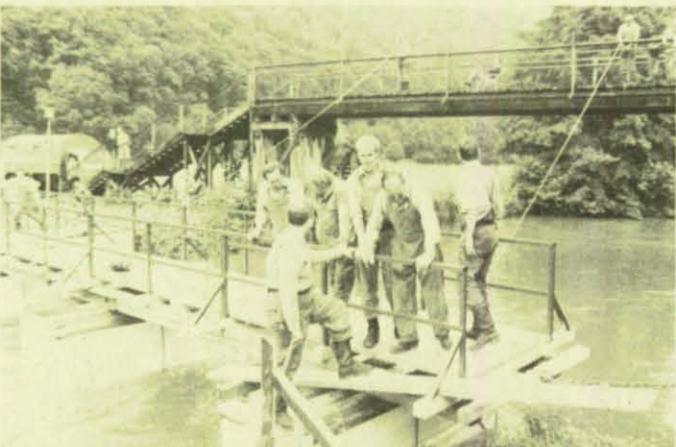
J. S.

„Provisorische“ Brücke hielt 20 Jahre

Bad Karlshafen. Die Fußgängerbrücke über die Diemel in Hessens nördlichster

In kurzer Zeit errichten die THW-Helfer einen Behelfssteg.

(Foto: Wehmeier)



Stadt, die bei einem Hochwasser im Jahre 1965 weggeschwemmt wurde und anschließend von Pionieren der Bundeswehr in einer Holzkonstruktion als Provisorium wieder aufgebaut wurde, entsprach nicht mehr den neuesten allgemeinen Sicherheitsanforderungen und mußte vor kurzer Zeit abgerissen werden.

Der Neubau soll in einer Stahlbetonkonstruktion ausgeführt werden. Um den Fußgänger- und Radfahrerverkehr in der etwa zweimonatigen Bauzeit aufrecht erhalten zu können, wurde auf Veranlassung der Stadt Bad Karlshafen am 15. September ein Behelfssteg kurz unterhalb der bisherigen Brücke vom THW-OV Hofgeismar installiert.

Dieser Steg wurde in etwa zehnstündiger Arbeit von elf Helfern des THW „zu Wasser gelassen“, die die Vorarbeiten, die etwa 15 Stunden in Anspruch nahmen, bereits auf ihrem Gelände in Hofgeismar geleistet hatten.

K. W.

Saarland



Leistungsstärke eindrucksvoll bewiesen

Püttlingen. Sieger beim THW-Landeswettkampf für Bergungszüge im Landes-

verband Saarland wurde der Ortsverband St. Wendel.

Aus Friedrichsthal, Heusweiler, Nonnweiler, Saarwellingen, St. Wendel und Spiesen-Elversberg waren die Bergungszüge auf den Burgplatz in Püttlingen gekommen, um bei katastrophalem Regenwetter ihr fachliches Können unter Beweis zu stellen. Die Aufgabenstellung bestand im Überwinden mehrerer dem Ernstfall angepaßter Hindernisse, um „verletzte“ Personen zu bergen.

Nach der Bekanntgabe des Siegers löste sich die Spannung. Mit einer Zeit von 1 Stunde, 21 Minuten und 44 Sekunden erkämpfte sich St. Wendel den Siegerpokal, den Bürgermeister Müller im Namen der Stadt Püttlingen überreichte. Mit nur 100 Sekunden Abstand folgte auf Platz 2 der Ortsverband Nonnweiler, der den Pokal der Helfervereinigung aus der Hand des Landesvorsitzenden in Empfang nahm.

Erstmals in der Geschichte des THW-Landesverbandes Saarland gingen bei Landeswettkämpfen zwei erste Plätze und eine Zweitplatzierung in einen Geschäftsbereich: Am Vortag hatte bei den Jugendwettkämpfen der Ortsverband Freisen den Siegerpokal erkämpft.

E. M.

THW-Jugend mit Feuereifer beim Landeswettkampf

Völklingen. Sieger beim Landeswettkampf der THW-Jugendgruppen wurden die Junghelfer aus Freisen: Fünfzehn Jugendgruppen des THW-Landesverbandes Saarland waren auf dem Hof der Mühlengewann-Schule in Völklingen angetreten, um ihr fachliches Können unter Beweis zu stellen. Sechs praktische Aufgaben waren schnell und präzise zu lösen.

Eine Geräteablage, die auch als Arbeitsbühne dienen kann, wurde aus Bohlen und Rundhölzern von flinken Händen gefertigt. Die Einsatzstellen wurden mit der Starklichtlaterne „Petromax“ ausgeleuchtet. Über eine Länge von 25 Metern war eine Verbindung mit Feldfernsprechern herzustellen. Vierkanthölzer mußten zurechtgeschnitten, ausgestemmt, zu einem Kreuz gelegt, vernagelt und mittig gebohrt werden. Ein Rundholz mit Haken war einzuschlagen. Mit einem Mastwurf wurden das Kabel gesichert, die Feldfernsprecher auf gefertigten Ablagen aus Kantholz und Bohlenstücken abgestellt und angeschlossen.

Schnell war die Reinwasserpumpe TS2/5 aufgestellt, überprüft und betriebsbereit. Schläuche rollten, Kupplungen klickten, der Saugkorb lag gesichert im Wasser, und schon spritzte das erste

Naß in ein 25 Meter entferntes Faß. Anschließend wurde noch eine vorher unbekannte Meldung über Feldfernsprecher abgesetzt, dann begann der Abbau der Wettkampfbahn.

Interessiert verfolgten zahlreiche Zuschauer, unter ihnen Innenminister Werner Scherer, sein Vorgänger Dr. Rainer Wicklmayr und Vertreter der Katastrophenschutz-Organisationen, der Bundeswehr, unterschiedlichster Bundes- und Landesbehörden sowie Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft das emsige Treiben. Kritischer ruhten die Augen der Schiedsrichter auf den Akteuren, denn Fehler wurden erbarmungslos mit Zeitstrafen geahndet.

Vor der Siegerehrung im Sitzungssaal des Völklinger Rathauses würdigte Landesbeauftragter Günter Faß die Verdienste von Dr. Wicklmayr, der als ehemaliger Innenminister der Jugendarbeit im THW wesentliche Impulse verliehen habe.

Für besondere Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung des THW wurde der Landesvorsitzende der THW-Helfervereinigung, Landtagsabgeordneter Alfred Becker, mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber geehrt. Die THW-Ehrenplakette überreichte Faß an Oberbürgermeister Raymund Durand.

Sichtlich beeindruckt zeigte sich Innenminister Werner Scherer von den guten Leistungen und dem Engagement der THW-Jugend zum Wohl der Allgemeinheit. Er bekräftigte, daß er wie sein Vorgänger das THW tatkräftig unterstützen werde. Als äußeres Zeichen überreichte Scherer der THW-Jugend, vertreten durch Landesjugendleiter Michael Becker, einen Wimpel. E. M.

THW-Jugend besichtigte „Rettungsleitstelle Winterberg“

Mettlach. Die Helfervereinigung beim THW-OV Mettlach organisierte auf Anregung des Jugendbetreuers Peter Odenbreit ein ganztägiges Ausbildungs- und Besichtigungsprogramm mit verschiedenen Stationen für die THW-Jugend des Ortsverbandes. Schwerpunkt war der Besuch der „Rettungsleitstelle Winterberg“ in Saarbrücken. Hier wurden den Jung Helfern von den Mitarbeitern der Leitstelle die Aufgabe und Funktion der in dieser Form modernsten Rettungsleitstelle in der Bundesrepublik erläutert.

Das gesamte Rettungswesen im Saarland wird von hier aus geleitet. Herzstück der Anlage ist ein Bildschirm, mit der Statusanzeige. Hier werden, ständig aktualisiert, alle der Leitstelle angeschlossenen Fahrzeuge aufgeführt, wo-

bei man anhand von Buchstaben- und Zahlenkombinationen jeweils feststellen kann, welchen „Status“ das jeweilige Fahrzeug hat. So ist z. B. zu ersehen, ob das Fahrzeug auf einer Einsatz- oder Leerfahrt oder ob es schon an einem Einsatzort ist.

Um Spitzenbelastungen oder Sonder-einsätze besser bewältigen zu können, ist die ganze Anlage doppelt installiert.

Besonderes Interesse bei den Jugendlichen fand der Rettungshubschrauber „Christoph 16“, der von einem BGS-Piloten vorgestellt wurde.

Im weiteren Verlauf des Tages stand eine Besichtigung des Flughafens Ensheim auf dem Plan. Dort übernahm ein Mitglied der Flughafenfeuerwehr die Führung. Für viele Helfer bot sich damit erstmals die Möglichkeit, ein größeres Flugzeug von innen zu sehen.

Nach Mettlach zurückgekehrt hatte dann Polizeihauptkommissar Artur Ewen, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der THW-Helfervereinigung die Ausbildung leitete, Gelegenheit, Aufgabe und Funktion der Polizei im Rettungswesen darzustellen. Er wies darauf hin, daß der Erfolg einer Rettungsmaßnahme wesentlich von der schnellen und sachgerechten Alarmierung der Rettungsdienste abhängig sei. A. E.

Brücke über Altar gebaut

St. Wendel. Einen nicht alltäglichen Auftrag hatte der THW-OV St. Wendel übernommen. Zum Motto des Urexweiler Dorffestgottesdienstes „Brücken zueinander bauen“ sollten die Helfer eine Brücke über den Altar schlagen. Frühmorgens rückten Ortsbeauftragter Leo Kuhn und die THW-Helfer an und verwandelten den Chorraum der Kirche in eine Baustelle.

Nach sechsstündiger Arbeit hatten fleißige Hände 65 Rundhölzer unterschiedlichster Länge und 15 Bohlen mit 95 Bindeleinen zu einem Brückenbauwerk über den Opferaltar gebunden, das alle Besucher des Gottesdienstes in Erstaunen versetzte. E. M.

THW-Jugendzeltlager ein voller Erfolg

Besch. Stolz wehten die THW-Fahne und die Bundesflagge über der Zeltstadt der THW-Jugend in Besch an der Mosel. Es war die erste größere Freizeitmaßnahme nach Übernahme der Jugendarbeit zu Beginn des Jahres in die Trägerschaft der THW-Helfervereinigung.

Nach gründlichen Vorbereitungen unter Leitung des Landesjugendleiters, Michael Becker, Freisen, war es endlich soweit. Über Losheim und Merzig ging die Fahrt der mehr als 60 Jung Helfer aus den Ortsvereinen Freisen, Nohfelden, Nonnweiler, St. Wendel und Theley der THW-Helfervereinigung mit ihren Betreuern auf den THW-eigenen Übungsplatz an der Mosel, wo ein Vorauskommando bereits die Zeltstadt aus Küchen-, Aufenthalts- und Unterkunfts-zelten errichtet hatte.

Pünktlich um 7.00 Uhr wurde allmorgendlich über Lautsprecher geweckt. Nach dem Frühsport, fachmännisch geleitet von Geschäftsführer Walter Müller, schmeckte das Frühstück doppelt gut.

Die Vormittagsstunden nutzten die Jugendgruppen zur praktischen Ausbildung und zum Training für die in Völklingen stattfindenden Landesjugendwettkämpfe des THW. Neben dem Bau einer Geräteablage und Arbeitsbühne wurde das Herstellen einer Fernsprechverbindung, der Umgang mit der Starklichtlaterne „Petromax“, das Füllen eines Wasserbehälters mit der Reinwasserpumpe TS 2/5 und die Durchgabe einer Meldung über Feldfernsprecher geübt.

Mit zwei Mehrzweckbooten, angetrieben von 40-PS-Außenbordmotoren und einem 18-PS-Schlauchboot, drehte man erste vorsichtige Runden auf der Mosel. Mit einem weiteren Schlauchboot und einem Kajak des Ortsverbandes Obermosel übten sich die Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahre im Rudern. Wandern, Sport und Spiel füllten die Freizeit. Zum Badeausflug nach Luxemburg setzte man mit den Booten über.

Höhepunkt war eine Ausflugsfahrt ins nahe Frankreich zur Maginot-Linie ins Panzerwerk Hackenberg.

Die Abende dienten der Geselligkeit rund ums Lagerfeuer, wo Gegrilltes schnellen Absatz fand.

Nach anstrengenden Tagesabläufen schlief man auf Feldbetten wie im Himmel. Selbst Gewitter konnten da nicht stören.

Beeindruckt vom Lagerleben zeigten sich die Gäste, unter ihnen Bundesjugendsekretär Ludwig Hetfeld, der stellvertretende Bundes- und Landesjugendleiter, Rainer Nipp, DRK-Bereitschaftsführer Bläs und Vertreter des Jugendrotkreuzes.

THW-Landesbeauftragter Günter Faß lobte die perfekte Organisation, das abgerundete, abwechslungsreiche Programm und den guten Kameradschaftsgeist als beste Grundlage jeglicher THW-Arbeit.

Landtagsabgeordneter Alfred Becker, Landesvorsitzender der Helfervereinigung, der mit großem Interesse einen

Probelauf der Jugendwettkämpfe miterlebte, rief die verantwortlichen Kräfte dazu auf, alles daranzusetzen, die THW-Jugend zu fördern und zu unterstützen.

THW-Hauptsachgebietsleiter Ausbildung, Hubertus Ballnus, und Geschäftsführer Walter Müller stellten neben der guten Mannschaftsdisziplin den hervorragenden Ausbildungsstand der Junghelfer heraus, wo selbst der Kleinste, wenn er auch kaum den Holzhammer heben könne, mit Ernst dabei sei.

Schnell war die Woche vorbei. Landesjugendleiter Michael Becker dankte allen Betreuern für ihre Bereitschaft und uneigennützig, einfühlsame Unterstützung und der bewährten Küche des THW-OV Nohfelden für die stets schmackhafte, abwechslungsreiche Verpflegung, die keine Wünsche offen ließ. E. M.

Bayern



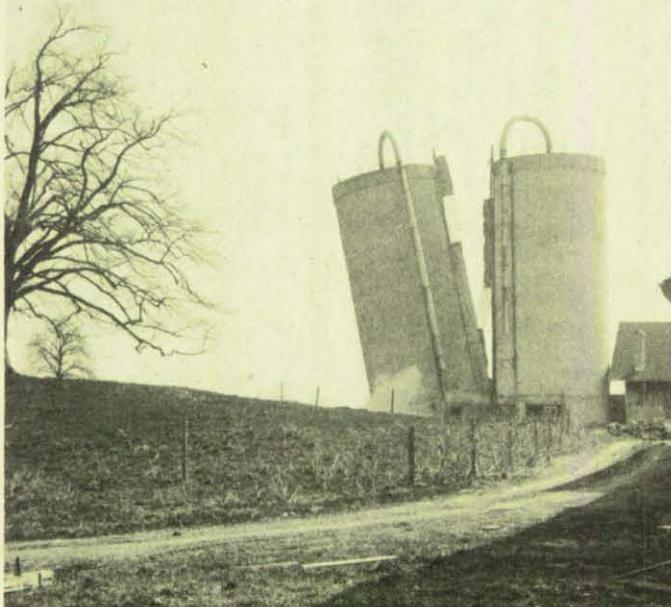
Zwei Silos gesprengt

Königsdorf. Nach der Fallschlitz-Methode wurden mit Unterstützung des THW-OV Wolfratshausen zwei ausgediente Silos auf dem Gut Mosseurach gesprengt. Unter Leitung des Sprengunternehmers und des Weilheimer THW-Sprengberechtigten, Schegg, wurden die vier tragenden Pfeiler je eines der Gärfuttersilos durchtrennt.

Bohrungen und sonstige vorbereitende Arbeiten für die Sprengungen sowie das Absperren des Gebiets wurden von den Gruppen II und III des THW-Bergungszuges durchgeführt. Zugführer Holzer

Die mächtigen Silos wurden fachgerecht zu Fall gebracht.

(Foto: Rieck)



Die Bergung der „Verletzten“ konnte nur unter Einsatz von schwerem Atemschutz durchgeführt werden.

(Foto: Fusaro)

und die Gruppenführer Gassner und Zinnecker leiteten den Einsatz.

Eingesetzt wurden auch neuartige Schutzmatten mit einer Reißfestigkeit von mehreren 1000 Kilogramm. Diese Matten werden rund um die Sprengobjekte befestigt, um das Umherfliegen von Gestein infolge der Sprengung möglichst einzudämmen. H. R.

Katastrophenschutz-Organisationen übten Zusammenarbeit

Weilheim. Zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr Weilheim, dem Bayerischen Roten Kreuz und der Werkfeuerwehr einer namhaften Firma nahm der THW-OV Weilheim an einer Gemeinschaftsübung auf dem Gelände der Firma teil. Sinn dieser Übung war es, die Zusammenarbeit zu testen und die Hilfsmöglichkeiten und -mittel zu demonstrieren sowie Ausbildungslücken

im Brandschutz, der Bergung und der Instandsetzung festzustellen.

Die Lage: Durch eine Explosion im Gaslager der Firma wurden die Lagerhalle und einige umliegende Hallen teils erheblich beschädigt. Es drohte Einsturzgefahr. Durch ausströmendes Gas entstanden mehrere Brände mit der Bildung von giftigen Gasen. Die Unglücksstelle war daher nur mit schwerem Atemschutz begehbar. Zum Zeitpunkt des Unglücks wurde auf dem Werksgelände gearbeitet. Es mußte daher mit vielen „Verletzten“ gerechnet werden, die durch 20 Verletzten-Darsteller gespielt wurden.

Während die Freiwillige Feuerwehr zusammen mit der Werkfeuerwehr den „Brand“ bekämpfte – er wurde mit Hilfe von Rauchgeräten und Rauchtöpfen simuliert –, übernahm das BRK die Versorgung der „Verletzten“, die zum Teil von Atemschutzträgern der Feuerwehr aus den verqualmten Gebäuden geborgen wurden.

Da eine Gasleitung gebrochen war, wurde das THW gerufen. Helfer der Gas/Wasser-Gruppe reparierten die Leitung behelfsmäßig. Durch herabgestürzte Fertigboden-Elemente wurde eine Person eingeklemmt und „schwer verletzt“. Atemschutzträger des Bergungszuges hoben mit Hilfe der Hydropresse die Betonplatten an und bargen den „Verletzten“.

Auf die Helfer des Instandsetzungszuges wartete noch eine weitere Aufgabe: Chemische Flüssigkeit lief aus mehreren Behältern. Mit der Induxpumpe konnte der Stoff abgesaugt werden.

Zur Verstärkung mußte die Rettungstruppe der Freiwilligen Feuerwehr Weilheim herangezogen werden, da der Bergungs- und Instandsetzungszug des THW zur Behebung der Schäden und Rettung der „Verletzten“ nur acht Helfer, ausgerüstet mit schwerem Atemschutz, stellen konnte. W. B.



Lieferungen schon seit 1980

Äthiopienhilfe des Roten Kreuzes

Zahlreiche Anfragen gehen im DRK-Generalsekretariat ein

Aufgrund des am 23. Oktober 1984 in der Sendung „Tagesthemen“ ausgestrahlten Berichtes über die Dürrehilfen für Afrika gingen im DRK-Generalsekretariat zahlreiche Anfragen zu den laufenden Hilfsmaßnahmen des Deutschen Roten Kreuzes ein.

Wegen der seit Jahren andauernden Dürre und den kriegerischen Auseinandersetzungen engagiert sich das DRK schon über einen längeren Zeitraum in Äthiopien. Seit 1980 werden ständig Nahrungsmittel und andere Hilfsgüter nach Äthiopien geliefert. Mehrere Anlieferungen erfolgten durch das Hilfsschiff FLORA. Die Verteilung der Hilfsgüter wurde ständig von deutschem Einsatzpersonal begleitet und überwacht.

Die Tätigkeiten des DRK waren eingebunden in Programme des Internationalen Roten Kreuzes, wobei sich das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) auf Gebiete konzentrierte, in denen die kriegerischen Auseinandersetzungen stattfanden (Eritrea und Tigräi). Es ist dem IKRK in jüngster Zeit gelun-

gen, verbesserten Zugang zu diesen Gebieten von den jeweils Verantwortlichen zu erhalten. Die Programme der Liga und des Äthiopischen Roten Kreuzes konzentrierten sich im wesentlichen auf die besonders betroffenen Regionen Wollo, Gondar und Sidamo. Die staatliche Hilfsorganisation „Relief and Rehabilitation Commission“ (RCC), mit der das Rote Kreuz seine Hilfen koordiniert (von der es jedoch unabhängig arbeiten kann), stellte am 30. April 1984 fest, daß die Zahl der Betroffenen sich gegenwärtig auf 7,4 Millionen Menschen beläuft, von denen 5,2 Mio. Opfer der Dürre und 2,2 Mio. Flüchtlinge sind.

Da die Provinz Wollo zu den am stärksten betroffenen zählt (1,8 Mio. Opfer), konzentriert das DRK seine Hilfsleistungen auf diesem Gebiet. Die Aktivitäten des DRK reichen über Zusatzernährungsprogramme, Versorgung mit Kleidung bis hin zur medizinischen Betreuung. Hierin liegt auch ein neuer Schwerpunkt, indem die Errichtung eines Gesundheitszentrums in Kobo geplant ist,

das zusätzlich noch die umliegenden Lager Korem und Alamato mitversorgen soll.

Die Finanzierung der Programme erfolgt zum Teil aus eigenen Spendenmitteln, aber auch mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Europäischen Gemeinschaft.

Die Aufwendungen in den letzten Jahren beziffern sich wie folgt:

1589000,- DM im Jahr 1980

1739928,- DM im Jahr 1981

1305062,- DM im Jahr 1982

4874500,- DM im Jahr 1983

9508490,- DM

8142657,- DM im Jahr 1984 (inkl. geplanter Maßnahmen)

Gesamt: 17651147,- DM

Folgende Hilfslieferungen hat das DRK im Jahr 1984 bereits für die Dürrehilfe in Äthiopien abgewickelt: 3500 t Weizenmehl, 500 t pflanzliche Speiseöle, 100 t Butteröl, 100 t Milchpulver, 495 t Spei-



Unvorstellbar groß ist die Hungersnot in Äthiopien.



Hilfsmittel sind dringend erforderlich.

seöl, 150 t Reis, 30 t Zucker, drei Lkw für Hilfsgüterverteilung, zwei Geländewagen, eine mobile Gesundheitsstation, 30 Tonnen Altkleider und 495 t Sojamehl.

Weitere Nahrungsmittelhilfen und Programme zur Verbesserung der medizinischen Versorgung insbesondere in der

am stärksten betroffenen Region Wollo sind geplant.

Spenden können eingezahlt werden auf das DRK-Sonderkonto 414141, Kennwort „Hungerhilfe Afrika“, bei allen Banken und Sparkassen in der Bundesrepublik Deutschland sowie beim Postscheckamt Köln.

Neuer Generalsekretär beim Deutschen Roten Kreuz

Anlässlich der 34. Ordentlichen Bundesversammlung des Deutschen Roten Kreuzes wurde Dr. Hermann Schmitz-Wenzel (Bild) zum neuen Generalsekretär des DRK bestellt. Der neue Generalsekretär bringt nach einer langjährigen Dienstzeit im Bundeskanzleramt umfangreiche Erfahrungen, vor allem in der Sozial- und Gesellschaftspolitik, mit in sein neues Amt. Internationale Erfahrungen hat Dr. Schmitz-Wenzel im Generalsekretariat der EG-Kommission gesammelt. Neben seiner juristischen Ausbildung und besonderen Kenntnissen auf dem Gebiet des Internationalen Rechts sind das gute Voraussetzungen für die Erfüllung der Aufgaben, die er als Generalsekretär übernommen hat.

(Foto: DRK-Pressestelle)



Neue Ausbildungsstätte des Landesverbandes Hessen für den Krankentransport und Rettungsdienst in Braunfels

„Verpflichtung zur optimalen Ausbildung“

Das mittelalterliche Städtchen Braunfels mit seinem Wahrzeichen, dem imponierenden Schloß der Grafen und Fürsten Solms, auf halbem Wege zwischen der alten Reichsstadt Wetzlar und dem einstigen Konradinerstammsitz Weilburg, zeigt sich am 4. Oktober 1984 mit Bilderbuchwetter. An diesem Tag hat der DRK-Landesverband Hessen zur Einweihung seiner neuen Ausbildungsstätte

für den Krankentransport und Rettungsdienst zahlreiche Gäste nach Braunfels geladen. Es war nach Jahren intensiver Bemühungen gelungen, hier in Braunfels das geeignete Objekt zu finden: In der orthopädischen Klinik konnte ein Stockwerk für die Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer angemietet werden. Gleichzeitig fand sich der Eigentümer bereit, auf dem Klinikgelände einen

Neubau mit Unterrichtsräumen zu errichten. Mit einer Feierstunde wird nun der Schulbetrieb eröffnet.

Der Präsident des DRK-Landesverbandes Hessen, Dr. Karl Rehrmann, begrüßt die Gäste, darunter der Hausherr, Dr. Erich Marx, der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze, der Leiter des Bundesamts, Adolf Krep, sowie Vertreter des Landes Hessen, der Stadt Braunfels und des DRK-Generalsekretariats. Dr. Rehrmann betont in seiner Ansprache, die Voraussetzungen für die Durchführung des Krankentransport- und Rettungsdienstes seien geräumige, nach den neuesten medizinisch-technischen Erkenntnissen ausgerüstete Krankenkraftwagen und eine Besetzung dieser Fahrzeuge mit fachspezifisch geschultem Personal. Zur Schulung dieses Personals diene die neue Ausbildungsstätte.

Das seit 1979 vorgeschriebene Mindestausbildungsprogramm von 520 Stunden stelle einerseits das Minimum an Qualifikation, andererseits aber auch ein hohes Maß dessen dar, was einem ehrenamtlichen Mitarbeiter abverlangt werden könne. Darüber hinaus sei das Land Hessen gefordert, die finanziellen Voraussetzungen für eine über die 520 Stunden hinausgehende Ausbildung, zumindest für das hauptamtliche Personal, zu schaffen. Dies sei im Hinblick auf die Qualität des Krankentransport- und Rettungsdienstes und auch aus Fürsorgegründen für das tätige Personal eine unabdingbare Forderung.

Der LV Hessen hat bereits 1968 damit begonnen, verbandseigene haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter im Krankentransport und Rettungsdienst auszubilden. Ab 1971 wurde auf Wunsch des Hessischen Sozialministeriums Wiesbaden diese Schulung auch für die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der anderen Hilfsorganisationen (ASB, JUH, MHD) geöffnet. Ab April 1972 wurden zusätzlich Zivildienstleistende in verbandseigenen Einführungslehrgängen fachspezifisch auf ihre zukünftige Tätigkeit im Krankentransport und Rettungsdienst vorbereitet. Damals wurde in Gießen die DRK-Ausbildungsstätte für den Rettungsdienst geboren. Von 1972 bis 1984 wurden in Gießen 2129 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter und 5321 Zivildienstleistende in siebenwöchigen Einführungslehrgängen ausgebildet.

Im Frühjahr 1984 konnten mit Zustimmung des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Umwelt und Soziales in Wiesbaden die Verträge unterzeichnet und mit den Bauarbeiten für das neu zu errichtende Unterrichtsgebäude begonnen werden. Der Fertigstellungstermin Ende September 1984 wurde fristgerecht eingehalten.

Nach den Ausführungen des Präsidenten begrüßte der Hausherr, Dr. Marx, die Anwesenden. Dieser Tag der Einweihung der Ausbildungsstätte sei für beide Seiten ein Anlaß zur Freude. Das Haus habe mit der neuen Aufgabenstellung ein neues Fundament erhalten. Er übergab dann die symbolischen Schlüssel des Hauses dem Präsidenten des Landesverbandes Hessen, der sie weiter an den Leiter der Ausbildungsstätte, Linn, reichte.

Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze, überbrachte die Grüße des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Dr. Heiner Geißler. Zur Situation des Zivildienstes im DRK führt Hintze aus, das Land Hessen sei das erste Bundesland, in dem Zivildienstleistende im Rettungsdienst ausgebildet wurden, inzwischen seien es über 5000. Der Einsatz von Zivildienstleistenden im Rettungsdienst sei vom Bund seinerzeit vorgesehen worden, weil die Zivildienstleistenden hier einerseits einen wichtigen Dienst an der Allgemeinheit wahrnehmen und zum anderen das DRK bei der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe unterstützen. Hintze gab seiner Freude Ausdruck, daß zu der guten Ausbildung nun auch eine gute Ausbildungsstätte gekommen ist. Diese Voraussetzung werde sich positiv auf die Zusammenarbeit auswirken.

Es folgten einige Anmerkungen zur zahlenmäßigen Ausgestaltung des Zivildienstes: Bis vor kurzem befanden sich 34000 Zivildienstleistende im Dienst; jetzt sind es 41000. Und diese Zahl soll bis zu einem Endstand von 80000 gesteigert werden. Den Grund für die starke Zunahme der im Dienst befindlichen Zivildienstleistenden sieht Hintze in der Neuregelung des Anerkennungsverfahrens. Der vorhandene Stau von ca. 100000 Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung werde kontinuierlich abgebaut. Dies sei eine Entwicklung, die das Bundesamt für den Zivildienst und die Verbände der freien Wohlfahrtspflege vor große Aufgaben stelle: Es seien viele neue Dienstplätze zu schaffen.

Dr. Müller-Schick, Ministerialrat im Hessischen Ministerium für Arbeit, Umwelt und Soziales, wünschte im Auftrag der Landesregierung der neuen Ausbildungsstätte einen guten Start. Nach einer langen und sehr schwierigen Phase des Auf- und Ausbaus sei nun dieses Ziel erreicht. Der Dank der Landesregierung gelte allen, die an diesem Projekt mitgewirkt haben. Die neue Ausbildungsstätte in Braunfels sei eine besonders gute Lösung, mit der in Hessen neue Maßstäbe gesetzt werden. Dr. Müller-Schick bat die Vertreter des Bundes, für eine vollständige Auslastung der Schule Sorge zu tragen.

Der „Hausherr“, Dr. Erich Marx, während seiner Ansprache.



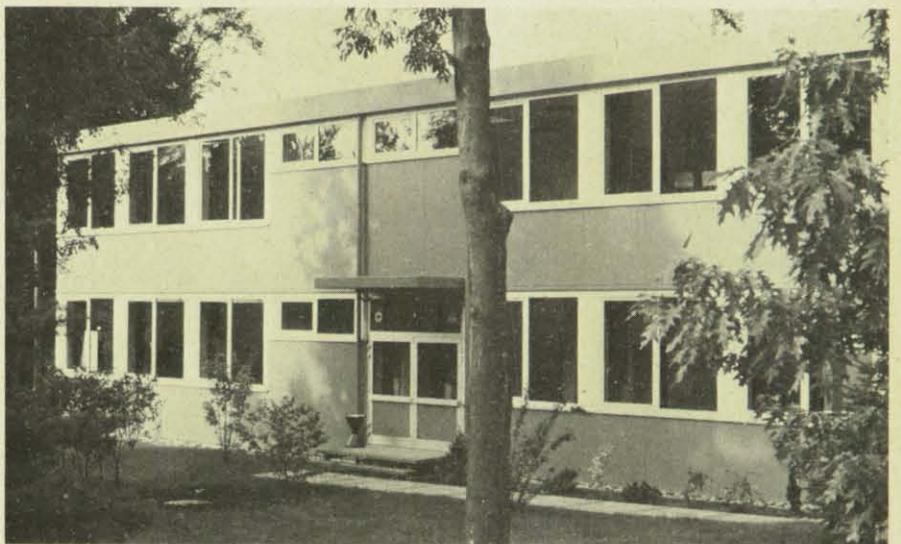
(Fotos: Bothe)

Danach gratulieren der Landrat des Lahn-Dillkreises und der Bürgermeister der Stadt Braunfels. Sie heben besonders die wesentliche Bereicherung der Infrastruktur durch diese Schule hervor. Der Leiter der Abteilung I im DRK-Generalsekretariat, Hoffmann, überbrachte die Grüße des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Prinz Botho zu Sayn-Wittgenstein. Hoffmann erinnerte daran, daß 35000 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter und 4000 Zivildienstleistende zum Wohle der Notfallpatienten im Rettungsdienst mitwirken. Das bedeute für das DRK eine besondere Verpflichtung zur optimalen Ausbildung dieses Personenkreises. Die 520-Stunden-Ausbildung sei eine Mindestforderung. Es könne kein Zweifel daran bestehen, daß eine weitere Qualifikation für das Personal im Rettungsdienst angestrebt werden muß. Dazu wie zur Berufsankennung werde das DRK Vorschläge unterbreiten. Die im Rettungsdienst zusammenwirkenden Kräfte würden sich immer bemühen, den an sie gestellten Ansprüchen von Staat, Kommunen und Notfallpatienten gerecht zu werden. Be-

sonderer Wert im Hinblick auf den Einsatz werde auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern und Zivildienstleistenden gelegt.

Hoffmann überreichte als Geschenk des Generalsekretariats für die neue Schule ein audiovisuelles Gerät, das vom Präsidenten des Landesverbands dankend entgegengenommen wurde.

Mit einer musikalischen Darbietung der Schüler der Gesamtschule Braunfels schloß diese Feierstunde. Die Gäste hatten Gelegenheit zur Besichtigung der Einrichtung: In einem ausgedehnten Stockwerk der Orthopädischen Klinik befinden sich die Schlaf- und Aufenthaltsräume. Die Lehrgangsteilnehmer werden in Drei- und Vierbettzimmern untergebracht. Der Unterricht findet in dem neu eingerichteten Gebäude statt, das über vier Klassenzimmer, einen Lehrmittelraum und ein Lehrerzimmer verfügt. Die Mahlzeiten werden in einem gut ausgestatteten Speisesaal eingenommen.



Das Lehrsaaigelände in Braunfels.

DRK Dillingen/ Saar stellt sich vor

Der Ortsverein Dillingen/Saar hatte jüngst alle Tore geöffnet für die Bürger der Stadt. Es sollte gezeigt werden, was mit den vielen Beiträgen, Spenden und Gaben getan worden ist. Trotz des regnerisch kühlen Wetters kamen viele Männer, Frauen und Kinder, für deren leibliches Wohl auch gesorgt war. Es gab Erbsen-Eintopf mit Würstchen und Weck zur Mittagszeit, für den Nachmittag hielten die Helferinnen und Helfer des DRK Kaffee mit Kuchen sowie Rostwurst mit Weck bereit. Für durstige Besucher gab es ganztägig Bier vom Faß.

Ab 14 Uhr hielten die Buben und Mädchen des Jugend-Rot-Kreuzes allerlei Überraschungen für die Jugend bereit. Im Unterrichtsraum wurden kostenlos Sehtest, Hörtest und Blutdruckmessungen angeboten. Darüber hinaus waren im Unterrichtsraum und in der Kantine des Vereins Bilderausstellungen über das DRK allgemein sowie über den Kampf gegen den Hunger in Afrika und den Blutspendedienst aufgebaut. Für 19 Uhr hatte der Ortsverein 92 Blutspender zur Ehrung eingeladen, und zwar: einen für 40maliges Blutspenden, 13 für 25mal, 18 für 15mal, 30 für zehnmal und 30 für sechsmal. Neben einer Ehrennadel mit Ehrenurkunde wurden an die Blutspender Ehrengeschenke überreicht.

Den Einrichtungen des DRK wurde großes Interesse entgegengebracht, insbesondere den Rettungseinrichtungen.

Das DRK-Haus an der Saarstraße, das in zweijähriger Bauzeit von den Helferinnen und Helfern des Vereins in vielen Helferstunden umgebaut und hervorragend ausgestattet worden ist, präsentierte sich in Prachtform. Neben der Rettungswache im Erdgeschoß des dreistöckigen Gebäudes verfügt das DRK über einen großen Unterrichtsraum, Kochküche und Kleiderkammer für den Sozialdienst sowie über eine gemütlich eingerichtete Kantine für rund hundert Personen, in der die Versammlungen und Begegnungen der rund hundert ak-

tiven Helferinnen und Helfer sowie der zur Zeit 80 Jugendlichen des JRK stattfinden. Daneben verfügen die Jugendlichen über eigene Räume des JRK. Ein großes Sanitätsdepot rundet die bunte Palette der Einrichtungen ab.

Die DRK-Rettungswache selbst verfügt über eine große Garage mit automatisch öffnenden Toren, die sowohl von der Garage wie auch von der Einsatzzentrale aus bedient werden können. Besondere Hinweis- und Warnleuchten zeigen dem jeweiligen Fahrer wie auch den Verkehrsteilnehmern auf der Straße vor der Rettungswache an, daß ein- bzw. ausgefahren wird.

Die DRK-Rettungswache verfügt über einen Rettungswagen VW LT 31, der mit den modernsten Gerätschaften und Medikamenten zur Lebensrettung am Unfallort ausgestattet ist; über zwei Krankenwagen 300 D mit modernen Ausrüstungen, einen Krankenwagen mit zwei Tragen und einen Personenwagen.

Sämtliche Fahrzeuge sind mit Funkgeräten ausgestattet und stehen mit der Einsatzzentrale in ständiger Verbindung. Für jedes Rettungsfahrzeug sind in der Garage Anschlüsse für eine ständige Aufladung der Autobatterien und Hilfsbatterien für die Einrichtungen der Fahrzeuge. In der Garage sind noch die Wasch- und Desinfektionsanlage sowie eine Notstromanlage für alle Räume der Rettungswache untergebracht.

Neben der Garage befindet sich die Einsatzzentrale, von der aus durch ein großes Glasfenster der gesamte Garagenraum überblickt werden kann.

Unmittelbar neben der Leitstelle als Einsatzzentrale befindet sich ein großer Aufenthaltsraum mit Teeküche für die Einsatzkräfte. Für die ehrenamtlichen Helfer, die bei der Rettungswache eingesetzt sind, ist ein eigener Schlafraum mit vier Betten vorhanden. Daneben befindet sich ein Materialraum mit Medikamentendepot der Rettungswache.

Im Anschlußgebäude sind sechs Zivildienstleistende untergebracht mit Teeküche, Aufenthaltsraum und Schlafraum. Entsprechende Wasch-, Dusch- und Toilettenräume sind vorhanden.

Hinter der Rettungswache schließt sich ein Material- und Werkstattraum und Reifenlager (Winterreifen) an. Die neue Garage des Ortsvereins ist mit einem großen Durchgang von der Rettungswache aus zu erreichen. Hier sind die Einsatzfahrzeuge des Ortsvereins untergebracht, und zwar: zwei Großraumkranwagen mit je vier Tragen, zwei Mannschaftsgerätewagen, ein Gerätewagen (Notbeleuchtung), ein Allrad-Kommandowagen mit Seilwinde und ein Anhänger.

Diese Fahrzeuge sind ebenfalls mit Funkgeräten ausgestattet, die ständig mit der Leitstelle in Verbindung treten können. Für alle Fahrzeuge steht eine große Waschhalle mit Reinigungs- und Desinfektionsgeräten zur Verfügung.

Die DRK-Einheiten der Stadt Dillingen/Saar, und zwar die Ortsvereine Dillingen und Diefflen, stellen den 1. Sanitätszug des Landkreises Saarlouis für den Katastrophenfall.

Der Ortsverein Dillingen/Saar hat hundert aktive Mitglieder, und zwar 60 männliche und 40 weibliche, die entsprechend ausgebildet sind. Daneben steht eine Sozialdienstgruppe zur Verfügung. Der Ortsverein Dillingen/Saar verfügt für den Katastrophenfall auch über drei große Zelteinheiten, um momentan Obdachlose vorübergehend unterzubringen bzw. zu beköstigen.

Der Ortsverein Dillingen/Saar des DRK ist sich seiner Aufgabe, Rettungseinheit in einer Industriestadt zu sein, vollends bewußt und hat deshalb in den vergangenen Jahren auf das Ziel einer modern eingerichteten und jederzeit einsatzbereiten Rettungseinheit hingearbeitet. Dieses Ziel ist dank des persönlichen Einsatzes eines jeden aktiven Mitglieds nun erreicht.



Großübung des ASB-Ortsverbandes Segeberg

Führen-Funken-Fahren

Exakte Führungsarbeit unter Beweis gestellt

Der ASB-Ortsverband Kreis Segeberg führte eine Großübung durch, obwohl das Ausbildungssoll der aktiven Katastrophenschutz Helfer für 1984 schon vorzeitig erfüllt worden war. 66 Helfer mit 23 Katastrophenschutz-Fahrzeugen des Ortsverbandes meldeten sich bei Übungsbeginn einsatzbereit.

Bei den fast achtwöchigen Übungsvorbereitungen hatte die Kartenarbeit eine dominierende Rolle gespielt. So wurden vor dem Einspielen der eigentlichen Übungslage Teileinheiten (mindestens zwei Fahrzeuge mit zugehöriger Besatzung) innerhalb des Kreisgebietes zu Orten dirigiert, die mindestens zweimal namensgleich im Kreisgebiet vorhanden sind. Während die Teileinheiten jeweils ihre mit Koordinaten bekanntgegebenen Standorte einnahmen, wurde im „Segeberger Forst“ eine weitere Helfergruppe aktiv, die ein Großzelt (10 x 8 Meter) aufbaute und dieses für die Arbeit des

Führungsstabes einschließlich Funkzentrale ausstattete. Es war an alles gedacht: Notstromversorgung, Hochantenne, Mobiliar, Telefonanlage, Innenbeleuchtung – auch die Kaffeemaschine war nicht vergessen worden.

Kurz nach 8.00 Uhr konnten die Zugführer mit ihren Stellvertretern die Arbeit aufnehmen. Bis dahin war ihnen verborgen geblieben, daß ihre Einheiten sich bereits im mobilen Einsatz an entfernten Stellen des Kreisgebietes befanden.

Über die ebenfalls mobil eingerichtete Funkzentrale liefen bald die ersten Standortmeldungen der insgesamt 15 Teileinheiten auf, die an den jeweils zuständigen Zugführer weitergeleitet wurden und von diesem kartenmäßig zu erfassen und auszuwerten waren. Aus bis dahin währender Unkenntnis und Ungeißtheit ergab sich bald ein klares Bild taktischer Vorgaben für die Führung.

Die verschiedenen Teileinheiten eines Zuges mußten nun nach Erfüllung mehrerer Erkundungsaufgaben an einem zentralen Punkt zusammengeführt werden, von wo aus dann sämtliche Fahrzeuge eines Zuges in geschlossener Formation zum Versammlungsraum beordert wurden. Erschwert wurde dieser vormittägliche Übungsteil immer wieder durch neue Aufgabenstellungen sowohl taktischer Art an die Zugführer wie auch an die draußen eingesetzten Gruppenführer und Fahrer, was nur durch äußerst intensiven Funkverkehr bewältigt werden konnte.

Im Versammlungsraum angekommen, versorgte der befreundete ASB-Ortsverband Neumünster die Übungsteilnehmer mit einer Erbsensuppe, während Vertreter des Kreises Segeberg als Untere Katastrophenschutzbehörde sich als überraschende Besucher über den Inhalt und Verlauf der Übung informieren ließen. Sämtliche Zugführer konnten eine exakte Führungsarbeit unter Beweis stellen, was auch mit anerkenntlichen Worten von den Fachleuten festgehalten wurde. Die positive Arbeit des Ortsverbandes wurde anerkannt.

Obwohl die bis dahin stark geforderten Fahrer – bisher waren ca. 150 Kilometer pro Fahrzeug absolviert worden – jetzt das Übungsende vermuteten, beherrschte die Auswertung neuer Funkbefehle bald das weitere Bild. Herstellen neuer Einsatzbereitschaft, Kartenarbeit und viele Dinge mehr führten zu einem emsigen Treiben auf dem Übungsplatz. Erneut wurden zugweise Marschbefehle per Funk erteilt, Koordinaten gehört, eingelesen, berichtet, innerhalb des Zu-



Für die Arbeit des Führungsstabes wurde ein Großzelt aufgebaut.



Ein Zug abmarschbereit zu einem neuen Einsatz.



Eine umfangreiche Kolonnenfahrt mit vielen Einzelaufgaben stand den Zügen bevor.



Bei den immer wieder neuen Übungseinlagen bewährten sich die Helfer.

ges weitergegeben. Ein Zug nach dem anderen meldete sich bald von dem vorgegebenen Ablaufpunkt einsatzbereit. Noch schnell eine Überprüfung der Kolonnenkennzeichnung, da noch das Nachfüllen von Kraftstoff aus einem der Reservekanister, hier eine notwendige Überprüfung des Funkgerätes und der Austausch von Lagermeldungen und Informationen. Doch von zwei routinierten Helfern in der Funkzentrale, an die 15 Teilnehmer angeschlossen waren, wurden alle Aufgaben bewältigt.

Den Katastrophenschutz-Zügen stand jetzt – zum Teil neun Fahrzeuge pro Zug – eine umfangreiche Kolonnenfahrt mit vielen Einzelaufgaben bevor. Während die Fahrt aufgenommen wurde, überraschte ein plötzlicher Befehl der Übungsleitung die Helfer des Einsatzstabes und der Funkzentrale, daß der gesamte Führungsstab aus einsatztaktischen Gründen ohne Unterbrechung seiner Arbeit zu verlegen sei in die ASB-Unterkunft nach Trappenkamp.

Erneut herrscht reger Betrieb, zumal es zwischenzeitlich stark regnete und das bis dahin schützende Zelt abgebrochen werden mußte. Die Funkzentrale bediente sich eines bereitstehenden Fukows. Gerät und Mobiliar wurden schnellstens in einen beordneten GKRKW verladen. Nach ca. 15 Minuten wurde Abmarschbereitschaft gemeldet, ohne daß die Führung oder die Funkleitstelle ihre Arbeit bis dahin unterbrochen hätten. Nach Erreichen der ASB-Unterkunft konnten die Tätigkeiten in gewohnter Form abgewickelt werden. Die Dämmerung war schon eingebrochen, was die Kolonnenfahrt der einzelnen Züge noch mehr erschwerte. Mit zunehmender Zeit erreichte jetzt ein Zug nach dem anderen das vorgegebene Ziel Trappenkamp und gab seine Abschlußmeldung ab.

Nachdem die betankten Fahrzeuge dann wieder einsatzbereit in den Hallen untergestellt waren, wurde im Anschluß mit den noch frischen Eindrücken von dieser Übung die Abschlußbesprechung mit Manöverkritik angesetzt. Nicht aus Gründen der Motivierung, sondern als Tatsache feststellend, konnte die Übungsleitung darlegen, daß alle Übungsziele ohne Ausnahme dank der intensiven und umsichtigen Mitarbeit aller Übungsteilnehmer voll erfüllt waren. Auch wenn den Helfern die geleistete Arbeit noch in den Gesichtern stand, so war bei allen das übereinstimmende Ergebnis: „Das war eine eindeutig gelungene Übung.“ Mit einem Dank für die Teilnahme und für den erbrachten Beweis der Leistungskraft der Katastrophenschutz-Helfer des Ortsverbandes schloß der Ortsverbandvorsitzende am Abend die Übung und entließ die Helfer ins wohlverdiente Wochenende.

Übung in Dortmund

Eine angenommene Explosion mit anschließender radioaktiver Verseuchung war Grundlage einer Katastrophenschutz-Übung in Dortmund.

Eingesetzt wurden der ABC-Zug und ein Sanitätszug Transport (SZF). Ort der umfangreichen Übung war eine stillgelegte Walzstraße der Hoesch AG.

Im Vordergrund stand die Prüfung der Einsatzbereitschaft und des guten Zusammenwirkens aller örtlichen Kräfte. Hier bestätigte sich die Wichtigkeit solcher Übungen auch für die Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz der JUH.

Mit Sachkenntnis und Umsicht, aber auch mit dem notwendigen Elan, bewältigten die eingesetzten Johanniter diese Aufgabe. Jeder an seinem Platz trug zum Gelingen der Übung bei, deren „Manöverkritik“ den Verantwortlichen wesentliche Aufschlüsse über die zu verbessernden Maßnahmen gab.



Der Zugführer bei der TEL.



Vortasten am Unfallort mit Geigerzähler.



Vorbereitung zur Aufstellung des Dekontamination-Zeltes.



Erschöpfte Gesichter nach dem Einsatz.

(Fotos: Wassmuth)

Not in Afrika – und was die JUH unternimmt

Gerhard Heils, 30 Jahre alt, Krankenpfleger von Beruf und Hobby-Journalist, hat sich erneut für einen Auslandseinsatz gemeldet. Der Münchner, seit zweieinhalb Jahren aktives Mitglied der JUH, hat schon erlebnisreiche Auslandserfahrung. Der jetzige Einsatz führt ihn über den Sudan nach Eritrea.

Die Johanniter-Unfall-Hilfe steht dort im Einsatz zur Durchführung einer humanitären Hilfeleistung für das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands.

Die unsagbare Not der dortigen Menschen veranlaßt seit längerer Zeit welt-

weite Hilfsmaßnahmen, hauptsächlich der Kirchen. Auch der Einsatz der JUH befaßt sich mit der gezielten Verteilung von Hilfsgütern an Krankenhäuser und abseits gelegene kleine Dörfer.

Der Krieg hat in diesem Land furchtbare Folgen. Neben den durch Dürre und Hungersnot verursachten Krankheiten gilt es immer wieder, den Verletzten und Verwundeten Hilfe zu gewähren.

Gerhard Heils widmet sich vordringlich dem Versand, der im Hafen von Port Sudan angelieferten Container mit Medikamenten, Decken, Betten und Nahrungsmitteln. Die Zusammenarbeit mit den schon am Ort anwesenden Vertretern anderer Hilfsgemeinschaften ist nicht unkompliziert. Auch die einheimische Bürokratie gilt es zu überwinden. Hier bewähren sich Heils arabische Sprachkenntnisse und seine Erfahrung aus früheren Einsätzen im Umgang mit Afrikanern.

Neben dem Beschaffen von Fahrzeugen zum Transport der Container über Hunderte von Kilometern ist das Problem Treibstoff und gesicherte Zwischenstationen zu lösen. Dies alles unter Zeitdruck, denn die beste Hilfe ist immer noch schnelle Hilfe. Alles klappt – tagelange Fahrten durch Wüste und Steppe, über unsichtbare Grenzen, durch trockene Flußbetten bis ins Gebirge. Überall bedarf es der Hilfe, überall ist Not.

Aber überall ist auch Dank zu verspüren, nicht nur für die Decken und Betten für das kleine Hospital, für das Milchpulver und die Medikamente in einem Dorf, sondern für die persönliche Bereitschaft zur Hilfe, für das Vermitteln des Erlebnisses, daß die Menschen dort nicht allein und vergessen sind; auch daß überall in der Welt ihre Not bekannt ist und sich viele mit dieser Lebensangst, mit dieser Überlebensangst der Menschen identifizieren und das Mögliche tun zu helfen.

Gerhard Heils, einer von vielen Helfern in den Regionen Afrikas, in denen nur die weltweiten Hilfsaktionen ein Überleben ermöglichen, war über vier Wochen im Einsatz. Er hat wieder die Schönheit der Natur dieses Kontinentes erlebt, er hat wieder Hunger und Angst bei Menschen erlebt, er hat wieder erkannt, daß er sich für das Richtige entschieden hat, zu helfen, den Menschen, die in Not und Gefahr sind. Er hat als „Johanniter“ mit den Mitteln der heutigen Zeit die Aufgabe des vor fast tausend Jahren in Jerusalem gegründeten Johanniterordens übernommen.

Er hat die Verantwortung gegenüber den Hilfsbedürftigen erkannt und sich zu eigen gemacht.

(G. Reinhold)



Das achtspeitzige Johanniterkreuz als Symbol der Hilfe der JUH für Menschen in Not.



Kurze „Erfrischungspause“ auf dem langen Weg.



Gerhard Heils und einer seiner ärztlichen Helfer.

Novellierung des Zivilschutzgesetzes:

Das Fundament ist brüchig

Neuer Referentenentwurf im November vorgelegt –
Den Zivilschutz transparenter machen

Wer sich heute mit Zivilschutz befaßt, sieht sich zwei Gesetzen – dem Zivilschutzgesetz und dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes – sowie einer Fülle von Verwaltungsvorschriften, Erlassen, Rundverfügungen und Verwaltungsnormen gegenüber. Eine fast unüberschaubare Vielzahl, die dazu führt, die Auseinandersetzung mit diesem voluminösen Gebiet anderen, nämlich den Experten, zu überlassen.

Zivilschutz – was ist das?

Diese Wahrnehmungssperre ist verständlich und fast zwangsläufig. Sie verbaut den Zugang zur politischen, ökonomischen und sozialen Problematik des Zivil- und Katastrophenschutzes überhaupt. In seinem Beitrag: „Soziologische Katastrophenforschung im Aufriß“ (Zivilschutz-Forschung Band 14 / Einführung in die Soziologie der Katastrophen) begründet dies Wolf R. Dombrowsky wie folgt: „Die frühere Mentalität preußischer oder bayerischer Beamter, die obrigkeitlich fixierten Gehorsam gegenüber ihren Anordnungen verlangen konnten, ohne mit Fragen nach dem Sinn rechnen zu müssen, scheint auch heute noch vorzuherrschen. Statt der aufklärenden Einbeziehung der Bevölkerung in die Bedrohungspotentiale ihrer Welt und in die vorhandenen Schutzvorkehrungen bevorzugen auch heute noch die meisten Gemeinden Anweisungen und Vorschriften, auf die die Bürger ‚einfach‘ reagieren sollen. Die Behörde warnt, und der Bürger deutet die Signale richtig, wenn er sich unverzüglich und auf den vorgeschriebenen Bahnen in Ruhe und Diszipliniertheit dorthin bewegt, wo ihn die professionellen Katastrophenbearbeiter haben wollen.“

Dies mag polemisch überspitzt sein, doch trifft es den Kern aller vorliegenden Katastrophenschutzplanungen. Genaueres Hinsehen offenbart die Probleme: Nur ein geringer Prozentsatz der

Bevölkerung kennt zum Beispiel die Sirensignale. Die wenigsten kümmern sich um die Bedrohungspotentiale und Schutzvorkehrungen ihrer Nachbarschaft; die meisten sind so intensiv mit dem Hier und Jetzt beschäftigt, daß sie Katastrophen verdrängen; die Mehrzahl der potentiell Betroffenen ist unfähig, Gefahrengroße, -verlauf, -wirkung einzuschätzen; Überschätzungen „durch egozentrische Bewertungen“ sind die Regel; Betroffene reagieren auf Gefahren zumeist erst, wenn sie sinnlich davon berührt werden, so daß kaum eine Chance besteht, den Sinn eines Warnsystems oder geeignete Vorsorgemaßnahmen klarzumachen.

Bedrohungen werden verdrängt

Aus dieser Negativliste, so führt Dombrowsky (a.a.O. Seite 36) weiter aus, sollte jedoch nicht gefolgert werden, daß es allein an der Bevölkerung liege, wenn kein effektiverer Zivil- und Katastrophenschutz stattfinden kann. „Vielmehr sollte bewußt werden, daß dieser Ist-Zustand auf einer geschichtlich begründeten Verdrängung von Krieg und Zivilschutz beruht, die Katastrophe von jeher mit Zusammenbruch und Untergang gleichsetzte oder aber als Synonym für mißliebige politische und wirtschaftliche Entwicklungen mißbrauchte“ (vgl. Carell, P.: „Der tabuisierte Ernstfall Krieg“ in: Der Ernstfall, Schriften der Karl-Friedrich von Siemens-Stiftung, 2. Auflage 1979, S. 74–97 [76]; Schuhmacher, J.: Die Angst vor dem Chaos. Über die falsche Apokalypse des Bürgertums. Frankfurt/Main, 1978).

Die Bevölkerung, die im Zuge dieser entlastenden Verdrängung Bedrohungen nicht wahrnehmen möchte und so nicht nur die Gefahr des Krieges, sondern auch von Katastrophen, Unfällen und selbst noch von Tod und Krankheit verdrängt, ist froh, wenn sich für jedes Risiko spezialisierte Experten bereiterklä-

ren, Vorsorge, Schutz und Hilfe zu übernehmen. „Zwar führt eine solche radikalisierte Arbeitsteilung zwangsläufig zu einem Experten-Laien-Syndrom, wobei sich die Experten leicht dem Verständnis und vor allem der Kontrolle der Bevölkerung entziehen vermögen; doch denkt niemand darüber nach, solange die Beiträge zum arbeitsteiligen Gesamtvollzug effektiv funktionieren. Erst in Momenten ihres Ausfalls wird schmerzlich bewußt, auf welch tönernen Füßen die eingehandelten Annehmlichkeiten stehen, und um wieviel größer der eigene Schaden wird, wenn die Fähigkeiten zur Schadensbewältigung, die eingelebte Katastrophenkultur, an Spezialisten verloren-ging (Dombrowsky, S. 18). Eine Situation, die fast alltäglich im kleinen wieder-gefunden werden kann: Die beschriebene zunehmende Arbeitsteilung, z. B. im Bereich sozialer Dienste und des Katastrophenschutzes entheben die Mehrzahl von Bürgern von eigener Vorsorgeanstrengung, so daß einerseits reale Unfähigkeit, andererseits aber auch Desinteresse am Nächsten entsteht; und schließlich führt die zunehmende Ausgrenzung und Tabuierung von Tod und Krankheit zur Fremdheit vor diesen unausweichlichen Ereignissen, bis einschließlich Ekel, Grauen und Abscheu vor Verletzten und Toten dahinführend, daß niemand mehr helfen kann und will.“

Neues Verhältnis zur Sicherheitsplanung

Zwei Entwicklungsstränge sind nunmehr zu verfolgen: Zum einen stellen die neuartigen Risiken des ABC- und Umweltbereichs jede hochindustrialisierte Gesellschaft vor Probleme, die eine Neubestimmung ihres Zivil- und Katastrophenschutzes ebenso erforderlich machen wie ein neues Verhältnis zwischen Bevölkerung, Politik und Sicherheitsplanung. Zum anderen führen die innere Dynamik und die Wechselwirkungen des von Dombrowsky beschriebenen „Experten-Laien-Syndroms“ bereits aus sich heraus, auch ohne die Auswirkungen neuartiger Risiken, zu bestandsbedrohenden Folgekatastrophen nach den uns heute geläufigen, konventionellen Katastrophenereignissen: So zeigten z. B. die Schneekatastrophen von 1978/79 in Norddeutschland, daß ein großflächiger Ausfall zivilisatorischer Basis- und Infrastruktureinrichtungen (Elektrizität, Verkehr, Brennstoff- und Nahrungsversorgung) auch den Katastrophenschutz ausfallen lassen oder zumindest einschränken kann. Die betroffene Bevöl-

Daten zum Zivilschutz 1983/84

Anzahl aller Helfer der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)	rd. 20 000 Helfer
Deutsches Rotes Kreuz (DRK)	rd. 380 000 Helfer
Johanner-Unfall-Hilfe (JUH)	rd. 16 000 Helfer
Malteser-Hilfsdienst (MHD)	rd. 29 000 Helfer
Freiwillige und Berufsfeuerwehren	rd. 890 000 Helfer
Technisches Hilfswerk (THW)	rd. 55 000 Helfer
Insgesamt	rd. 1 390 000 Helfer

Hilfskrankenhäuser (Stand 31. Dezember 1983)

	Anzahl	Bettenplätze
Fertiggestellt	209	ca. 81 000
im Bau	13	ca. 5 500
Insgesamt	222	86 500

Einheiten und Helfer in den Fachdiensten des Erweiterten Katastrophenschutzes (vom Bund finanziert Anteil) Stand: November 1983

	Einheiten und Einrichtungen	Helfer
Brandschutzdienst	1 037	25 925
Bergungsdienst	880	34 520
Instandsetzungsdienst	257	8 995
Sanitätsdienst	699	28 482
ABC-Dienst	244	10 248
Betreuungsdienst	206	6 004
Veterinärdienst	76	1 216
Fernmeldedienst	555	9 194
Versorgungsdienst	777	3 318
Führung	538	10 972
Insgesamt	7 269	142 874

Katastrophenschule des Bundes (KSB) — Lehrgänge 1983 —

	Lehrgänge	Teilnehmer
KSB Ahrweiler	76	1 734
Stabsarbeit u. a.	43	860
Führungskräfte	36	812
Fachdienste	14	397
Sonderlehrgänge	8	160
THW	32	685
Sprenglehrgänge	209	4 648
Zivilschutz	117	2 221
Lehrgänge	326	6 869
KSB Ahrweiler insgesamt		
KSB Außenstelle		
Mörs u. a. für THW		
KSB insgesamt		

Katastrophenschulen der Länder (KSL) — Lehrgänge 1983 —

	Lehrgänge	Teilnehmer
Schleswig-Holstein	86	1 310
Hamburg	27	403
Niedersachsen u. Bremen	118	2 037
Nordrhein-Westfalen	167	2 827
Hessen	66	967
Rheinland-Pfalz und Saarland	65	953
Baden-Württemberg	101	1 541
Bayern	99	1 770
KSL insgesamt	729	11 808

Der Warndienst in Zahlen

Warnämter	10
Leitwarteinheiten	40
Sirenen insgesamt	67 537
Elektrosirenen	67 024
Hochleistungs-sirenen	460
Elektronische Sirenen	53
Warnstellen in Behörden und Betrieben	11 901

Quelle: Bundesamt für Zivilschutz · Deutscherherrenstraße 93 · 5300 Bonn 2

kerung, die dadurch unmittelbarer Hilfe beraubt ist, ist selbst hilflos; die eigene Unfähigkeit, einfachste Dinge selbst in die Hand zu nehmen (Phantasielosigkeit) sowie fehlende Kenntnisse einfacher Selbsthilfe führen dazu, daß in einem solchen Fall auch mit vielfältigen Folgeschäden und -katastrophen gerechnet werden muß.

Diese „Katastrophenbewältigung“ ist aber das Fundament, auf dem der Bund „seinen“ Zivilschutz aufbauen will und muß. Ist bereits dieser Unterbau brüchig, weil er mangels zu Ende gedachter Organisation und Planung auf der einen Seite und fehlender Ausbildung und Phantasie der Betroffenen auf der anderen Seite in seiner Funktionsfähigkeit eingeschränkt ist, und weil er von der Bevölkerung nicht als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zur Katastrophenbewältigung angesehen, sondern vielmehr verdrängt wird, hat es der Bund bei der Novellierung der Zivilschutz-Gesetzgebung nicht leicht.

Was plant die Bundesregierung?

Trotzdem oder gerade deshalb will die Bundesregierung den Zivilschutz aus der Tabuzone herausholen. Erste heftige Reaktionen in den Medien, aber auch aus dem Bundestag bestätigen die Vermutung des Innenministers, „auch in dieser Sache muß man sich auf dem Marsch zu neuen Ufern warm anziehen“. Dabei hatten 1980 CDU/CSU, SPD und FDP, mithin der gesamte Deutsche Bundestag, einstimmig eine Entschließung verabschiedet, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, u. a.

- die Zivilschutzgesetzgebung zu vereinfachen und zu verbessern, indem in einem Zivilschutzgesetz schon bestehende Organisationen und Strukturen, Vorschriften und Einrichtungen zusammengeführt werden sollten, um mehr Effizienz zu erreichen,

- die Zuordnung trägerschaftlicher Aufgaben u. a. an die privaten Hilfsorganisationen vorzunehmen,

- das Recht der freiwilligen Helfer im Einsatzfall verbindlich zu regeln.

Darüber hinaus soll für Neubauten die Schutzraumpflicht Gesetz werden, und es soll der bestehende Referentenentwurf in ein Gesundheitssicherstellungsgesetz eingearbeitet und vorgelegt werden, durch das für den Verteidigungsfall die Rechtsgrundlage zur Deckung des personellen Bedarfs im öffentlichen und privaten Gesundheitswesen geschaffen werden soll. Im Grunde verfolgt man in Bonn nur konsequent die Pläne der früheren Regierung, die seit der Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD im Jahre 1966 allesamt mehr an opportunistischen Erwägungen als am Geld gescheitert sind (natürlich hat es auch immer am Geld gefehlt; nur daran hat sich bis heute nichts geändert).

Doch wie brisant das Thema Zivilschutz wirklich ist, zeigt die Reaktion auf die Vorlage des ersten vorläufigen Referentenentwurfes eines neuen Zivilschutzgesetzes vom 27. Juli 1982: Massivste Proteste aus allen Richtungen, namentlich von allen im Zivilschutz mitwirkenden Organisationen, führten zur Vorlage eines völlig neuen Referentenentwurfes im November diesen Jahres. Damit ist der Streit zwar nicht beseitigt, aber immerhin diskutiert man — unter Fachleuten — sachlich. Bestehende Fragen wurden näher an die Praxis und damit an die Vorstellungen der betroffenen Verbände herangebracht; Fragen der Finanzierung und des Völkerrechts (Reizwort: Zivilschutz-Dienstpflicht) sind bisher offen gelassen und geblieben. Beseelt von dem Gedanken, den Entwurf noch in dieser Legislaturperiode Gesetz werden zu lassen (es handelt sich um ein zustimmungsbedürftiges Gesetz), bleibt dem Bundesminister des Innern nichts anderes übrig, als den Gesetzentwurf spätestens zur Halbzeit ins Kabinett einzubringen und so auf die parlamentarische Reise zu schicken. Die Vorlage im

Kabinett ist deshalb auch im Dezember diesen Jahres vorgesehen. Damit wird die Diskussion aber erst recht in Gang gesetzt.

Stellungnahme des MHD

Begrüßenswert ist die Initiative der Bundesregierung, den Zivilschutz zu vereinfachen und effizienter zu gestalten. Soweit es um die Auseinandersetzung mit den Leuten geht, die Zivilschutz für Kriegstreiberei halten, hat der MHD eine klare Position, die er in seiner Bremer Erklärung aus dem Jahre 1982 zum Ausdruck gebracht hat, die uneingeschränkt gilt und — wenn nötig — auch nach außen hin deutlich vertreten wird und werden soll (siehe MHD-Mitteilung 1/2/82, S. 7).

In der Sache selbst ist eines vorwegzunehmen und klarzustellen: Wegen der obengenannten Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Bevölkerung, Politikern und Katastrophenschützern, zwischen Bürgerinitiativen, Umweltschutz- und Friedensgruppen spielen im Zivilschutz eher langfristige und strukturelle Prozesse eine Rolle denn kurzfristige und weitgehend unverbundene Einzelphänomene: Platitüden, Patentrezepte, Ad-hoc-Lösungen helfen nicht weiter, sondern erschweren nur und sollten auch nicht erwartet werden.

Es geht nicht um mehr Geld

Vor diesem Hintergrund ist es ein wesentlicher Schritt nach vorne, daß sich Nichtfachleute, also auch der Politiker, mit dem Zivilschutz befassen und ihn transparenter gestalten wollen. Damit wird ein Prozeß eingeleitet, der aus unserer Sicht nur Unterstützung finden kann, weil es dadurch leichter wird, den Dienst unserer Helferschaft vor Ort und die Vorstellungen unserer Organisation im Zivil- und Katastrophenschutz auch auf politischer Ebene stärker als bisher verständlich und damit durchsetzbarer zu machen.

Die Stellungnahme im einzelnen:

1. Der Gesetzentwurf läßt eine umfassende trägerschaftliche Zuweisung der Aufgaben an die privaten Hilfsorganisationen vermissen, die sich auf das gesamte Leistungsvermögen der Trägerorganisation bezieht und von diesen wachsende Zivilschutzaufgaben in einem einheitlichen rechtlichen und organisatorischen Rahmen stellt.

Der Entwurf sieht vor, daß sich die Gemeinden bei Erfüllung verschiedener Aufgaben (z. B. § 8 Selbstschutz, § 14 Schutzraumdienst, § 26 Gesundheitliche Maßnahmen) der im Zivilschutz mitwirkenden Organisationen „bedienen können“.

Unberücksichtigt bleibt die Tatsache, daß die privaten und öffentlichen Trägerorganisationen über ein Helferpotential verfügen, das weit über die festgesetzten Sollstärken des erweiterten Katastrophenschutzes hinausgeht und in überwiegendem Maße weder rechtlich noch tatsächlich in die Aufgabenerfüllung einbezogen ist. Ziel eines Zivilschutzgesetzes muß es sein, das gesamte Hilfeleistungspotential (personell und materiell) für die besondere Situation eines Verteidigungsfalles nutzbar und verfügbar zu machen.

Hierzu ist die Aufnahme von Bestimmungen zu fordern, in denen

- a) eine umfassende trägerschaftliche Zuweisung,
- b) die Rechtsstellung der Organisationen sowie
- c) eine lückenlose Finanzierung der übertragenen Aufgaben aufzunehmen wären.

Die Vorschriften der §§ 1, 2, 19 und 20 des Referentenentwurfs lassen eine begriffliche und inhaltliche Einengung des Zivilschutzes befürchten. Nach diesen Vorschriften sollen die Maßnahmen des Bundes auf den Auf- und Ausbau der fachdienstlich gegliederten Einheiten und Einrichtungen des bisherigen „Verstärkungsteils“ (ca. 143000 Helferinnen und Helfer) beschränkt bleiben. Die planvolle Einbindung von Helferinnen und Helfern, die sich auf ein Vielfaches des Verstärkungsteils erstreckt, wird nicht ermöglicht, obwohl auch diese sich zur Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz verpflichtet haben. Mit deren Einbindung könnten entscheidende Verbesserungen für ein dezentrales bürgernahes und effektives Zivilschutzsystem auf der örtlichen Ebene erreicht werden.

Private Trägerorganisationen sind benachteiligt

2. Hand in Hand mit der Forderung nach

Einbeziehung des gesamten Hilfeleistungspotentials ist eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erforderlich. Hierzu wären strukturelle Änderungen des gesamten Finanzierungssystems des Zivil- und Katastrophenschutzes notwendig, wobei eine nüchterne Kosten-Nutzen-Relation zur bisherigen Finanzausstattung angestrebt werden müßte. Die bestehende sowie die nach dem Entwurf vorgesehene gesetzliche Finanzierungsstruktur benachteiligt eindeutig die privaten Trägerorganisationen gegenüber den öffentlichen Organisationen. So finanziert der Bund zu 100% den persönlichen und sächlichen Verwaltungsaufwand des THW und übernimmt die Gesamtkosten der Ausstattung und Ausbildung sowie der Unterbringung der Einheiten. Demgegenüber tragen die privaten Hilfsorganisationen z. B. für den Bereich der Ergänzung – abgesehen von einem kleinen Teil, den der Bund zur Zeit lediglich für die besondere Ausbildung zur Verfügung stellt – die weiteren Gesamtkosten, einschließlich der persönlichen Ausstattung der Helfer sowie weitere Kosten der Ausbildung, der Ausstattung und Unterbringung; sie tragen darüber hinaus die Gesamtaufwendung des persönlichen und sächlichen Verwaltungsaufwandes. Eine unmittelbare Dotation der privaten Hilfsorganisationen durch den Bund würde auch nach Auffassung des MHD den Zivil- und Katastrophenschutz vor Ort effizienter und schlagkräftiger machen. Dies ist im übrigen keine neue Forderung der Hilfsorganisationen, die seit längerem angestrebte Vereinfachung der Finanzierung ist bisher am Einspruch des Bundesfinanzministers gescheitert, der sich auf den bestehenden § 14 KatSG berufen hat, wonach die Länder und Gemeinden als unmittelbare Zuwendungsempfänger der Bundesmittel vorgesehen sind.

Reservebildung ist vorrangig

3. In Anbetracht der anstehenden geburtschwachen Jahrgänge müssen Maßnahmen zur Sicherung des Personalbedarfs des Zivil- und Katastrophenschutzes getroffen werden.

Es ist insofern verständlich, daß zur Aufrechterhaltung des Zivilschutzes der Gesetzentwurf eine Zivilschutzdienstpflicht enthält, mit der Begründung, daß viele der im friedensmäßigen Katastrophenschutz mitwirkenden Helfer im Verteidigungsfalle nicht mehr zur Verfügung stünden und zur Stützung des Hilfeleistungssystems aus diesem Grunde Helfer heranzuziehen seien. Die Einführung einer solchen Zivilschutzdienstpflicht im Spannungs- und Verteidigungsfalle stellt insofern kein grundsätzliches Problem

dar, weil die Notwendigkeit einzusehen ist, für außergewöhnliche Zeiten außergewöhnliche Regelungen zu treffen. Soweit es allerdings um die Heranziehung von Reservisten geht, ist zu fordern, daß die Organisationen zunächst ihre „eigenen Reservisten“, die zehn Jahre im Katastrophenschutz mitgewirkt haben, behalten dürfen. Vordringlich ist deshalb die Einführung einer Reservebildung für Helfer, die im Rahmen einer Freistellung vom Wehrdienst ihre mindestens zehnjährige Dienstzeit im Katastrophenschutz abgeleistet haben. Nur durch eine Reservebildung ist die Einsatzfähigkeit des Katastrophenschutzes bei längerfristigen Einsätzen zu gewährleisten. Eine Mehrfachbesetzung (zwei- bis dreifach) würde zugleich zu einer besseren und wirtschaftlicheren Ausnutzung der Geräte- und Fahrzeugausstattung der Einheiten führen.

Partnerschaft gefordert

4. Allgemein ist zu sagen, daß das bisherige System u. a. daran krankt, daß man von einer Partnerschaft zwischen Staat und privaten Hilfsorganisationen redet, in Wirklichkeit aber immer wieder die Hauptverwaltungsbeamten sich der aufgestellten Einheiten bei den privaten Organisationen nach freiem Ermessen „bedienen“ und diese soweit als eben möglich verwalten möchten. Hier treten Bürokratie und Idealismus einander gegenüber und die Chance, die in der Mitwirkung freiwilliger Hilfsorganisationen liegt, wird durch die Ausschaltung der den Verbänden eigenen unbürokratischen Motivationsmöglichkeiten zunichte gemacht. Die unzureichende und häufig sinnlose, weil nicht bedarfsorientierte zentrale Ausrüstung der Einheiten in der Verstärkung ist Folge dieser Fehlentwicklung. Um zu einer echten Partnerschaft zwischen Staat und den Hilfsorganisationen zu kommen, ist es u. a. erforderlich, im Gesetz die vom Staat den privaten Organisationen übertragenen Aufgaben festzuschreiben und die zur Durchführung dieser Aufgaben erforderlichen Bundesmittel den Organisationen bzw. den Einheiten- und Einrichtungen mit der Maßgabe zur Verfügung zu stellen, eigenes, d. h. friedensmäßig vorgehaltenes Hilfeleistungspotential (personell und materiell), zur Komplettierung der vom Bund festgelegten StAN mit einbringen und finanzieren zu können.

Dabei geht es nicht, so wünschenswert dies wäre, um eine Erhöhung der derzeitigen Zuwendungsquoten, sondern schlicht um eine möglichst effektive Verwendung der zur Verfügung stehenden Gelder im Zivilschutz.

Johannes Praß

Seit 1976 im Landkreis Traunstein:

Kontaktgruppe für Körperbehinderte

Durch Austausch und Kontakte sollen Behinderte aus der Isolierung herausgeholt werden

Im Landkreis Traunstein besteht seit 1976 die „Kontaktgruppe für Körperbehinderte und ihre Freunde“, die von der Caritas Traunstein ins Leben gerufen wurde. Ziel der Gruppe ist es, Behinderte aus ihrer Isolierung zu holen, gemeinsame Unternehmungen durchzuführen und zu gestalten, gegenseitige Hilfe bei verschiedensten Problemen zu geben, durch unser Auftreten und Wirken in der Öffentlichkeit Vorurteile abzubauen zu helfen, um so die gesellschaftliche Integration zu erleichtern.

Volles Programm

Anfangs standen hauptsächlich die monatlichen Treffen und einige Halbtages- oder Tagesausflüge, bei denen der MHD mit seinen Fahrzeugen den Fahrdienst übernahm, auf dem Programm. Seit der Einführung des MHD-Fahrdienstes für Schwerbehinderte (1981) wurde möglich, das Programm erheblich vielseitiger zu gestalten, so daß regelmäßig mehrmals im Monat neben den gewohnten und beliebten Treffen bei Kaffee und Kuchen viele andere Veranstaltungen angeboten werden können. Bei den jeden letzten Samstag im Monat stattfindenden Treffen (meist im Pfarrsaal von Traunwalchen) werden neben dem vom Frauenbund Traunwalchen gestifteten „Kaffeeeklatsch“ z. B. Diavorträge, Filme, gemeinsames Singen u. v. m. angeboten.

Außerdem werden geplante Unternehmungen angekündigt und Einzelheiten dazu abgeklärt. In der Vorweihnachtszeit wird dann bei verschiedenen „Bastler-Treffen“ sowie von Behinderten und Maltesern in Heimarbeit für den Traunsteiner Christkindlmarkt gebastelt. Die Produkte, die oft von großem Fleiß zeugen, werden dann auf einem von der Stadt Traunstein zur Verfügung gestellten Stand verkauft.

Während des Jahres laden die verschiedenen Frauengemeinschaften die Gruppe immer wieder zu lustigen Zusammenkünften, Faschingsfeiern oder Adventsfeiern ein. Beliebt sind auch Fahrten zu Eisdielen oder Gaststätten, wo dann bei riesigen Eisportionen rasch sehr gute Stimmung aufkommt.

Selbstverständlich werden auch Ausflüge in die nähere oder weitere Umgebung gemacht. 1983 wurden z. B. die Internationale Gartenausstellung in München, das Deutsche Museum, das Herbstfest in Rosenheim und der Moorlehrpfad in Rottau besucht.

Sodann locken Inszenierungen von Operetten in München und Salzburg oder von Bauerntheatern sowie Konzerte und Vorträge verschiedenster Art. Unter Leitung einer geschulten Krankengymnastin veranstaltet die Gruppe Gymnastikabende für Behinderte.

Zahlreich beteiligt ist die Gruppe an der alljährlich stattfindenden Behindertenwallfahrt nach Maria Eck, der Malteserwallfahrt nach Altötting sowie den vom MHD veranstalteten Jugendgottesdiensten, den Krankengottesdiensten der Kolpingfamilie Traunstein und anderen Gottesdiensten. Außerhalb der offiziellen Veranstaltungen, zu denen Behinderte aus dem ganzen Landkreis kommen bzw. vom MHD geholt werden, finden viele spontane Begegnungen untereinander statt.

Selbst größere Reisen wurden schon veranstaltet. So wurden die Katholikentage in Berlin und Düsseldorf besucht und eine Fahrt zu einem Behindertenseminar nach Berlin unternommen. 1983 erlebten elf Behinderte und sieben Helfer/innen einen 14tägigen Urlaub in Südtirol, wo in Pflersch ein behindertengerechtes Quartier gefunden und viele Ausflüge innerhalb Südtirols durchgeführt wurden. Beförderung, Betreuung und Organisation bewerkstelligte der MHD Traunstein

Mit anderen Behinderten, wie dem Österreichischen Zivilinvalidenverband, den Behinderten aus Rosenheim und Bad Reichenhall besteht ein guter Kontakt und es finden häufig Begegnungen statt.

Informiert werden die Gruppenmitglieder bei den Treffen und durch einen monatlichen Rundbrief, der zur Zeit an rund hundert Personen vom MHD Traunstein verschickt wird.

Für jeden offen

Die Organisation der Gruppe wurde 1982 von der Caritas an den MHD Traunstein übergeben, so daß der MHD nun für die Planung der Veranstaltungen mit zuständig ist. Die Planung aller Belange der Kontaktgruppe wird durch ein gewähltes Organisationsteam wahrgenommen, das aus fünf Behinderten und drei Maltesern besteht.

Die Gruppe erfreut sich zunehmender Beliebtheit, so kommen zu den Treffen jeweils zwischen 40 und 50 Behinderte und zwischen fünf und 20 Malteser. In der Gruppe sind alle Altersschichten vertreten, auch die Behinderungsarten sind verschieden: Sie reichen von Blindheit über Kinderlähmung, Multiple Sklerose, sonstige Lähmungen bis zur leichten geistigen Behinderung.

Die Gruppe steht für alle Interessenten, ob nicht behindert oder behindert, offen und bietet die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme zwischen Nichtbehinderten und Behinderten. Da die Gruppe kein eingetragener Verein ist, besteht auch keine formelle Mitgliedschaft.

In dem Bemühen um eine aufklärende Öffentlichkeitsarbeit wurden bereits ein Informationsprospekt erstellt und ein Behindertenführer für den Landkreis Traunstein ist geplant.

Die Gruppenmitglieder versuchen, immer mehr Selbsthilfe zu betreiben. Deshalb wurde u. a. ein Besuchsdienst für erkrankte Mitglieder eingerichtet.

Austausch und Kontakte

Zu den vom Organisationsteam geplanten Veranstaltungen werden auch Behinderte geholt, die keine Fahrdienstberechtigung haben. Manche Behinderte sind erst durch die Kontaktgruppe aus ihrer jahrelangen Isolierung heraus gekommen und nehmen nun wieder begeistert an Ausflügen und anderen Veranstaltungen teil.

Das wichtigste Ziel der Gruppe ist, daß Behinderte im Kontakt mit anderen Behinderten und Nichtbehinderten wieder mehr Selbstvertrauen gewinnen und sich unbefangen in die Öffentlichkeit wagen.

Max Rauecker

Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker:

Die Jugendfeuerwehr ist ein Beispiel für andere

20jähriges Bestehen der Deutschen Jugendfeuerwehr wurde in Berlin gefeiert

Im Rahmen des „11. Deutschen Jugendfeuerwehrtages“ fand auch eine Festveranstaltung zum 20jährigen Bestehen der Deutschen Jugendfeuerwehr im Deutschen Feuerwehrverband in Berlin statt, wo vor 20 Jahren (am 31.10.1964) durch Beschluß der Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes die Deutsche Jugendfeuerwehr als Verbandsgliederung offiziell gegründet wurde. Mit diesem Festakt waren im Zeitraum vom 1. bis 4. November 1984 auch zahlreiche andere Veranstaltungen verbunden wie u. a. die Tagung des Präsidiums des Deutschen Feuerwehrverbandes, die Tagung des Deutschen Jugendfeuerwehrausschusses und die internationale Tagung der CTIF-Jugendleiterkommission.

Verbunden mit der Veranstaltung „20 Jahre Deutsche Jugendfeuerwehr“ war auch ein Rückblick auf das zehnjäh-

rige Bestehen der „CTIF-Jugendleiterkommission“, dem Zusammenschluß der Vertreter der Jugendfeuerwehren aus den Mitgliedsstaaten dieser internationalen Feuerwehrorganisation. Eine besondere Anerkennung erhielt die Jugendarbeit im Deutschen Feuerwehrverband durch die Anwesenheit des Bundespräsidenten beim Festakt. Präsident Hinrich Struve sagte hierzu: „Eine besondere Freude ist es für uns, daß Sie, Herr Bundespräsident, uns die Ehre Ihrer Anwesenheit geben. Dadurch wird nach außen hin deutlich, welchen Wert die Organisation der Deutschen Jugendfeuerwehr mit ihren 100000 Mitgliedern für unseren Staat hat.“

„Starke Gemeinschaft muß oberstes Ziel bleiben“

Weiter erklärte Präsident Hinrich Struve: „Wenn man in die Entstehungsge-

schichte der Deutschen Jugendfeuerwehr hineinschaut, ziehen sich wie ein roter Faden von Anfang an vier Namen am Leser vorbei. Es sind dies die Namen Albert Bürger, Jonny Matthiesen, Paul Augustin und Benno Ladwig. Ein Willkommen gilt den Mitgliedern der Internationalen Jugendleiterkommissionen, mit Vertretern aus Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden; an ihrer Spitze der Vizepräsident im CTIF, Herr Präsident Henri Funck aus Luxemburg. Ganz besonders grüße ich Euch, meine lieben jungen Kameraden und Kameradinnen der Jugendfeuerwehren, die Ihr stellvertretend für Eure Kameraden zu Hause an diesem Euren Festtag teilnehmen dürft.

Auf dem ersten Deutschen Feuerwehrtag nach dem Kriege im Jahre 1953 in Ulm wurde von dem damaligen Geschäftsführer des Landesfeuerwehrver-

Groß war die Zahl der Ehrengäste, die neben den rd. 500 Vertretern der Jugendfeuerwehren aus der ganzen Bundesrepublik am Festakt in Berlin teilnahmen. Unser Foto zeigt in der 1. Reihe v.l.n.r.: Vizepräsident des CTIF Funck (Luxemburg); Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes der Freiwilligen Feuerwehren Berlins, Reinecke; Bundesjugendleiter Binai; Präsident des Abgeordnetenhauses Berlin, Rebsch; Bundespräsident von Weizsäcker; Präsident Struve; Landesbranddirektor Seidel (Berlin) sowie die beiden Ehrenmitglieder des DFV, Ladwig und Augustin.





Präsident Hinrich Struve bezeichnete in seinem Grußwort die Anwesenheit des Bundespräsidenten als eine Ehre und Anerkennung für die Jugendarbeit des Verbandes.

bandes Niedersachsens, Brandmeister Benno Ladwig, im Rahmen der Festveranstaltung ein Referat über die ‚Nachwuchsförderung in den Freiwilligen Feuerwehren‘ gehalten. Trotz danach einsetzenden intensiven Werbens auf allen Ebenen durch Präsident Bürger (DFV) und Landesbrandmeister Matthiesen (Schleswig-Holstein) konnten die Gremien des Deutschen Feuerwehrverbandes nicht überzeugt werden, so daß 1957 der Versuch zur Gründung der Deutschen Jugendfeuerwehr fehlgeschlug. In den darauffolgenden Jahren wurde speziell im Land Niedersachsen unter dem Vorsitzenden Hellmers und dem Kameraden Ladwig und in Schleswig-Holstein unter dem Landesbrandmeister Matthiesen und dem Kameraden Augustin die Zeit genutzt. 1962 fand in Niedersachsen und 1963 in Schleswig-Holstein ein Jugendfeuerwehrlager statt, an welchem nun auch schon aus den anderen Ländern Jugendfeuerwehrgruppen teilnahmen.

Zum 1. 10. 1964 konnte festgestellt werden, daß inzwischen, dank der Bemühungen der dafür Zuständigen, im Deutschen Feuerwehrverband in acht Bundesländern 574 Jugendfeuerwehren mit 9500 Mitgliedern bestanden. Sicherlich mit unter diesem Eindruck stehend, beschloß die Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes am 31. 10. 1964 in Berlin die Gründung der Deutschen Jugendfeuerwehr im Deutschen Feuerwehrverband.

Mir bleibt, die herzlichen Glückwünsche allen Kameraden und Kameradinnen in der Deutschen Jugendfeuerwehr auszusprechen. Dank zu sagen für die kameradschaftliche Zusammenarbeit bei auch oftmals unterschiedlicher Auffassung.

Der Deutsche Feuerwehrverband und ich als sein Präsident erwarten, daß auch in der Zukunft die starke Gemein-

schaft im Deutschen Feuerwehrverband oberstes Ziel aller Bestrebungen sein muß. Gerade auf der oberen Führungsebene in den Jugendfeuerwehren müssen realisierbare Ziele vorgegeben werden, die letztendlich von den Zwölf- bis Siebzehnjährigen in der Jugendfeuerwehr auch verwirklicht werden können. Dazu muß man sich allerdings einer Sprache bedienen, die von diesen Jugendlichen auch verstanden wird. Auch sollte, wie bisher, die feuerwehrtechnische Ausbildung Vorrang haben, wobei die Erziehung der Jugend zur staatsbürgerlichen Mitverantwortung ebensowenig zu kurz kommen braucht wie Spiel, Sport und Lebensfreude.

Ihr, meine Kameradinnen und Kameraden, als Mitglieder in der Jugendfeuerwehr, habt mit Eurem Eintritt in die große Organisation der Feuerwehr diejenigen Lügen gestraft, die ausgehend von einer winzigen Minderheit pauschal die heutige Jugend verurteilen. Durch Euren Eintritt zeigt Ihr, und das erwarten wir auch von Euch, daß Ihr nach Übertritt in die Einsatzabteilungen bereit seid, Euch für den Mitmenschen einzusetzen. Ihr lernt in der Jugendfeuerwehr, daß man, um eine Aufgabe lösen zu können, neben der Ausbildung und dem Wissen die Gemeinschaft pflegen muß. Denn nirgendwo mehr als beim Einsatz der Feuerwehr ist einer auf den anderen angewiesen. Ihr müßt frühzeitig erkennen, daß man in einer Gemeinschaft nur dann auf Dauer leben kann, wenn man bereit ist, für diese Gemeinschaft seine Leistung zu erbringen. Durch diesen humanitären Dienst werdet Ihr Mitverantwortung für unser Staatswesen tragen. Für diese Aufgabe wünsche ich uns eine Zukunft in Frieden und Freiheit, damit wir gemeinsam unseren Auftrag getreu unserem Wahlspruch: ‚Gott zu Ehr‘ – dem Nächsten zu Wehr‘ erfüllen können.“

„Beispielhafte Rolle für andere“

Die Ansprache des Bundespräsidenten Dr. Richard von Weizsäcker lautete wie folgt: „Herr Präsident Struve, Herr Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Jungen und Mädchen der Jugendfeuerwehr. Herzlich möchte ich Ihnen dafür danken, daß Sie mich eingeladen haben, an Ihrer Feier aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der Deutschen Jugendfeuerwehren teilzunehmen. Ich gebe zu, daß mein Programm etwas eng ist, leider kann ich nicht die ganze Zeit an Ihrer Feier teilnehmen, aber wenn ich mich in meiner Zeitplanung beeilen muß, denke ich, bei Feuerwehrleuten am ehesten Verständnis zu finden, denn Ihr Tempo werde ich sowieso nie erreichen. Auf jeden Fall freue ich mich von Herzen, in einem Kreis junger Menschen zu sein, die in unserer Gesellschaft eine vorbildliche und beispielhafte Rolle für andere übernehmen, dies aber nicht tun, um mit erhobenem Zeigefinger auf andere hinzuweisen, sondern weil sie selbst in dem Einsatz, den sie leisten, Erfüllung suchen und finden.“

Wir führen heute ja mancherlei Diskussion darüber, wie junge Menschen sich in unserer Gesellschaft zurechtfinden. Wie jede Zeit ist auch die unsrige von mancherlei Ungewißheit und Sorge um die Zukunft geprägt. Daß junge Menschen, die ein langes Leben vor sich haben, an diese Zukunft besonders denken und kritische Fragen stellen, ist vollkommen natürlich und berechtigt. Auch ist natürlich wahr, daß nicht alles in unserem Staat und in unserer Gesellschaft immer schön ist.

Wenn wir, die Älteren, die Verantwortung tragen, uns kritischen Fragen stellen müssen, dann ist das ganz berechtigt, und wir sollten das Unsere dazu beitragen, um die Kritik auszuräumen oder um Mißstände, die es zweifellos gibt, abzustellen. Aber das wichtigste für junge Menschen ist ja nicht, von den Älteren Antworten auf Kritik zu bekommen, sondern selbst die Welt in die Hand zu nehmen, eigene Erfahrungen zu sammeln und sich aus dem, was man selbst erlebt, ein Bild darüber zu machen, wie man aus der Gegenwart gut in die Zukunft hineinwächst.

Nun gibt es, wie wir wissen, unter jungen Menschen manche, die man so mit einigen Fremdworten charakterisiert, ‚null Bock‘ ist ja noch ein deutscher Ausdruck, no future-generation nicht mehr ganz. Ich möchte keineswegs empfehlen, solche jungen Menschen in irgendeiner Weise unter Druck zu setzen. Wir haben, wir wollen keine Staatsjugend. Wir haben und wir wollen keinen Zwang in bezug auf die Beteiligung an Jugendverbänden. Das überlassen wir



Bundespräsident von Weizsäcker: „... Wer sich in einem Verband wie dem Ihren engagiert, der macht die Erfahrung, daß er anderen Menschen in Not helfen kann.“

anderen Gesellschaften, bei uns herrscht Freiheit. Aber ein Blick auf diese Freiheit und die Erfahrung mit dieser Freiheit lehren uns, daß sie kein kostenloses Geschenk ist, das Ihr jungen Menschen bei Eurer Geburt übergeben bekommt und von dem Ihr dann Euer ganzes Leben zehren könnt, so wie man Zinsen von einem Sparguthaben abhebt. Die Freiheit ist vielmehr ein lebendiges Gebilde, das in der Weise lebt und gesund bleibt, wie man etwas dafür tut. Freiheit bietet uns das Recht, selbst zu wählen, welchen Weg wir gehen wollen. Aber für diese Freiheit müssen wir auch etwas investieren, auch Pflichten übernehmen, anderen, dem Staat, der Gesellschaft im ganzen gegenüber, und dann stellt sich heraus, daß jeder, der bereit ist, für die Erhaltung dieser Freiheit Pflichten zu übernehmen, nicht nur seinen Mitmenschen, sondern vor allem sich selbst einen Dienst fürs ganze Leben erweist.

Meine Damen und Herren, liebe junge Freunde, wer sich in einem Verband wie dem Ihren engagiert, der macht die Erfahrung, daß er anderen Menschen in Not helfen kann. Er erlebt die Freude, mit moderner Technik umgehen zu lernen, und schließlich erlebt er die Erfüllung in der Gemeinschaft mit anderen jungen Menschen. Wie Herr Präsident Struve gesagt hat, er erlebt, daß wir die Pflichten und Leistungen, die wir in unserer Freiheit zu erbringen haben, nicht allein, sondern am besten im Schluß mit anderen Gleichaltrigen erfüllen. Dieses Gefühl der Gemeinschaft, diese Verbindung mit modernen technischen Hilfsmitteln und die Gewißheit, anderen Menschen helfen zu können, die sich in Not befinden – und das ist bei Feuer immer der Fall –, dies alles zusammengenommen gibt dann für den jungen Menschen die Antwort auf die wichtigste Frage, die Antwort näm-

lich auf die Frage, ob man gebraucht und wo man gebraucht wird.

Es gibt manche Sorgen, es gibt Sorgen in bezug auf die Ausbildung, die Arbeitsplätze und anderes mehr. Aber, ich wiederhole: Alle jungen Menschen werden gebraucht. Jeder wird seinen Platz finden. Und die eigene innere Gewißheit, daß er gebraucht wird und daß er seinen Platz finden kann, gerade sie ist es, die in der Deutschen Jugendfeuerwehr, wie ich meine, den Menschen am überzeugendsten übermittelt wird. Deswegen freue ich mich, daß Ihr Euch dort engagiert. Und freue ich mich, daß ich mit Euch jedenfalls einen Teil dieses Vormittages hier zusammensein kann.

Ich möchte auch meiner Freude und Dankbarkeit Ausdruck verleihen, daß hier Vertreter der Medien anwesend sind und Bilder von diesem Verband und von den Gesichtern der Menschen festhalten, die sich hier engagieren; denn

manchmal erleben wir es auch, daß eine zahlenmäßig nicht besonders große, dafür aber etwas lautstarke Minderheit von jungen Menschen, vermittelt durch bestimmte Medien, den Eindruck schaffen, als gäbe es überhaupt nur noch Zweifel, Kritik und eine vollkommen verrammelte Zukunft. Nein, diejenigen Menschen, die selbst bereit sind, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen, die die Stellen aufspüren, wo sie gebraucht werden in unserer Gesellschaft und in unserer Welt, sie sind in Wirklichkeit die, die das Beispiel geben und sie sind in Wirklichkeit die, an denen wir unser Bild von der jungen Generation in unserem Lande formen sollten.

Daß ich mich an Ihrer Feier beteiligen und mich davon vergewissern kann, darüber freue ich mich und ich werde die Eindrücke, die ich hier empfangen, mit mir nehmen und an anderer Stelle wiedergeben, wo sie besonders gebraucht werden.

Herzlichen Dank und alles Gute.“

„Unsere Gesellschaft braucht die ehrenamtliche Mitarbeit“

Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Rebsch, sagte in seinem Grußwort u. a.: „Ich freue mich, daß die Bedeutung dieser Veranstaltung heute durch die Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten hervorgehoben wird. Dies betrachte ich als eine verdiente Auszeichnung für alle Mitglieder der Deutschen Jugendfeuerwehr. Gerade in der heutigen Zeit, in der viele Mitbürger nur Anspruchsdenken zeigen und sich an materiellen Werten orientieren, verdienen junge Leute, die ihre Bereitschaft zum Dienst an der Allgemeinheit so frühzeitig beweisen, ausdrücklich öffentliche Anerkennung. Diese Festveranstal-



Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Rebsch: „... In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß Jugendfeuerwehren ja nicht nur eine Quelle sind, aus der die Feuerwehr ihren Nachwuchs bezieht, sondern daß Sie neben Ausbildung und Einsatzbereitschaft auch nicht zuletzt das Gemeinschaftsleben pflegen.“

tung hier erinnert an den 31. Oktober 1964, den Tag, an dem hier in Berlin auf Beschluß einer Delegiertenversammlung die Deutsche Jugendfeuerwehr im Deutschen Feuerwehrband offiziell gegründet wurde. Von diesem Datum erhielt die Jugendfeuerwehr in unserem Lande ihre eigentlichen Impulse. Seither hat sich die Zahl verzehnfacht, nach der Statistik von 1982 hatten rund 4500 Jugendfeuerwehren in der Bundesrepublik nicht weniger als 99900 Mitglieder, und ich bin sicher, daß es heute weit über 100000 sind. Ich meine, dies ist eine Zahl, auf die wir alle stolz sein können, 100000 junge Leute haben freiwillig und ohne Entgelt Verpflichtung innerhalb unserer Gesellschaft übernommen; eine Haltung, die Verantwortungsbewußtsein beweist und jetzt mit Optimismus erfüllen kann.

Hier in Berlin wurden Jugendgruppen – die es im Feuerwehrbereich selbstverständlich schon gab, beispielsweise in meinem Heimatbezirk in Spandau im Ortsteil Starke – im Jahre 1978 durch einen Erlaß des Innensensors offiziell zugelassen. Heute gehören in Berlin immerhin etwa 100 Jugendliche zu fünf Jugendfeuerwehren innerhalb der Freiwilligen Feuerwehren.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß Jugendfeuerwehren ja nicht nur eine Quelle sind, aus der die Feuerwehr ihren Nachwuchs bezieht, sondern daß sie neben Ausbildung und Einsatzdienst auch und nicht zuletzt das Gemeinschaftsleben pflegen. Dies ist übrigens auch im Erlaß des Innensensors ausdrücklich hervorgehoben. Somit sind Jugendfeuerwehren letztlich auch ein attraktives Angebot an unsere Jugendlichen zu sinnvoller Freizeitgestaltung. Es wäre wünschenswert, wenn noch mehr junge Leute davon Gebrauch machen würden, denn ganz sicher, und ich bitte dies nicht falsch zu verstehen, ist diese Art der Freizeitgestaltung anspruchsvoller, vielseitiger und auf Dauer auch befriedigender, so meine ich, als beispielsweise stundenlanges Betrachten von Videofilmen oder ständige Beschäftigung mit Computerspielen. Um, ich betone es nochmals, nicht mißverstanden zu werden, ich habe nichts gegen die zuletzt genannten Freizeitbeschäftigungen, die, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, das eine oder andere Mal ganz amusant und unterhaltsam sein können, doch sie müssen auf ein vernünftiges Maß beschränkt bleiben.

Ich nehme deshalb diese Festveranstaltung zum Anlaß, allen Mitgliedern der Jugendfeuerwehren meine Anerkennung auszusprechen und sie zu ermuntern, weiterhin so engagiert dort tätig zu sein. Unsere Gesellschaft braucht die ehrenamtliche Mitarbeit möglichst vieler ein-



Bundesjugendleiter Binai: „... Ein weiteres, großes Anliegen ist uns die Förderung und auch die finanzielle Förderung, insbesondere seitens der politischen Ebene.“

zelter. Sie braucht das Engagement jener, die nicht sogleich nach Bezahlung fragen, wenn etwas getan werden muß, sondern bereit sind, freiwillige Leistung zu erbringen und persönliche Verantwortung bereits in jungen Jahren zu übernehmen. Ich bin sicher, daß das Beispiel der Angehörigen der Deutschen Jugendfeuerwehr auf die Dauer so wirksam sein wird, daß die Mitgliederzahl weiter wächst.“

„Jugendarbeit in wechselseitiger Beziehung“

Bundesjugendleiter Karl Binai sagte in seinem Grußwort u. a.: „Mit Ihrer freundlichen Erlaubnis möchte ich die Frage stellen, wo die Jugendfeuerwehr und damit wohl sicherlich die Jugend heute steht und wo sie morgen sein wird oder sein könnte. In den letzten Jahren haben sich meist aus aktuellen Anlässen mancherlei Gruppen und Kommissionen mit der Situation junger Menschen befaßt. Alle haben sie eine Menge richtiger Dinge gesagt, aber an den Tatsachen geändert haben sie nichts oder nicht viel und dabei muß man sich vor Augen führen, daß meist nur etwas gesagt wurde, was eine Gruppe oder eine bestimmte Gruppe betrifft, die nicht die Mehrheit der Jugendlichen darstellte. Tatsache ist jedoch, und das möchte ich unter anderem auch für die 100000 Mitglieder unserer Jugendfeuerwehr sagen, daß das Zerrbild der jungen Generation in Deutschland, die Staat und Gesellschaft entfremdet sei, nicht der Richtigkeit entspricht. Unsere Jugend denkt und fühlt anders und steht keineswegs auf Kriegsfuß mit den bestehenden Verhältnissen, sondern sie sagt ja zur parlamentarischen Demokratie und fühlt sich in ihr auch heimisch.“

Wie könnte es auch anders sein, wenn diese 100000 junge Menschen allein bei der Deutschen Jugendfeuerwehr sich zu den Grundgedanken des Feuerwehrwesens zu dieser ältesten Bürgerinitiative freiwillig bekennen und freiwillig und mit Begeisterung diesem Gedanken dienen. Sie stellen heute die Jugend und morgen die mündigen Bürger unserer Gesellschaft dar.

Das vermeintliche Zerrbild ist doch wohl zu einem Großteil mit darin zu suchen, daß unsere Medien viel öfter und ausführlicher über negative Einzelercheinungen berichten, und ich darf das Gesagte aus meiner Sicht nochmals ganz ausdrücklich unterstreichen, als über den großen umfassenden Bereich der Jugendlichen, die in den verschiedensten Organisationen zu mündigen Staatsbürgern herangebildet werden, sich auch zu diesem zu bekennen und dafür tätig werden. Das Gute zeigen und darüber berichten und nicht das Negative verherrlichen ist eine der Forderungen, die wir an die breite Palette der verschiedenen Publikationen und Medienbereiche haben. Ich bin überzeugt davon, wenn wir zusammen helfen, und es klang heute schon mehrfach an, daß wir hier wenigstens einen kleinen Schritt weiterkommen können.

Ein weiteres, großes Anliegen ist uns die Förderung und auch die finanzielle Förderung, insbesondere seitens der politischen Ebene. Wenn es Einrichtungen und Organisationen gibt, die junge Menschen bei sich aufnehmen, als weiterer Bereich der Erziehungsausbildung dies auch praktizieren, so sollte man aber hier auch die finanziellen Möglichkeiten schaffen, auf dieser gegebenen Grundlage aufzubauen und auch weiter auszubauen. Es ist eine einfache Rechnung, was die Rehabilitation eines Jugendlichen kostet und wieviel Jugendar-

beit man mit dem gleichen finanziellen Aufwand betreiben könnte. Unsere Forderung wäre hier, und das lassen Sie mich so salopp sagen: ‚Vorbeugen ist besser als heilen.‘ Diese Bedingungen sollten aber nicht an den Ländergrenzen haltmachen, sondern über diese hinaus, die Jugend der Völker untereinander verbinden.

Das Internationale Jahr der Jugend, von den Vereinten Nationen für 1985 proklamiert, sollte nicht mit Jubelfeiern ohne erkennbare Wirkung begangen werden, die zwangsläufig schnell in Vergessenheit geraten, sondern sollte als Verpflichtung für jeden einzelnen gelten, die Jugend international zusammenzuführen und sie später völkerverbindend und friedensbekennd miteinander vereint zu sehen. Diese Forderung wollen wir insbesondere auch für unsere Jugend hüben und drüben aufstellen. Da wächst westlich und östlich der Elbe eine junge Generation heran, die jeweils anderes erfahren hat und nichts von einander weiß und sich nicht kennt. Es gilt, dieses Unverständnis abzubauen und sich in gegenseitigen Gesprächen näher kennenzulernen. Ich glaube, wenn sich diese Jugend im großen treffen könnte, würde sie merken, daß sie gar nicht so verschieden ist. Trotz einiger Unterschiede, würde man sich gut verstehen. Auch dies soll eine Aufgabe sein, eine Aufgabe nicht nur für das Jahr der Jugend. Wir, die Deutsche Jugendfeuerwehr, sind bereit, daran mitzuwirken, daß diese Wünsche und Vorstellungen Wirklichkeit werden können.

Das erklärte Ziel der Jugendfeuerwehrarbeit ist, neben der Ausbildung und der Feuerwehertechnik und damit verbundenen Hilfsbereitschaft in allen Notsituatio-



Im Rahmen eines kleinen Empfanges zu Ehren des Bundespräsidenten trug sich dieser in das „Goldene Buch“ des Deutschen Feuerwehrverbandes ein.

nen des Mitbürgers bereit zu sein, zu helfen. Auch die Erziehung zu demokratischem Bewußtsein, zu Gleichberechtigung, Mitverantwortung, zu solidarischem Eintreten und nicht zuletzt zur Friedensbereitschaft, darin verstehen wir unsere Jugendarbeit neben der Familie, der Schule und dem Beruf, als das vierte gleichberechtigte Erziehungsfeld. Diese Jugendarbeit muß in wechselseitiger Beziehung betrieben und alle anstehenden Probleme und Schwierigkeiten müssen gemeinsam einer Lösung zugeführt werden. Wir sind bereit dazu, auf diesen

Grundgedanken der Deutschen Jugendfeuerwehr aufzubauen.

Gegründet am 31. Oktober 1964 hier in Berlin, gewachsen und entwickelt bis heute zu 100000 Mitgliedern, fühlen wir uns dieser Gesellschaft, diesem Staate verpflichtet. Helfen Sie uns alle mit, meine Bemühungen, die Tätigkeitsbereiche mit diesen Grundgedanken auszuweiten und unsere Jugend zum demokratischen Bürger heranzuführen, denn die Jugend von heute ist nicht nur die Feuerwehr von morgen, sondern auch ein Teil dieses Staates von morgen.“

Einen bunten Querschnitt über die Arbeit der Jugendfeuerwehren vermittelte der Bunte Abend unter dem Motto „Deutsche Jugendfeuerwehr stellt sich vor“ mit Beiträgen von Jugendfeuerwehren aus allen Bundesländern.



Wo war Fernsehbericht des SFB?

Die Berliner Feuerwehr, vertreten durch Landesbranddirektor Seidel, richtete am Datum 12. November 1984 nachfolgendes Schreiben an den Leiter des SFB-Abendschau (Berlin) und übergab es gleichzeitig der Presse:

„Sehr geehrter Herr Dr. Ellinghaus!

Am Vormittag des 3. November 1984 fand im Prälaten Schöneberg eine Festveranstaltung im Beisein des Bundespräsidenten aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der Deutschen Jugendfeuerwehr im Deutschen Feuerwehrverband statt. An ihr nahmen etwa 400 Jugendliche aus den Ländern der Bundesrepublik Deutschland teil, stellvertretend für hunderttausend Jugendliche, die den Jugendfeuerwehren angehören. Berlin war als Veranstaltungsort gewählt worden, weil die Deutsche Jugendfeuerwehr vor 20 Jahren in unserer Stadt gegründet wurde.

Zu Beginn der Festveranstaltung war ein Kamerateam Ihrer Abendschau anwesend. Dies wurde sehr begrüßt. Die gemachten Aufnahmen sollen dann auch, wie wir aus Ihrem Hause erfahren haben, zu einem Beitrag für Ihre Abendschau am selben Tage zusammengestellt worden sein. Sehr betroffen war ich, als ich diesen Beitrag in Ihrer Sendung am Abend des 3. November 1984 nicht sehen konnte. Unsere Nachfrage nach dem Grund ergab, daß die beabsichtigte Sendung kurzfristig gestrichen worden sei, weil ein Bericht über den Anschlag auf Professor Dr. Martius hätte gesendet werden müssen.

Für Ihre Entscheidung, den Beitrag über den Festakt der Deutschen Jugendfeuerwehr zu streichen, habe ich kein Verständnis. Diese Auffassung wird von vielen Berliner und in Berlin zu Besuch gewesenen Feuerwehrmännern geteilt, weil wir meinen, daß eine so große Jugendorganisation eine Würdigung in der Öffentlichkeit verdient gehabt hätte, die sogar durch die Teilnahme des Bundespräsidenten anerkannt und geehrt worden ist. Das Unverständnis ist noch dadurch vergrößert worden, daß andere Beiträge am selben Abend diesen Stellenwert nicht hätten aufweisen können und streckenweise durch ihre Langatmigkeit den Eindruck einer Zeitüberbrückung hervorgerufen hätten.

Ich weiß, daß Zuschauer oder Leser nicht verlangen können, daß im Fern-

sehen oder in den Zeitungen bestimmte Dinge in einer bestimmten Weise gezeigt oder beschrieben werden. Ich meine aber, daß zur journalistischen Freiheit, wie zur Freiheit ganz allgemein, nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gehören. Und zur Berichtspflicht der Abendschau hätte es m. E. gehört, das Anliegen von hunderttausend Jugendlichen zu schildern. Sicher wäre das auch für die Ihre Sendung empfangenden Bewohner der DDR interessant gewesen. Es ist also indirekt bestätigt worden, was der Bundespräsident in seiner Rede während der Festveranstaltung sagte, „daß eine zahlenmäßig nicht besonders große, aber dafür etwas lautstarke Minderheit von jungen Menschen, vermittelt durch bestimmte Medien, den Eindruck schafft, als gäbe es überhaupt nur

noch Zweifel, Kritik und eine vollkommen verrammelte Zukunft“.

Ich bin aber auch deshalb betroffen, weil Sie die Berliner Feuerwehr durch die Herausnahme der Sendung abgewertet haben. Für sie war diese Veranstaltung ein herausragendes Ereignis, das sie als Institution im Verband von über einer Million Feuerwehrangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland gern gewürdigt gesehen hätte. Daß dadurch unsere in der Vergangenheit immer gezeigte Bereitschaft, schnell und möglichst problemlos für Sie interessierende Aufnahmen zur Verfügung zu stehen, nicht anerkannt worden ist, wird in unseren Reihen ebenfalls diskutiert.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Seidel“

Worte zum Jahreswechsel

„Ich wünsche allen eine besinnliche und fröhliche Weihnacht und danke den Kameraden und Kameradinnen in der Feuerwehr, ihren Angehörigen und all denen, die im vergangenen Jahr uns bei der Lösung unserer Aufgaben zur Seite standen. Zum bevorstehenden Jahreswechsel möchte ich noch einmal auf das Jahr 1984 zurückblicken.

Im Januar konnten wir die Feuerwehr-Skilanglaufmeisterschaften in Schonach durchführen. Über 1000 Feuerwehrmitglieder erlebten bei herrlichem Wetter die große Kameradschaft. Die vorzügliche Organisation ließ alles reibungslos ablaufen und zu einem Erlebnis werden.

Eine vorzügliche Organisation fanden wir auch in Holzminden vor. Hier führten wir im Juni die Bundesausscheidungswettkämpfe für die ‚Internationalen Feuerwehrwettkämpfe‘ durch. Drücken wir unseren zwölf Mannschaften, die im Juli 1985 in Vöcklabruck (Österreich) für die deutschen Feuerwehren antreten, die Daumen. Die Bundesausscheidungswettkämpfe und die zugleich stattfindende Delegiertenversammlung des DFV nahmen wir zum Anlaß für eine Sammelaktion. So wurde durch Verkauf von Losen für eine Tombola, durch Spenden und mit Sammelbüchsen ein Betrag von über 11000,- DM gesammelt und der ‚Aktion Sorgenkind‘ zur Verfügung gestellt.

In der Reihe der Veranstaltungen war sicherlich der 11. Deutsche Jugendfeuerwehrtag aus Anlaß des 20. Bestehens der Deutschen Jugendfeuerwehr im DFV der Höhepunkt. An dem Festakt, der in Berlin stattfand, wo vor 20 Jahren die Deutsche Jugendfeuerwehr gegründet wurde, nahmen Abordnungen der Jugendfeuerwehr und der Feuerwehr aus allen Bundesländern teil. Eine be-

sondere Würdigung fand dieses Ereignis durch die Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten von Weizsäcker. Der Berliner Senat und die Berliner Feuerwehr waren uns bei dieser Veranstaltung ein guter Gastgeber.

Aber 1984 brachte uns auch Probleme. In vielen Bereichen ist eine Veränderung von Gesetzen und Vorschriften in Vorbereitung. Um hier die berechtigten Interessen der Feuerwehren wahrnehmen zu können, waren viele Beratungen im Vorstand, Fachausschüssen und im Präsidium nötig.

Besondere Kritik, und das nicht nur seitens der Feuerwehren, hat der 2. Referentenentwurf zum Zivilschutzgesetz hervorgerufen. Da das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, läßt sich hier abschließend noch nichts sagen.

Viele Dinge konnten für uns zufriedenstellend gelöst werden, manche werden uns auch noch im kommenden Jahr beschäftigen. So hoffen wir, daß mit dem Beschluß der Innenministerkonferenz 1985 der Weg für den 2. Bauabschnitt des ‚Deutschen Feuerwehrmuseums‘ in Fulda geebnet wird.

Ich möchte allen, die mir mit Rat, aber auch mit praktischer Hilfe bei der Bewältigung meiner Aufgaben geholfen haben, herzlich danken. Nur dadurch war es möglich, die gestellten Aufgaben zu erfüllen. Allen befreundeten Verbänden und Institutionen, allen Damen und Herren in den Behörden und Verwaltungen, die mit uns zusammenarbeiten, besonders aber der großen Familie unserer Feuerwehren wünsche ich ein gesundes und erfolgreiches Jahr 1985.“

Hinrich Struve
Präsident des Deutschen
Feuerwehrverbandes

DLRG-Ehrenpräsident und FIS-Präsident Prof. Dr. J. N. Schmitz beigesetzt

Wir nehmen Abschied von einem Freund und einer großen Persönlichkeit der internationalen Wasserrettung

Viele DLRG-Repräsentanten geleiteten Jupp Schmitz auf seinem letzten Weg



Prof. Dr. J. N. Schmitz †

Plötzlich und für jedermann unerwartet war er am 18. September 1984 von uns gegangen. Prof. Dr. Josef N. Schmitz, Ehrenpräsident der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft und Präsident der Fédération Internationale de Sauvetage (FIS). So groß wie die Zahl derer, die Jupp Schmitz zu Lebzeiten als Freund, DLRG-Präsident oder Wissenschaftler schätzten und verehrten, so groß war die Zahl derer, die ihm auf seinem letzten Weg die Ehre erwiesen.

Unter ihnen war eine große Zahl von DLRG-Repräsentanten, die Abschiednahmen von einer großen Persönlichkeit im Bereich der weltweiten Wasserrettung und des Sports.

Der Beisetzung auf dem Friedhof in Saarbrücken-Scheidt war vorausgehend eine Trauerfeier in der katholischen Pfarrkirche Saarbrücken-Scheidt. In ihr wurden Leben und Wirken von Prof. Dr. J. N. Schmitz gewürdigt. Für die DLRG sprach Präsident Prof. Dr. S. John und für die FIS deren Generalsekretär und DLRG-Ehrenmitglied Klaus Bartnitzke.

Gedenkrede von DLRG-Präsident Prof. Dr. S. John

Hochverehrte Frau Schmitz, liebe Frau Schmitz,

liebe Familie Schmitz,

sehr geehrte Trauergäste,

mit tiefer Betroffenheit und tief erschüttert müssen wir Abschied nehmen von Prof. Dr. Josef Schmitz.

Fast ein Jahrzehnt hat Jupp Schmitz die Geschicke der größten Wasserrettungs-Gesellschaft der Welt geleitet und gelenkt. Mit großem Engagement bis zur selbstlosen Hingabe und unter Außerachtlassung seiner Gesundheit hat er der Sache der DLRG gedient.

Mit seinem bescheidenen, ausgeglichenen Wesen, aber bestimmenden Auftreten hat er der DLRG weit über die Grenzen unseres Vaterlandes zu Ansehen, Achtung und Ehre verholfen. Dr. Schmitz war immer gesprächsbereit und offen, wenn es um die Belange dieser, unserer Gesellschaft ging.

Jupp Schmitz hat es verstanden, von der Basis über die Landesverbände, den Präsidialrat und das Präsidium einen verbindenden Bogen zu spannen, der bei aller föderalistischer Infrastruktur diese Gesellschaft noch mehr zusammengeführt hat. Mit Augenmaß und reichem Fachwissen hat er in der Zeit seiner Präsidentschaft der DLRG zahlreiche neue Impulse gegeben.

Es ist sein uneingeschränktes Verdienst, die Einbindung humanitären Gedankengutes in den Sport. Jupp Schmitz, ein exzellenter Interpret dieses humanitären Gedankengutes, schreibt im DLRG-Buch, dessen Autor er mit seinem Freund K. Bartnitzke ist: „Humanität und Sport im Dienst am Mitmenschen“ – und lassen Sie mich zitieren, weil es besser nicht zum Ausdruck gebracht werden kann: „Humanität ist mehr als soziale Gesinnung und soziales Han-

deln. Sie beinhaltet jenen Geist und jenes Verhalten, durch welche die Menschen als Gattung in gegenseitiger Rücksichtnahme und mitmenschlicher Hilfe verbunden sind, die Schwachen gestützt und die Starken in die Pflicht der eigenen Beschränkung genommen werden. Ihr zentrales Prinzip liegt in der unveräußerlichen Würde eines jeden Menschen als Mitglied der menschlichen Gemeinschaft, gleich, welchen Standes, welcher Rasse, Religion oder politischen Denkweise. Humanität gebietet so die tätige Sorge um den Mitmenschen, die Hilfe bei seiner Selbstentfaltung und Lebensführung, den Schutz vor Gefahren an Leib und Leben und unter Umständen selbst die Entäußerung des eigenen Wollens, Wohlstandes und Wohlbefindens im Dienst am Nächsten.“

Sein Lebenslauf und nunmehr Lebenswerk ist beredetes Zeugnis dieser hohen ethischen Ansprüche und Ziele.

Nebenberufliches Engagement führte seinen Weg zur Jugend, zum Sport und zur Tätigkeit in der DLRG. Hier in der DLRG durchlief Dr. Schmitz gewissermaßen die klassische DLRG-Entwicklung. Mit seinem Eintritt 1948 in die DLRG erwarb er den Grundschein, dem über den Leistungsschein 1951 der Lehrschein mit der Lehrbefähigung folgte. Von 1960 bis 1968 stand er als Leiter der Ortsgruppe Dillingen/Saar vor, um schließlich 1968 das Amt des Landesverbandsleiters im LV Saar zu übernehmen. 1971 wurde Jupp Schmitz als Vizepräsident in das Präsidium der DLRG gewählt, um 1974 der Präsident der DLRG zu werden.

Träger aller Auszeichnungen, die die DLRG zu vergeben hat

Während dieser 36jährigen Tätigkeit für die DLRG wurden ihm alle Ehrungen, die unsere Gesellschaft zu vergeben hat, zuteil.

Der Tag seiner Amtsniederlegung und die Worte seiner Eröffnungsrede anlässlich der letzten DLRG-Bundestagung 1983 in Bonn sind mir noch gegenwärtig.

Lassen Sie mich einige Sätze aus dieser Rede mit seinen Worten zitieren, weil sie über Jahrzehnte Gültigkeit besitzen werden und richtungweisend für unsere zukünftige DLRG-Arbeit bleiben.

Er brachte zum Ausdruck, daß die Gründung, Entwicklung und die derzeitige Stellung der DLRG in Staat und Gesellschaft im Dreiklang von Tradition, Leistung und Fortschritt das Prädikat einer einmaligen historischen Tat beanspruchen. Und an anderer Stelle führte Dr. Schmitz aus: „Die DLRG ist ein nicht mehr wegzudenkender Faktor im humanitären und sportlichen Leben unserer Gesellschaft.“

Jupp Schmitz betrachtete sich auch nur als ein gegenwärtig existierendes Glied in der langen Kette von DLRG-Mitgliedern seit 1913.

Mit tiefer Anteilnahme des Auditoriums der DLRG-Bundestagung 1983 in Bonn würdigte Jupp Schmitz die Leistungen seiner Vorgänger vom ersten Präsidenten Dr. Hopf bis zu seinem Vorgänger Dr. Werner Petersen. Nun müssen wir Jupp Schmitz als dem zehnten Präsidenten der DLRG die letzte Ehre erweisen.

Für Jupp Schmitz gab es noch eine große Aufgabe, die er bis zuletzt mit Leidenschaft verfolgte. Aus seiner Sicht sollte es offensichtlich der Abschluß eines arbeitsreichen und erfüllten Lebens sein – die Fusion FIS, deren Vizepräsident er seit 1974 und deren Präsident er seit 1983 war, mit der WLS. Diese Bemühungen werden insbesondere durch sein Wirken in absehbarer Zeit von Erfolg gekrönt sein. Das Schicksal hat es anders gewollt – Jupp Schmitz kann diesen Erfolg nicht mehr erleben.

Es gereicht mir zur großen Ehre, daß ich Jupp Schmitz am Ende seiner so erfolgreichen Arbeit als nachfolgender Präsident der DLRG die Glückwünsche zur Ernennung zum Ehrenpräsidenten der DLRG aussprechen konnte.

Dr. Schmitz, Präsident der Fédération Internationale de Sauvetage und Ehrenpräsident der DLRG, weilt nicht mehr unter uns.

Das, wodurch alle Wesen verschieden sind, ist das Leben – das, worin alle gleich sind, ist der Tod. Dabei ist der Schmerz der große Lehrer des Menschen. Unter seinem Hauch entfalten sich die Seelen (Ludwig Börne 1786 bis 1837).

Dankbarkeit für die aufopferungsvolle Arbeit unseres Jupp Schmitz wollen wir



DLRG-Präsident Prof. Dr. S. John bei seiner Gedenkrede.



Ehrenmitglied Otto Zimmermann am Grab des Verstorbenen.



Ein Teil der Trauergemeinde.

im Gedächtnis behalten und in unseren Herzen weitertragen. Ihnen, liebe Frau Schmitz, und Ihren nächsten Angehörigen, den Kindern und Enkelkindern unseres verstorbenen Freundes und Ehrenpräsidenten, gilt unser aufrichtiges Mitgefühl und unser aller Beileid bei dem schweren Verlust, den Sie zu beklagen haben.

In dieser Stunde müssen wir Abschied nehmen von einem Großen dieser humanitären Gesellschaft. Dr. Schmitz hat sich um die DLRG verdient gemacht. In tiefer Ehrfurcht und mit gebotenen Respekt verneigen wir uns vor dem Menschen Josef Schmitz und geloben stetes Gedenken an seine große Leistung. Sie soll uns Vermächtnis sein.

Die DLRG 65 Jahre an der Donau aktiv

Feierstunde im Dollingersaal – Rettungsvorfürungen am Europakanal

Anlässlich des 65jährigen Jubiläums der DLRG-Wasserrettung führte der Ortsverband Regensburg stellvertretend für den Landesverband Bayern e.V. am 1. September im Dollingersaal der Stadt Regensburg eine Feierstunde durch. Im Auftrag des Schirmherrn dieser Jubiläumsveranstaltung, dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, überbrachte der Staatsminister der Justiz, August R. Lang, dessen Glückwünsche sowie seinen Dank mit Anerkennung an die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der DLRG. Ein besonderer Dank galt einem Mann der ersten Stunde: Otto Schleyer, der im Jahre 1919 in Straubing den ersten Ortsverband der DLRG an der Donau gründete.

Bereits 1921 war es ebenfalls Schleyer gewesen, der aus gegebenem Anlaß in Regensburg ebenfalls einen Ortsverband gegründet hatte. Unter hohem persönlichen Einsatz und beispielhafter Ausdauer, so der Justizminister, habe Schleyer die ersten DLRG-Einsatzgruppen an der Donau gegründet und ausgebaut.

Otto Schleyer, heute 86jährig, hat im Laufe seiner ehrenamtlichen Tätigkeit bei der DLRG-Wasserrettung mehr als 50 Menschen vor dem Ertrinkungstod gerettet. Für diesen beispiellosen Einsatz wurde Schleyer im Mai 1984 durch den Regierungspräsidenten der Oberpfalz, Dr. Erwin Simon, das Bundesver-

dienstkreuz am Band der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Besonders erfreut zeigte sich Minister Lang über die große Beteiligung von Jugendlichen an den Aufgaben der Wasserrettung. Er stellte fest: „Die bayerische Staatsregierung weiß um die Arbeit, welche die DLRG für den Staat und seine Bürger leistet. Die bayerische Staatsregierung wird es auch in Zukunft an Anerkennung, Dank und Unterstützung für diese Arbeit nicht fehlen lassen!“ Der Minister äußerte den Wunsch, daß die DLRG-Aktiven auch in Zukunft Wachsamkeit und viel Freude bei der Arbeit im Dienst am Nächsten walten lassen.

Bei der am Nachmittag am Europakanal durchgeführten Leistungsschau der DLRG wurde vor allem die schnelle Einsatzbereitschaft von Rettungsschwimmern und -tauchern mit technischem Gerät demonstriert, bei zwei simulierten Unfällen wurde auch der Einsatz von Rettungsschwimmern mit Rettungsgurt und Rettungsbrett sowie von Bootsführern dargestellt. Ludwig Geßner, Ortsverbandsvorsitzender und Vizepräsident des LV Bayern, kommentierte diese Vorführung fachkundig und wies besonders darauf hin, daß wirkungsvolle und schnelle Hilfe für am und im Wasser Verunglückte nur möglich sei, wenn eine ausführliche Meldung beim Notruf erfolgt.

Ehl

Rettungsvorfürungen: Taucher im Einsatz.



DLRG aktiver Partner bei Filmpromotion

Die schnellste „Nixe“ fliegt nach Florida

Ein Spaß sollte es werden, die „Splash-Nixiade '84“. Ein Spaß für Mädchen und Frauen im Alter von 16 bis 36 Jahren. Sie waren es nämlich, die von der DLRG, einer Filmgesellschaft und einem Kosmetikunternehmen zu einem lustigen Schwimmwettbewerb aufgerufen worden waren. Es galt, in möglichst kurzer Zeit eine Schwimmstrecke von 50 Metern zurückzulegen.



„Binarbeit“ ausgeschlossen. Man war ja schließlich „Nixe“.

Und da die schnellste „Nixe“ gesucht wurde, war klar, daß die Beine beim Schwimmen nicht zu Hilfe genommen werden durften.

Hintergrund dieser Veranstaltung war die Premiere der amerikanischen Filmkomödie „Splash – Jungfrau am Haken“. Der Film lief bundesweit am 21. September 1984 in nahezu 200 Kinos an. Im Rahmen zahlreicher Public-Relations-Maßnahmen für diesen Film fand auch die „Splash-Nixiade“ unter der Trägerschaft der DLRG statt.

Ausgetragen wurde die „Splash-Nixiade“ von den DLRG-Gliederungen in Grömitz, Hamburg, Hannover, Essen, Düsseldorf, Stuttgart, München und Berlin. Die jeweils schnellste „Nixe“ erhielt für ihren Sieg eine Strandtasche, gefüllt mit Sonnenkosmetik, ein Jahresabonnement für ihr Stammkino und eine Reise zum „Splash-Finale“ nach Hamburg.



Viele hundert Zuschauer – hier der Wettbewerb in Essen – verfolgten die lustigen Übungen.

Hier fand schließlich am 16. September die Endausscheidung statt. Die Siegerin Ute Krass aus Hamm in Westfalen – der Vater ist übrigens DLRG-Aktiver – gewann den Titel einer „Splash-Nixe“ sowie eine Reise nach Florida in den USA in die „Stadt der lebenden Meerjungfrauen – Weeki Wachee“.

Für die DLRG war die Beteiligung an dieser Aktion „eine runde Sache“. Das gesamte Werbematerial sowie alle Preise wurden von den beteiligten Un-

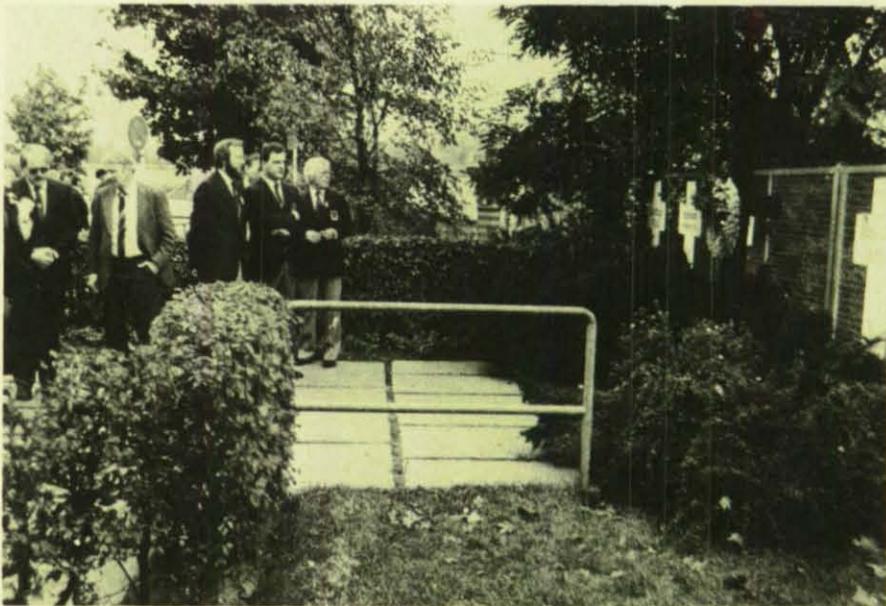
ternehmen gesponsort. Alle acht Gliederungen erhielten für ihre Mitwirkung eine Spende von je DM 1000,- und das Präsidium eine Kostenerstattung für den Versand der Werbematerialien sowie für eine Vorbereitungsveranstaltung mit allen teilnehmenden Gliederungen in Essen.

Und schließlich: In Millionenaufgaben berichteten überregionale Zeitungen über die einzelnen Veranstaltungen und brachten den Namen DLRG somit in aller Munde.

Präsidialrat tagte in Berlin – Umfangreiches Programm mit Reichstagsbesichtigung

Ein gemeinsames Vorgehen aller Landesverbände in der Mitwirkung im friedensmäßigen Katastrophenschutz der Länder und die Verabschiedung des Wirtschaftsplans 1985 sind die wichtigsten Ergebnisse der zweiten Sitzung des Präsidialrates in diesem Jahr, die vom 5. bis 7. Oktober in Berlin stattfand. Zu Beginn der Tagung würdigte der Präsident, Professor Dr. Siegfried John, das Wirken seines verstorbenen Vorgängers Professor Dr. Josef N. Schmitz und stellte dessen Verdienste um die DLRG und die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserrettung heraus.

Die Tagungsteilnehmer hatten ein umfangreiches Programm abzuwickeln. Eines der Hauptthemen beschäftigte sich mit der Mitwirkung der DLRG im Katastrophenschutz. Hier strebt die DLRG eine aktive Mitwirkung auf Bundesebene an.



Betroffenheit: Gedenkkreuze für auf der Flucht von Deutschland nach Deutschland ums Leben gekommene DDR-Bewohner.

Aufgrund der Betriebsprüfung 1983 durch das zuständige Finanzamt und durch ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen wurde erstmalig dem Präsidialrat ein Wirtschaftsplan 1985 vorgelegt, der in der Darstellung der Buchhaltungsneukonzeption entspricht.

Hierdurch wird eine bessere Übersicht gewährleistet und die Integration der Materialstelle, die durch die Betriebsprüfung ausdrücklich anerkannt wurde, deutlich sichtbar gemacht.

Gestützt auf einen Antrag des LV Württemberg, diskutierte der Präsidialrat das Thema Mitgliederzeitschrift. Der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des Präsidiums, Bernd Schäfer, erklärte, eine der wichtigsten Vorbedingungen für die seit der Bundestagung 1983 in Bonn bekannte Konzeption sei eine bessere wirtschaftliche Basis, das heißt, eine entsprechende Auflagensteigerung gegenüber dem jetzigen Verbandsorgan.

Das Präsidium, so Bernd Schäfer, sehe in dem Thema Mitgliederzeitschrift nach wie vor eine vordergründige Aufgabe. An verschiedenen Konzeptionen werde derzeit gearbeitet. Von „Alleingängen“ in Sachen Verbandszeitschrift durch einzelne Landesverbände sollte jedoch Abstand genommen werden.

Die besondere Lage des Tagungsortes Berlin als einer geteilten Stadt in einem geteilten Land bedeutete für die Tagungsteilnehmer einige einprägsame Erfahrungen am Rande des Präsidialrats. Auf Einladung der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, besichtigte der Präsidialrat das Reichstagsgebäude. In Vertretung von Annemarie Renger begrüßte der Leiter der Berliner Bundestagsverwaltung im Reichstagsgebäude, Dr. Hans-Jürgen Heß, die Tagungsteilnehmer. Anschlie-

Bend wurde ein Rundgang durch das Gebäude, das auf Beschluß des Bundestages wieder aufgebaut wurde und durch seine Existenz den Willen des deutschen Volkes zur Einheit symbolisiert, unternommen.

Der Präsidentsrat besichtigte außerdem auf Einladung des LV Berlin die Bundeslehr- und Forschungsstätte der DLRG. Der Senat von Berlin hatte die Tagungsteilnehmer außerdem zu einem Empfang geladen.

Uwe Kopacz

Bundeskanzler Helmut Kohl besucht die DLRG in Berlin

Natürlich kam der Bundeskanzler nicht nur wegen der DLRG nach Spandau. Aber da war er.

Und sprach mit unseren Kameradinnen und Kameraden, sozusagen von Rettungsschwimmer zu Rettungsschwimmer. Denn das ist er auch, unser Bundeskanzler.

Zugegeben, stolz waren wir schon. Der Bundeskanzler am Werbeposten der DLRG anlässlich der Eröffnung der U-Bahnlinie 7 von Berlin bis Rathaus Spandau. Ein Jahrhundertbauwerk und natürlich ein Riesenfest am 1. Oktober 1984.

Eigentlich sollte dem Kanzler, der eben mit dieser U-Bahn angereist war, etwas anderes gezeigt werden. Aber der Landesverbandspräsident Jochen Fröhner hat schon ganz andere Weichen gestellt. So fing der Rundgang eben bei uns an. Ein Sympathie-Button, eigens für diesen besonderen Anlaß kreiert, „Gute Fahrt Nachbarn“, wechselte in die Tasche des Bundeskanzlers. Na, wenn das nichts ist.

Übrigens, alle Buttons, die an diesem Tag unseren Mitbürgern angeboten wurden, gingen weg wie „warme Semmeln“. Der Werbeposten war ein Erfolg, über den man nicht nur in Spandau sprach.

D. Schulze

Landesverband Westfalen

Tunesische Rettungs- schwimmer in Damp 2000

Acht tunesische Rettungsschwimmer waren von Ende August bis Mitte September Gäste der westfälischen DLRG im Ostseebad Damp 2000. Es handelte sich hier um die Rückbegegnung des diesjährigen deutsch-tunesischen Jugendaustausches.

Die Hinbegegnung hatte im Juni stattgefunden – wir berichteten darüber. Vier westfälische DLRG-Angehörige waren

mit Wolfgang Wallmeier als Delegationsleiter in Nabeul/Tunesien und bildeten in zwei Lehrgängen 46 Tunesier zu Rettungsschwimmern aus. Acht dieser neuen Rettungsschwimmer erweiterten jetzt in Damp ihr Wissen. Nach der Ausbildung an Motoren, Booten, Funkgeräten, Wiederbelebungsgeräten und der Unterweisung in die Wachdienstordnung wurde regulärer Wachdienst durchgeführt. Außerdem wurde nach den Richtlinien für das DJTA im Freibad und in der Ostsee das Schwimmen und Tauchen in ABC-Ausrüstung gelehrt und Nachprüfungen für das Rettungsschwimmabzeichen in Silber und Gold vorgenommen.

Aber auch für Entspannung war gesorgt. So besuchte man benachbarte Orte, darunter Laboe, besichtigte das Marine-Ehrenmal, das Marine-Museum und das U-Boot und unternahm sogar eine Schiffsfahrt nach Dänemark. Auch ein Fußballspiel DLRG gegen Schwimmmeister und die berühmt-berüchtigte Neptun-Taufe sorgten für eine Auflockerung des reichhaltigen Lehrgangsprogramms.

Am vorletzten Tag wurden die acht tunesischen Kameraden mit dem Bus der DLRG-Ortsgruppe Witten-Mitte nach Bonn zur deutsch-tunesischen Gesellschaft gefahren und zuletzt dann auch zum Abflug nach Frankfurt gebracht.

Dank der Kurverwaltung von Damp 2000, die es ermöglichte, auch diese Maßnahme so reibungslos durchzuführen, und den Kurdirektoren, die sich persönlich um das Wohlergehen der tunesischen Gäste gekümmert hatten. Dank aber auch den Ausbildern unter Wolfgang Wallmeier für die sorgfältige Ausbildung der Tunesier und letztlich diesen selbst für ihr einsatzfreudiges und begeistertes Mitarbeiten. (Go.)



Bundeskanzler H. Kohl im Gespräch mit Rettungsschwimmern.



Unterricht an der Übungspuppe.

Foto: Gotthardt

„Immer wieder beeindruckt und begeistert von der Arbeit der DLRG“

Kein Geringerer als der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, schrieb sich so in das Gästebuch des LV Berlin ein, nachdem er am 26. August gemeinsam mit seiner Ehefrau und seinen Kindern einen Vormittag „im Betrieb des Wasserrettungsdienstes“ verbracht hatte.

Obwohl die Zeit knapp bemessen war, begrüßte er die Mannschaft der Zentralstation im „Schiefen Turm am Pichelsee“, erkundigte sich nach der Einsatzlage, verschaffte sich einen Überblick in der Funkleitstelle. Der Präsident der DLRG, Prof. Dr. John, und Prof. Kopenhagen hatten Gelegenheit, den derzeitigen Stand der tauch- und druckmedizinischen Forschungsarbeiten darzustellen und über die Notwendigkeit technologischer Erweiterungen zu berichten. Beeindruckt zeigte sich der „Regie-

rende“ von den bisherigen Erfolgen im Bereich der experimentellen Tauchmedizin, aber auch im Hinblick auf zukünftige medizinische Leistungen, wie sie sich z. B. für die Früherkennung von Krankheitsbildern bei Polyarthritiden usw. bereits jetzt abzeichnen.

Daß er dennoch die Breitenarbeit und die originären Aufgaben der DLRG in Berlin im Auge behalten wird, versicherte er, indem er sagte, die Landesregierung stehe den Problemen der DLRG aufgeschlossen und wohlwollend gegenüber, obwohl – natürlich – auch andere Aufgaben in dieser Stadt der Lösung bedürfen. Dem ist eigentlich nur noch ein Spruch von Kamerad Hans-Werner Kock hinzuzufügen: „Wir fanden es richtig gut, daß Sie hier waren, Herr Regierender Bürgermeister!“

D. Schulze

Bürgermeister Diepgen in der Einsatzzentrale.



DLRG-Infostand mit Fahrzeug, Segeljolle, Surfbrett und roten Warnbällen.



DLRG präsentierte sich beim „Tag der Sicherheit“

Jedes Jahr im August findet auf der Insel Fehmarn am Südstrand in Burgtiefe der „Tag der Sicherheit“ statt. Auch dieses Jahr waren fast alle in Schleswig-Holstein vertretenen Rettungsorganisationen mit Info-Ständen und Darbietungen wieder einmal dabei. Die Bevölkerung, Einheimische und Kurgäste, nutzten erfreulicherweise die Möglichkeit, einmal ganz in Ruhe Gerätschaften und Ausrüstungsgegenstände zu besichtigen. Polizei, THW, Selbstschutz, Bundesgrenzschutz, Feuerwehr, Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Zivilschutz, Bundeswehr, DGzRS, Wasserschutzpolizei, Zoll, Weißer Ring und natürlich die DLRG verstanden es ausgezeichnet, sich hierbei in das rechte Licht zu rücken.

Alle Informationsstände konnten über mangelnden Besuch wahrlich nicht klagen. Der Wissensdurst und die Neugier der Urlauber und Einheimischen war schier unerschöpflich. Der ca. 500 qm große Aktionsplatz war während der gesamten Veranstaltungsdauer von über 1000 Personen bevölkert. Die DLRG-Ortsgruppe Fehmarn setzte zehn Kameraden zur Betreuung ihres Informationsstandes ein.

Hier wurde neben Informationsmaterial, wie Broschüren und Poster, auch eine Station des laufenden Wettbewerbes eingerichtet. Die Wettbewerbsteilnehmer bekamen alle einen Laufzettel, auf dem die einzelnen anzulaufernden Stationen gekennzeichnet waren. Es kam nun darauf an, an jedem Stand die dort fachlich bezogenen Sicherheitsfragen richtig zu beantworten.

Bei der DLRG mußten drei Fragen über die Symbolik der roten Warnbälle, über richtige Surfbekleidung anhand dreier mit Kleidungsstücken versehenen Puppen und über die richtige Ausrüstung eines Segelbootes beantwortet werden.

Für die ehrenamtlichen DLRG-Helfer jedenfalls war es begeisternd, wie sich die Besucher über die Arbeit informierten und wie lernbereit sie waren.

Der Bürgermeister der Stadt Burg konnte Frau Claudia Milde aus Stauff den 1. Preis des Wettbewerbes, ein Wochenendurlaub auf Fehmarn, überreichen. Für die Bürger der Insel und die Urlauber war der Sicherheitstag 1984 wieder sehr interessant und aufschlußreich.

Detlef Mühlberg

Presseschau des Inlands

Heuchelei

Von Zeit zu Zeit werden in der Bundesrepublik an einem Mittwoch kurz nach zehn die Sirenen geprüft, ob sie noch funktionieren. Für einen deutschen Rundfunksender war der letzte „Probealarm“ Anlaß, sich in Bonn nach dem gegenwärtigen Stand des Zivilschutzes zu erkundigen. Im Ernstfall, so lautete die offizielle Auskunft, bestehe nur für drei Prozent der Bevölkerung die Möglichkeit, sich in einen Schutzraum zu flüchten. Einige Hörer machten daraufhin ihrer Aufregung Luft mit empörten Anrufen beim Sender und fanden das „unerhört“. Die nicht gestellte, aber in der Luft liegende Frage, wo denn das Geld für ein umfangreiches Zivilschutzprogramm herkommen solle, beantworteten die Anrufer gleich selbst: natürlich aus dem Verteidigungsetat, von den „Milliarden für die Rüstung“. Für Hörer, denen an einer sachlichen Aussprache über dieses wichtige Thema liegt, war die Diskussion damit zu Ende. Denn ohne angemessene Verteidigung gibt es keine Sicherheit, auch bei noch so viel Zivilschutz. Eben die Leute, die da so heftig nach mehr Zivilschutz verlangten, wären übrigens mit Sicherheit die ersten Demonstrierer gegen ein umfangreiches Zivilschutz-Bauprogramm, weil es als Zeichen für westliche Kriegsvorbereitungen ausgelegt würde.

(Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Katastrophenschutzpläne

Für Schiffsunfälle aller Art wurde ein allgemeiner Katastrophen-Alarmplan (im Nord- und Ostseebereich) ausgearbeitet, der auf Knopfdruck wirksam werden kann. Er ist zwischen den zuständigen Behörden der Küstenländer sowie der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes abgestimmt.

Außerdem ist durch einen Alarmplan beim Deutschen Hydrographischen Institut sichergestellt, daß bei Unfällen mit radioaktiven Stoffen unverzüglich Messungen auf See eingeleitet werden können. Die Überwachung der Wasserqualität im oberflächennahen Bereich erfolgt überdies ständig durch Meßpositionen vor der deutschen Küste und von Bord dreier Spezialschiffe. Im Bedarfsfalle stehen auch Experten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt und der Bundesanstalt für Materialprüfung zur Verfügung.

(Aus: Gefahrenabwehr, Bonn)

Ächtung chemischer Waffen verlangt

Einen Rüstungsschub bei chemischen Waffen befürchten Naturwissenschaftler aus der Bundesrepublik. Daher forderten sie am Ende eines zweitägigen Kongresses in Mainz, zu einer baldigen und vollständigen Abrüstung bei chemischen und biologischen Waffen zu kommen. Ein Vertrag zur Ächtung von chemischen Waffen könne sofort abgeschlossen werden, wenn nur der politische Wille vorhanden sei, heißt es in einer Abschlusserklärung.

Die Naturwissenschaftler, deren Kongreß unter der Überschrift „Verantwortung für den Frieden“ stand und an dem 1200 Personen teilnahmen, zeigten sich besorgt über die Einbindung chemischer Waffen in neue militärische Konzepte der USA und der Sowjetunion. Jeder Einsatz von chemischen Waffen, auch als Repressalie, müsse verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung haben.

Die Chancen für eine chemische Abrüstung, so meinen die Naturwissenschaftler, würden sich verringern, wenn es zur Herstellung sogenannter binärer Waffen kommen sollte. Bei binären Waffen wird der eigentliche Giftstoff erst beim Ein-

satz durch eine schnelle chemische Reaktion erzeugt. Die Schwierigkeiten der Kontrolle, die bereits bei vorhandenen chemischen Waffen bestehen, würden bei der Einführung binärer Waffensysteme noch zunehmen, heißt es.

(Aus: Kölner Stadtanzeiger)

Kernphysiker Weizsäcker vermißt „Infrastruktur für den Frieden“

Der Philosoph und Kernphysiker Professor Carl-Friedrich von Weizsäcker hält die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges für real. Zur Begründung sagte er in Kiel, weltweit fehlten eine Rechtsordnung und eine Infrastruktur für den Frieden. Weizsäcker sprach in einer Vorlesungsreihe zur Friedenspolitik vor etwa 2500 Zuhörern in der Christian-Albrechts-Universität. Als aktuelle Gefahren nannte er „frühkapitalistische Wildheit“ auf dem Weltmarkt, einen „grundsätzlich vernetzten“, über das Spannungsfeld USA/UdSSR hinausgehenden Konflikt und die Weitergabe von Kernwaffen an Drittländer. Die Außen- und Rüstungspolitik der Großmächte führe in der Gegenwart ebenso zwangsläufig zum Krieg, wie es machtpolitische Auseinandersetzungen in der Geschichte immer getan hätten, Westeuropa sei zur Zeit allerdings keine Quelle der Kriegsgefahr. Die Entspannungspolitik der siebziger Jahre hat nach Weizäckers Ansicht die alte Angst der Supermächte voneinander nicht abbauen können. Das militärische Kräftegleichgewicht sei „nichts als eine diplomatische Formel, die von beiden Seiten als Deckname für Überlegenheit“ gebraucht werde. Von ihren jeweiligen Standpunkten aus betrachtet, hätten beide Supermächte gute rationale Gründe, den Rüstungswettlauf fortzusetzen.

(Aus: Süddeutsche Zeitung)

Presseschau des Auslands

Überblick über die Zivilschutzvorkehrungen in Schweden

Im Einklang mit der langjährigen Tradition der Neutralität ist die schwedische ZS-Organisation eine streng zivile Einrichtung, die wenigstens theoretisch von den bewaffneten Streitkräften völlig unabhängig ist und jedenfalls ausnahmslos aus Zivilisten besteht. Freilich spielt auch sie, wie die norwegische, eine wichtige Rolle im Rahmen der Gesamtverteidigung. Oberstes Gremium ist die ZS-Administration, welcher das ganze breite Spektrum der ZS-Aktivitäten untersteht: Bau von Schutzräumen, Ausbildung, Bereitstellung von Ausrüstungen, Aufbau von Kommandoposten für den Kriegsfall usw. Jede Provinzverwaltung besitzt ihre eigene ZS-Abteilung, und da ein Großteil der Verantwortung für den ZS auf diese lokalen Behörden fällt, verfügen ihre Chefs und Stabsabteilungen über umfassende ZS-Vollmachten. Entsprechend hoch ist ihr Ausbildungsstand in allen ZS-Belangen. Im Ernstfall erhält die ZS-Organisation ihre Informationen über die Bedrohungslage von der militärischen Überwachungsorganisation. Sie ist dann selber verantwortlich für die Alarmierung der Bevölkerung durch Sirenen, Rundfunk usw. Die Frühwarnzeit sieht eine Verzögerung von nur zwei bis drei Minuten vor. Von Anfang an hat sich die ZS-Organisation auf drei Hauptaufgaben konzentriert: Evakuierung, Bau von Schutzräumen und Verteilung von Gasmasken an die Bevölkerung. Seit 1975 beschränkt sich der Schutzraumbau auf Örtlichkeiten, wo Schutzräume absolut notwendig und kosteneffizient sind und außerdem eine Nutzung auch in Friedenszeiten möglich ist. Frühere Evakuationspläne sahen eine Zerstreuung von bis zur Hälfte der Bevölkerung vor, das heißt etwa 4 Mio. Menschen auf ca. 90 Zentren. Wie in Finnland hat man aber später diese Pläne modifiziert; sie beschränken sich jetzt auf Luftangriffe, um einen evakuationsbedingten Zusammenbruch der Wirtschaft zu vermeiden. Schutz an Ort und Stelle wird heute bevorzugt. Die Schutzräume werden durchweg nach strengen Normen ge-

baut, wobei Felseinbauten große Bedeutung besitzen. Im Kriegsfall fällt die gesamte Brandbekämpfung und der Rettungsdienst in die Zuständigkeit des ZS, dem für diese Funktionen etwa 150000 Helfer zur Verfügung stehen. Die Ausrüstungen sind im ganzen Land vorhanden. Ursprünglich vor 40 Jahren als rein freiwilliger Dienst gegründet, ist der ZS heute obligatorisch für alle nicht militärdienstpflichtigen Männer und Frauen zwischen 16 und 65. Das Verhältnis von Männern zu Frauen beträgt etwa 80 % zu 20 %. Die Grundausbildung dauert zwei bis drei Wochen, wobei alle vier Jahre ein Wiederholungskurs von zehn Tagen geleistet werden muß. Spezialisierte Kader erhalten eine sechswöchige Grundausbildung. Die Ausgaben für den ZS einschließlich Schutzraumbau betragen ca. 537 Mio. Kronen (bei einem Verteidigungsbudget von 17259 Mio. Kronen). Ziel ist die Bereitstellung von 7,8 Millionen Schutzplätzen, von denen bereits 5,5 Millionen zur Verfügung stehen. Die Hälfte der Bevölkerung ist bisher bereits mit Gasmasken versorgt. Vier Fünftel aller Schutzräume befinden sich in der Nachbarschaft ihrer potentiellen Bezüger.

(Aus: Aegis international, Zürich)

Aus – St. Gallen

Zu Beginn dieses Jahres waren in 30 St. Galler Gemeinden künstlich belüftete Zivilschutzplätze für mehr als 100 % der Einwohner vorhanden. In 18 Gemeinden stehen Schutzräume für weniger als 50 % der Einwohner bereit. Rund 400000 zeitgemäßen Zivilschutzplätzen, vorwiegend in den schon vor dem 1. Januar 1975 baupflichtigen Gemeinden des Kantons, steht somit eine Zahl von mindestens 50000 fehlenden Schutzplätzen, vor allem in den erst nach dem 1. Januar 1975 schutzbaupflichtig gewordenen Gemeinden, gegenüber. Mit zunehmender Verordnung werden nach dem Bericht des St. Gallischen Amtes für Zivilschutz 1983 jedoch in naher Zukunft in immer mehr Gemeinden oder Gemeindeteilen genügend Schutzplätze für die ständigen Einwohner vorhanden sein. Desgleichen auch für wichtige Tätigkeiten zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Landesversorgung verfügbar werden. Für die reglementarische Ausbildung der rund 34000 Zivilschutzdienstpflichtigen des Kantons wird eine Ausbildungskapazität von rund 120 Kurswochen (ohne Stadt St. Gallen) benötigt. In Altstätten, im Rheintal, lassen sich 40 Kurswochen und im provisorischen Ausbildungszentrum Bütschwil im Toggenburg 20 Kurswochen belegen.

Zur Zeit kann somit, wie dem kantonalen Zivilschutz-Rechenschaftsbericht zu entnehmen ist, die Hälfte der Schutzdienstpflichtigen aus Kapazitätsgründen gar nicht ausgebildet werden.

Seit Ende 1983 sind sämtliche vorgesehenen Zivilschutzorganisationen im Kanton organisatorisch aufgebaut. Infolge der Verzögerung bei der Realisierung des Ausbildungszentrums St. Gallen kann nur ein Teil der Schutzdienstpflichtigen für die Grundausbildung und die Weiterbildung aufgebildet werden. Abgesehen vom unbefriedigenden Ausbildungsstand und der ungenügenden Einsatzbereitschaft führt der Kapazitätsengpaß auch zu Ungerechtigkeiten, da nur ein Teil der Schutzdienstpflichtigen die gesetzlich vorgeschriebenen Dienste leistet. Erst der Bau der vorgesehenen Ausbildungsanlagen in St. Gallen und Bütschwil sowie die Rekrutierung des nötigen Ausbildungspersonals wird die lückenlose Ausbildung aller St. Gallischen Schutzdienstpflichtigen erlauben.

(Aus: „Die Linth“ in „Zivilschutz“, Schweiz)

Zivilschutz-Kader gleich wie Offiziere behandeln

„Dem verantwortlichen Kader des Zivilschutzes sollen Unternehmungen, Kantone und Gemeinden die gleiche Unterstützung zuteil werden lassen, wie man sie Offizieren der Armee seit jeher selbstverständlich gewährt“, fordert der Präsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV), Reinhold Wehrle, in seiner Kritik an den Praktiken einzelner Betriebe und Verwaltungen.

Es sei erstaunlich und anerkennenswert, wie die Wirtschaft der Ausbildung in der Armee positiv gegenüberstehe und beispielsweise den Truppenkommandanten aller Stufen relativ viel Geschäftszeit und dazu oft einen großen Teil der Infrastruktur des Betriebes für militärische Aufgaben zur Verfügung stelle, führte Wehrle aus. Um so unverständlicher sei es, daß gleichzeitig einzelne große Industriebetriebe und sogar Verwaltungen von Kantonen und Gemeinden jenen Zivilschutz-Dienstpflichtigen Hindernisse in den Weg legten, die als Kaderangehörige ausnahmsweise einmal im Jahr mehr als zehn Tage Dienst leisten sollten. Gesamtverteidigung bleibe ein leeres Schlagwort, wenn nicht alle ihre Säulen als gleichwertig anerkannt würden, erklärte Wehrle. Dazu gehöre auch in Zukunft eine positive Einstellung aller Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik gegenüber dem Zivilschutz.

(Aus: Basler Zeitung)

Wissenschaft & Technik

Aufzüge: Neue Fernnotruf-Systeme

Fernnotruf-Systeme, wie sie in neuerer Zeit in Personenaufzüge eingebaut werden, machen die Fahrt mit dem Aufzug noch sicherer. Wie die Vereinigung der Technischen Überwachungs-Vereine (VdTÜV) dazu mitteilt, können die neuen Notruf-Anlagen auch in alte Aufzüge nachträglich eingebaut werden. Über technische Einzelheiten und staatliche Vorschriften, die bei dieser Umrüstung beachtet werden müssen, geben außer den Anbietern der neuen Notruf-Systeme auch die Technischen Überwachungs-Vereine (TÜV) Auskunft.

Aufzüge zählen zwar schon immer zu den sichersten Transportmitteln; dennoch sind auch hier Störungen nicht ausgeschlossen. Hin und wieder hält der Fahrkorb auch einmal zwischen den „Haltestellen“ an. Für den Fahrgast ist dieser Zwischenstopp zwar unangenehm, aber im Grunde ungefährlich. Unfälle drohen nur dann, wenn den Eingeschlossenen nicht schnell genug geholfen wird und sie deshalb versuchen, sich selbst zu befreien. Der Gesetzgeber hat aus diesem Grunde die Betreiber von Personenaufzügen in die Pflicht genommen. Jederzeit muß jemand leicht erreichbar sein, der helfen kann.

Diesem Zweck dient üblicherweise die Notrufl Klingel. An ihrem Läuten kann der Fahrgast im steckengebliebenen Aufzug jedoch lediglich feststellen, daß der Notruf funktioniert. Eine Bestätigung, daß seine Lage erkannt und Hilfe unterwegs ist, bekommt er nicht. Diese Ungewißheit löste häufig Panik- und Schockzustände aus. Erst dadurch wurde die im Prinzip ungefährliche Situation gefährlich.

Dem helfen die neuen Fernnotruf-Systeme ab, die seit kurzem auf dem Markt sind und als wesentliche Verbesserung des Rettungssystems angesehen werden können. Durch Druck auf den Notruftaste im Fahrkorb wird bei diesen Anlagen durch ein automatisches Wählgerät eine Sprechverbindung mit einer

ständig besetzten Notruf-Zentrale hergestellt. So können die Eingeschlossenen wie am Telefon die Situation genau schildern und die Helfer ihre Maßnahmen gezielt auf diesen konkreten Fall abstellen. Ein unterbrochenes Gespräch kann jederzeit sowohl von der Zentrale aus als auch aus dem Fahrkorb wieder aufgenommen werden.

Mobile Einheiten für die ärztliche Versorgung

In diesen Tagen konnte eine Firma aus Langenfeld mobile Einheiten ausliefern, die für die ärztliche Versorgung der Flüchtlingslager in Pakistan bestimmt sind. Der Lieferumfang umfaßt mobile Ambulanzen, aufgebaut auf Fahrgestellen in Allradausführung. Als Antrieb dient ein 130-PS-Dieselmotor. Auf dem Fahrgestell wurde ein Kofferaufbau in den Abmessungen 5,00 x 2,50 m und mit einer Stehhöhe von 2,15 m aufgebaut. Wegen des Einsatzes in heißen Klimazonen erhielt der Aufbau Wände und Dach in einer 50 mm dicken Tropenisolation. Die Innenverkleidung ist fugenlos und desinfizierbar. Aufgebaut wurde ferner ein tragbarer Stromerzeuger 6,5 kVA, 220 V/50 Hz mit 25 m Verlängerungskabel. Außerdem ist ein Trinkwassertank mit einem Fassungsvermögen von 150 l installiert.

Die medizinische Einrichtung besteht aus hydraulisch verstellbarem Operationstisch mit Transporthalterung sowie Wandschränken, Absaugpumpe, Instrumentensterilisator, Waschbeckenschrank, Sitzbank für Sanitäter, zwei Instrumentenschränken, einem 45-l-Kühlschrank von 12 V und auf 220 V umschaltbar, einem EKG-Gerät mit Defibrillator, Infusionseinrichtung, Feuerlöscher, Sauerstoffanlage für vier liegend transportierte Patienten, Abfalleimer usw. An

der Decke sind zwei Op.-Lampen angebracht. Zum Inventar gehören weiter ein Wandnarkosegerät für kleine chirurgische Eingriffe sowie ein Mayo-Tisch und diagnostische Instrumente, Spritzen, Kanülen, Notfall-Instrumente, Verbandinstrumente etc.

Auf der linken Seite des kleinen Op.-Raumes können vier Patienten versorgt und befördert werden. Selbstverständlich gehören zum Lieferumfang auch Bettlaken, Kopfkissen und Woldecken.

Ferner gelangen mobile Feldlazarette zur Auslieferung. Sie sind bestimmt für unabhängige medizinische Notversorgung im Grenzgebiet der Westprovinz Peshawar.

Der Innenraum ist unterteilt in einen 4,10 m langen Op.-Raum und einen Labor-Sterilisationsraum von knapp 2 m Länge. Er ist klimatisiert und ausgestattet mit Op.-Tisch, Narkoseanlage, EKG-Gerät mit Defibrillator, Absaugpumpe, Op.-Lampe, Instrumentenschränken, Waschbecken, Sterilisator, Notstromversorgung, Wasserfilter-Aufbereitungsanlage und selbstverständlich mit bester Wärme- und Kälteisolation. Links und rechts können je ein Seitenzelt in den Abmessungen 5 m x 2,30 m und 2,50 m hoch für den Ambulanzbetrieb angebracht werden. Der Kastenaufbau ruht auf einem Sattelaufleger, mit dessen Hilfe er befördert wird.

Zu den Fahrzeugen gehören Stromerzeuger zur elektrischen Versorgung der Feldlazarette. Die Fahrzeuge sind ausgestattet mit Ersatzteilen für einen Zwei-Jahres-Betrieb im Gelände.

Die vier mechanischen Clinobox-Hubgeschirre ermöglichen ein schnelles Auf- und Abladen des Op.-Raumes. Auch die beiden seitlichen Zelte sind innerhalb weniger Minuten de- und montierbar. Feste Wandelemente sind nachrüstbar.

(Foto: PREWE)



Neue Bücher

Soforttherapie bei Vergiftungen

Herausgegeben von H.-P. Schuster
Notfallmedizin, Band 8

Perimed Fachbuch-Verlagsgesellschaft, Erlangen

Band 8 der Reihe „Notfallmedizin“ trägt den Titel „Soforttherapie bei Vergiftungen“ und wurde herausgegeben von H.-P. Schuster. Auf 333 Seiten geht der Herausgeber auf allgemeine und spezielle Probleme bei Vergiftungen ein. Vergiftungen, so erläutert Dr. Hans-Peter Schuster im Vorwort, seien auch im Vergleich zu anderen klassischen Krankheitsbildern der inneren Medizin recht häufig. „Weiterhin betreffen Vergiftungen überwiegend jüngere Menschen, die organisch gesund sind und voll im Berufs- und Familienleben stehen. Auch haben Vergiftungsunfälle eine gute Prognose, rasches und zielgerichtetes diagnostisches und therapeutisches Handeln vorausgesetzt.“

Die Beiträge des Bandes basieren auf einer Serie über akute Vergiftungen, die in der Zeitschrift „Notfallmedizin“ publiziert wurden.

Selbstschutz bei Krisen und Katastrophen

Von Hans-Peter Wimmer

Humboldt-Taschenverlag, München

„Der Mensch steht heute vor den größten Problemen, die je Menschen zu lösen hatten . . . Die völlige Vernichtung der Menschheit scheint binnen atemberaubend kurzer Zeit ‚machbar‘.“

Angst macht sich breit, lähmt unseren Verstand, unterdrückt unsere Eigeninitiative und entläßt uns in die Resignation.

Doch Resignation ist kein guter Ratgeber und darf nicht unsere Antwort auf wahrscheinliche Umwelt- und Naturkatastrophen, auf mögliche Versorgungskrisen und militärische Auseinandersetzungen sein . . . Bewerten wir realistisch den Stand unserer Vorsorge, und arbeiten wir auf mehr Sicherheit hin.“

So heißt es im ersten Kapitel des 192 Seiten umfassenden Taschenbuchs mit dem Titel „Selbstschutz bei Krisen und Katastrophen“ von Hans-Peter Wimmer. Ausführlich und auch für den Laien verständlich schildert der Autor mögliche Folgen von Umwelt- und Naturkatastrophen, Versorgungskrisen und militärischen Auseinandersetzungen, die uns bedrohen. Unter dem Stichwort „Was uns bedroht“ werden konventionelle Gefahren, Kernenergie oder Gefahren aus der Retorte beschrieben.

Der folgerichtigen Fragestellung des Lesers kommt Hans-Peter Wimmer entgegen: „Wie wir geschützt werden“ und „wie wir uns persönlich schützen können“ sind die Stichworte für die Definition des Zivilschutzes und des Selbstschutzes.

Als wichtiger Ratgeber, der alle möglichen Schutzmaßnahmen in sachlich begründeter Form aufzeigt, ein empfehlenswertes Werk.

Das Recht des Krankenpflegepersonals

Teil II: Haftungsrecht

Von Hans Böhme

Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

In erster Linie für den Praktiker bestimmt, insbesondere für Führungskräfte im Krankenhaus, Lehrkräfte an Krankenpflegeschulen sowie für die berufliche Fortbildung, ist der zweite Teil „Haftungsrecht“ des Gesamtwerks „Das Recht des Krankenpflegepersonals“ von Hans Böhme. Während im Teil 1: „Gesetzes- und Staatsbürgerkunde“ die Grundlagen des berufsrelevanten Rechts unter Berücksichtigung der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung dargestellt werden, geht der Verfasser in den Teilen 2: „Haftungsrecht“ und 3: „Arbeitsrecht“ in die Einzelheiten dieser besonders wichtigen Rechtsgebiete. Damit können die Einzelgebiete von Grundlagen entlastet und vermehrt Details dargestellt werden. Am Beispiel von einigen Fällen werden die anstehenden Probleme in der induktiven Methode erarbeitet.

Das Buch enthält eine Gesamtdarstellung des Haftungsrechts nichtärztlicher Berufsgruppen unter besonderer Berücksichtigung des Krankenpflegepersonals. Unter anderem wird ein Schwerpunkt auf die „strafrechtliche Verantwortlichkeit“ gelegt. Anhand von 131 praxisnahen Fällen – meist Gerichtsentscheidungen, teilweise berichtete Beispiele aus dem Gesundheitsbereich – werden typische und in der Praxis häufig vorkommende, aber auch umstrittene Problemfelder aus strafrechtlicher, zivilrechtlicher, arbeitsrechtlicher und staatshaftungsrechtlicher Sicht systematisch erörtert.

Das Buch berücksichtigt den Stand der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur vom Januar 1984.

Im Brennpunkt: Die Feuerwehren der Welt

Band 5: „Brandverhütung und Forschung“
Weltrundschau Verlag GmbH,
7800 Freiburg

Nach den bisher erschienenen Bänden „Faszination“, „Werden und Wesen“, „Im Zeichen der Technik“ und „Allzeit bereit“ wird das Gesamtwerk mit Erscheinen des fünften Bandes unter dem Titel „Brandverhütung und Forschung“ komplettiert.

Die Themenstellung des Bandes reicht von der Darstellung des Brandgeschehens mit Brandentstehung, Brandursachen, Brandablauf und Brandbekämpfung über die vielseitige Palette der Maßnahmen zur Brandverhütung in den verschiedensten Objekten bis zu interessanten Forschungsvorhaben auf dem Gebiet des Brandschutzes.

Ferner stellen sich auch Forschungsinstitute aus acht Ländern dar. Außerdem werden interessante, zum Teil noch unbekanntere Entwicklungen zur Verbesserung des Brandschutzes aufgezeigt.

Wie die übrigen Bände des Werkes erscheint auch der neue Band in Großformat mit rotem Ledereinband und Goldprägung. Die informativen Texte werden durch über 1200 Abbildungen ergänzt. Die Publikation liegt auch in französischer, finnischer und flämischer Sprache vor.

Mit dem neuerschienenen Band wird ein Gesamtwerk geschaffen, das sowohl hohen Ansprüchen an ein Lehr- und Nachschlagewerk gerecht wird als das auch wegen seiner aufwendigen Verarbeitung ein hochwertiges Geschenk darstellt.

Hermann Lohe

Das Minimagazin

Safety first – im Instandsetzungsdienst

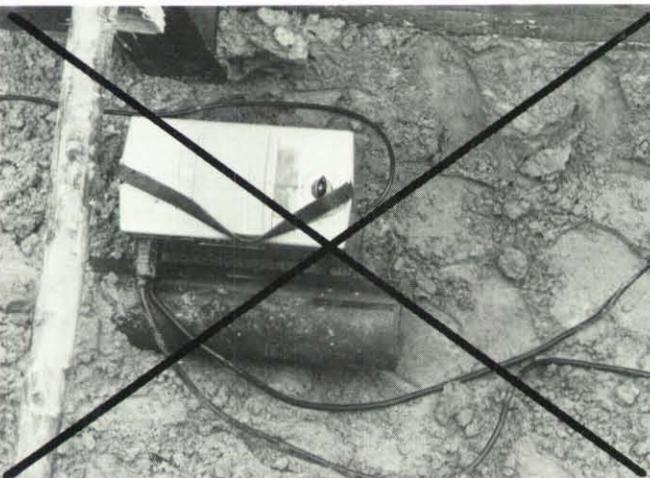
Die jeweilige Paragrafenangabe bezieht sich auf die Unfallverhütungsvorschrift Schweißen, Schneiden und verwandte Arbeitsverfahren (VBG 15)



Gasflaschen dürfen nicht durch Magnetkrane befördert und nicht gerollt werden. (§ 12)

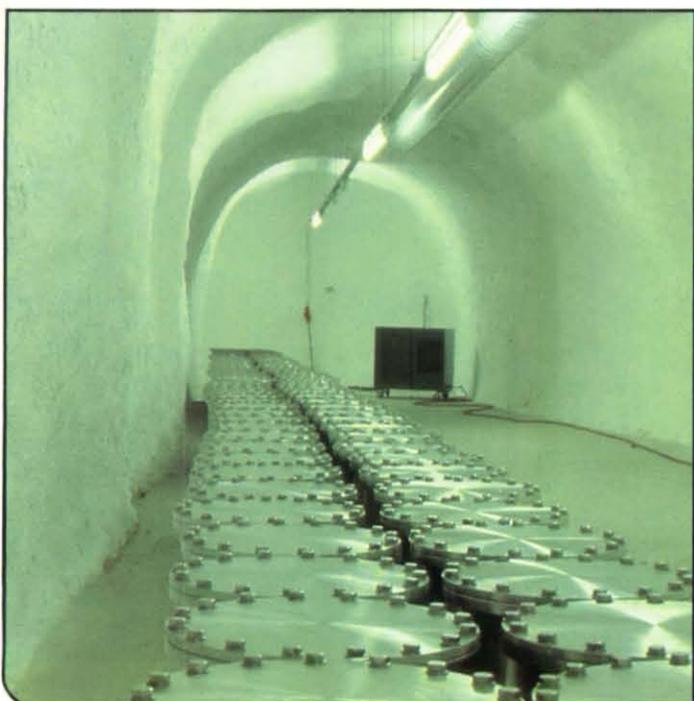


Alle mit Sauerstoff in Berührung kommenden Teile müssen frei von Öl und Fett gehalten werden. Sauerstoff-Manometer müssen die Aufschrift tragen: Sauerstoff! Öl- und fettfrei halten! (§ 14)



Für das Lichtbogenschweißen unter erhöhter elektrischer Gefährdung dürfen nur entsprechend gekennzeichnete Schweißstromquellen verwendet werden. Hier 42 Volt Leerlaufspannung. (§ 28)

Kulturgut auch für die Nachwelt erhalten



Die Altstadt von Wasserburg am Inn ist wegen ihrer besonderen Lage und ihrem historischen Häuserbestand aufgenommen worden in die Liste der Kulturdenkmäler, die gemäß der Haager Konvention den internationalen Schutz bei kriegerischen Auseinandersetzungen genießen. Auch Bayreuth bietet bedeutende Baudenkmäler sowie einen guten Häuserbestand des 17. – 19. Jahrhunderts und wurde deswegen ebenfalls in die Liste aufgenommen. Bayern ist das erste Bundesland, das nun mit der Anbringung der in den Konventionen festgelegten blauweißen Emailleschilder begonnen hat. Auch in anderen Bundesländern werden Listen erstellt, nach denen historisch wertvolle und bedeutende Objekte gekennzeichnet werden sollen. Andere Möglichkeiten, Kulturgut für die Nachwelt zu erhalten, sind z. B. die Mikroverfilmung bedeutender Archivalien und deren Einlagerung im sogenannten „Oberrieder Stollen“ in der Nähe von Freiburg. Mit der Neuerstellung der Aachener Domschatzkammer wurde auch ein Schutzraum für erhaltenswertes Kulturgut geschaffen. Darin befindet sich u. a. auch die berühmte Karlsbüste. Über den Kulturgüterschutz wird im Innenteil dieser Ausgabe berichtet.